



SCHWERPUNKT: GROKO

DAS WIR ENTSCHEIDET - DAS DU BEZAHLT

IRMGARD SCHWÄTZER: DAS UMSTRITTENE KIRCHENPAPIER DER FDP
WALTER KRÄMER: ZEHN POPULÄRE MILCHMÄDCHENRECHNUNGEN
ROBERT PFALLER: DIE KULTUR DER BEVORMUNDUNG



Jetzt bis 30. Juni über
beste Energiesparidee
abstimmen

www.meine-energiewende.de



„Meine Energiewende
steckt voller Ideen. Und Ihre?“

Für saubere Energie und mehr
Lebensqualität: Sparkassen fördern die
Energiewende vor Ort.



Ideen bringen die Welt voran: Das gilt besonders für die Energiewende vor Ort. Neben Tatendrang und Erfindergeist braucht es dafür auch finanzielle Mittel. Die Sparkassen unterstützen helle Köpfe mit zahlreichen Projekten rund um Erneuerbare Energien vor Ort – und sind unter Deutschlands Kreditinstituten die Nr. 1 in puncto Energiewendeförderung. **Jetzt informieren und mitdiskutieren:** www.antworten.sparkasse.de/energiewende

Sparkassen. Gut für Deutschland.



**„DIE FDP WIRD
INZWISCHEN VON
LEUTEN SCHMERZ-
LICH VERMISST,
DENEN VOR WENIGEN
MONATEN KEIN
GUTES WORT ÜBER
DIE LIBERALEN ÜBER
DIE LIPPEN KAM.“**

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

Illustration: E. Merheim nach einem Foto von A. Meissner

Nach der Wahl wusste niemand, wo hin die Reise gehen soll: Wird der Wahlgewinner CDU sich wirklich vom Verlierer SPD die Agenda der kommenden Legislaturperiode vorschreiben lassen oder Königin Angela die Erste das geduldige Papier des Koalitionsvertrags einfach aussitzen? Wird dauerhaft eitel Sonnenschein herrschen oder werden die Koalitionäre grundsätzlich disparate Standpunkte ausfechten? Werden ausgerechnet die Grünen ihrer Ankündigung, das „liberale Erbe“ antreten zu wollen, Taten folgen lassen? Wird die liberale Stimme sich im Parlament als so entbehrlich erweisen, wie das in den Monaten vor der Wahl von einer ganz großen Koalition der Medien unablässig proklamiert wurde?

Nun können wir eine Zwischenbilanz ziehen: Die CDU rückt tatsächlich noch weiter nach links. Statt inhaltliche Gegensätze auszudiskutieren, werden sie unter dem Geld der Bürger begraben. Krassestes Beispiel hierfür: Die CDU findet (zu Recht) die Rente ab 63 zu teuer, die SPD (zu Recht) die Mütterrente, also kommt folgerichtig beides. So richtig lieb hat man sich trotz der teuerstmöglichen Konfliktvermeidungsstrategie aber nicht. Dass der CSU-Minister Friedrich die politische Konsequenz aus einer - derzeit nur vermuteten (in dubio pro reo) - Straftat des aufsteigenden SPD-Stars Edathy ziehen musste, sorgt für nachhaltigere Verstimmung unter den Koalitionären, als jeder inhaltliche Disput es bisher vermochte.

Die Grünen konnten entgegen ihren Lippenbekenntnissen den in ihrer politischen DNA angelegten Hang zur Bevormundung der Bevölkerung für keinen Tag überwinden. Inzwischen erfuhr die Öffentlichkeit, dass ausgerechnet Vertreter jener Partei, die die radikalsten gesellschaftlichen Transformationen aktiv gestalten will, mit ihren ganz privaten Steuererklärungen überfordert sind. (Wo bei diese Hybris mehr Kritik verdient als das Versehen, sich im deutschen Steuerrecht verlaufen zu haben.) Einen Zweitwohnsitz zeitig anzumelden scheint schwieriger zu sein, als die komplette Energie- und Landwirtschaft umzubauen. Und die FDP wird inzwischen von Leuten schmerzlich vermisst, denen vor wenigen Monaten kein gutes Wort über die Liberalen über die Lippen kam. Vom Mindestlohn bis zur Vorratsdatenspeicherung fehlt eine wirklich kritische Stimme. Im Schwerpunkt dieses Heftes analysieren wir das staatsgläubigste Parlament der bundesrepublikanischen Geschichte detailliert.

In der Ukraine steht in diesen Wochen mehr auf dem Spiel als die unmittelbare Zukunft des östlichen Landesteils und der Halbinsel Krim. Am Umgang mit dieser Krise wird sich definieren, welche Interessen der freie Westen und Europa überhaupt zu verteidigen willens sind - und um welchen Preis. Miriam Kosmehl fasst vor Ort in Kiew die Ereignisse zusammen, und Wolfgang Gerhardt erklärt die globale Bedeutung des Konflikts und zeigt auf, was nun zu tun ist. ●

„... zu teuer, ungerecht und das falsche Signal.“

Das **Rentenpaket** der Großen Koalition ist das erste Großvorhaben der neuen Bundesregierung. Die Union hatte vor der Wahl die Mütterrente, die SPD die Rente ab 63 versprochen. Nun hat die Regierung schnell geliefert – allerdings fiel die Kritik verheerend aus. Der Präsident der Deutschen Rentenversicherung, Herbert Rische, beklagt insbesondere die Finanzierung aus den Rentenkassen. Diese habe „gravierende finanzielle Auswirkungen“, so Rische. Zudem sei sie „ordnungspolitisch falsch und rechtlich unzulässig.“ Auch die Presse lässt kein gutes Haar an dem Rentenpaket von Union und SPD.



► Genommen wird das Geld ganz überwiegend den Arbeitenden, deren Anspruch auf eine Rentenbeitrags senkung in den Wind geschlagen wurde. Und sie werden später noch ein zweites Mal zur Kasse gebeten, wenn mehr Steuergeld in die Rentenkasse muss, um Mütter mit älteren Kindern und eine neue Schar von Frührentnern zu begünstigen.

DER SPIEGEL

► Das Rentenreformpaket von Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) ist so teuer, dass dafür in einigen Jahren zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Steuern aufgebracht werden müssen. Es ist eine Frage der Zeit und wir bekommen in Deutschland eine breite Debatte über Steuererhöhungen.

TAZ

► SPD und Union freuen sich über ihr Rentenpaket. Opposition zu dem viele Milliarden Euro teuren Vorhaben hat die Regierung nicht zu fürchten – in einem Parlament ohne FDP.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

► Vor allem aber wird die Belohnung der Kindererziehung aus der Rentenkasse skandalös falsch finanziert: Die Aldi-Verkäuferin zahlt dadurch auch für die Mutter des Vorstandschefs. Beamte, Abgeordnete und Selbstständige kommen ungeschoren davon. Früher hätten das zumindest ein paar aufmüpfige SPD-Abgeordnete „Umverteilung von unten nach oben“ genannt.

FRANKFURTER RUNDSCHAU

► Das aktuelle Rentenpaket [...] kommt unter dem Schlagwort der Gerechtigkeit daher und produziert doch nur neue Ungerechtigkeiten. Noch nie wurde mit dem Begriff der Gerechtigkeit politisch so viel Schindluder getrieben wie bei dieser Rentenreform.

WESTDEUTSCHE ZEITUNG

- Die Koalition wird liefern, allen Warnungen und horrenden Kosten zum Trotz. Sollte der Wirtschaftsflügel der Union am Ende wirklich rebellieren, kann er das gerne tun. Angesichts einer gewaltigen Regierungsmehrheit darf schließlich jeder Kritiker persönlich standhaft bleiben, ohne die Regierung nur im Mindesten zu gefährden. Wie praktisch! Diese riesengroße Koalition blendet mit ihrer Macht den inneren Widerstand einfach weg wie lästigen Lärm.

WIRTSCHAFTSWOCHE

- Weil immer weniger Wähler nachwachsen, ist die Mehrheit der Wahlberechtigten inzwischen in den älteren Generationen zu finden. Da liegt es doch näher, etwas für künftige Rentner zu tun und nicht für junge Menschen.

DEUTSCHE WELLE

- Das neue Rentenpaket - ausgenommen die Erwerbsminderungsrente - ist zu teuer, ungerecht und das falsche Signal. Nicht nur die Jungen, die noch Jahrzehnte einzahlen und später immer weniger herausbekommen, werden durch diesen Griff in die Rentenkasse geprallt. Auch alle heutigen Rentner bekommen das zu spüren. Denn um die Kosten zu beherrschen, wird man den Finanzbedarf wohl zum Teil auch durch geringere Rentenanpassungen für jetzige Ruheständler finanzieren.

OFFENBACH-POST

- Wer erst in einigen Jahren Rente bekommt, für den heißt es: viel einzahlen und wenig herausbekommen. Weil Studienzeiten nicht mehr angerechnet werden, ist es für einen Akademiker praktisch nicht mehr möglich, in Zukunft die höchste Rente zu erreichen. Außer, er wird Beamter: Dann kann er bequem die höchste Pensionsstufe erreichen. Wer hohe Beiträge in die Rentenkasse zahlt, dem fallen beim Blick auf die Rentenerwartung Worte wie Misswirtschaft und Enteignung ein.

THÜRINGISCHE LANDESZEITUNG

- Union und SPD müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die gut gefüllte Rentenkasse nach dem Gießkannenprinzip verteilen und ihrer jeweiligen Klientel ein wenig unter die Arme greifen. Das erste große Projekt dieser Großen Koalition wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch ihr teuerstes werden.

RHEIN-ZEITUNG

- Es geht darum, räumen auch Mitarbeiter im engeren Kreis von Andrea Nahles im vertraulichen Gespräch ein, die Gewerkschaften zu befrieden. Und den Koalitionsvertrag bei den Mitgliedern durchzupetschen. Man wollte keine Gerechtigkeitslücke schließen, sondern Frieden.

STERN

- Die Große Koalition schert sich nicht um das Gebot der Generationengerechtigkeit, das den Ende der 50er-Jahre geschlossenen Generationenvertrag im Innersten zusammenhält. Union und SPD bürden den nachfolgenden Generationen, die ja schon auf einem gewaltigen Schuldenberg sitzen, zusätzliche Lasten auf ...

AUGSBURGER ALLGEMEINE

- Sie haben hauptsächlich ihre eigene Wählerklientel im Auge, egal ob das Ergebnis gerecht ist oder nicht. Von der langfristigen Finanzierbarkeit ganz zu schweigen. [...] Statt ihre Klientel zu bedienen, hätten Union und SPD lieber die Renten wegen Erwerbsminderung stärker aufgebessert. Das planen sie zwar ein Stück weit. Aber in vielen Fällen wird es nicht reichen, über das Grundsicherungsniveau hinauszukommen.

SÜDWEST PRESSE

STANDARDS

- 3**
EDITORIAL
- 6**
INHALT
- 4**
PRESSESTIMMEN
- 22**
FREMDSSEHEN
Ukraine
- 30**
#LIBERALMAGAZIN
- 48**
MIERSCHS MYTHENLESE
Weltanschauung
auf dem Teller
- 50**
ZENTRALMOTIV
Trikotwerbung
- 52**
WUTPROBE
Montagsdemo
- 53**
AUTOREN DER FREIHEIT
Andreas Döding
- 65**
STEUERVERSENKUNG
DES QUARTALS
- 70**
LAGEBERICHT
Steuern und Abgaben
- 83**
IMPRESSUM
- 89**
FREIDENKER
Kreuzworträtsel
- 90**
ZITATE DER FREIHEIT
Cora Stephan
- 94**
WOLFGANG
GERHARDT
Putin –
der Zauberlehrling
- 97**
BÜCHER



SCHWERPUNKT

Regieren ohne Widerworte

Staatsdirigismus auf Kosten der kommenden Generationen - das ist die Politik der schwarz-roten Regierung. Niemand ist da, um sich ihr in den Weg zu stellen und den Wahnsinn zu stoppen. Warum auch? Die Bürger sind bislang zufrieden. Nach Jahren der Krise wollen viele Menschen nur noch ihre Ruhe haben. Darauf baut Angela Merkel. Und regiert uns gelassen ins Unglück.

8

DIE ALLMÄCHTIGEN

Die Große Koalition ist noch kein Jahr im Amt, aber längst hat das System der Allmächtigen die politische Kultur in Deutschland auf Linie gebracht. Eine Opposition gegen die Macht von Schwarz-Rot gibt es nicht. Die Liberalen fehlen.

VON KARL-ULRICH KUHLO

14

VERTAUSCHTE ROLLEN

Die Republik staunt: Der Wahlverlierer SPD kocht eine planwirtschaftliche Ausgabensuppe, die servile Union kellnert sie ins Land. Das wird teuer für Deutschland.

VON WOLFRAM WEIMER

18

FALSCHE FREUNDE

Seit dem Ausscheiden der FDP reklamieren SPD und Grüne freiheitliches Denken für sich. Doch für sie zählt nach wie vor das Kollektiv mehr als das Individuum.

VON KAREN HORN

10

RÜCKWÄRTS IMMER, VORWÄRTS NIMMER

Mit ihrer Wirtschaftspolitik verspielt die Regierung die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Das Motto lautet: Wir haben den Menschen genug Anpassungslasten zugemutet, jetzt sollen sie vom Staat geschützt werden.

VON KARL-HEINZ PAQUE

20

OFFEN FÜR LIBERALE IDEEN

Politikwissenschaftler Prof. Hans Vorländer zur Frage, warum die FDP bei 4 Prozent stagniert, obwohl ein Viertel der Bürger für liberale Themen empfänglich ist.

VON BORIS EICHLER

GESELLSCHAFT



38

24 PUTINS HYBRIDKRIEG

Die Ukraine befindet sich in ihrer tiefsten Krise, seit sie 1991 als Staat unabhängig wurde. Eine Analyse und ein Ausblick aus Kiew **VON MIRIAM KOSMEHL**

32 E. H. TAGEBÜCHER

Was im Kopf Erich Honeckers vorgegangen ist, als sein Staat zusammenbrach. Ein fiktiver innerer Monolog des Genossen E. H. **VON STEFAN WOLLE**

38 „WIR STERBEN FÜR DIE FREIHEIT“

Viele Bundeswehrsoldaten kehren mit seelischen Erkrankungen aus Kriegen heim. Nun fordern sie Anerkennung.

VON KARSTEN DUSTIN HOFFMANN

44 DIE NEUNMALKLUGEN

Experten sind eine gefragte Spezies. Dumm nur, dass die Medien häufig Hochstapler auf den Leim gehen.

VON JAN-PHILIPP HEIN

54 WIR WERDEN BEHANDELT WIE KINDER

Der Philosoph Robert Pfaller über die grassierende Kultur der Bevormundung.

VON OLIVER JEGES



liberal IM ABONNEMENT

Alles dazu auf den Seiten 29, 43 und 99

WIRTSCHAFT



62

58 DER WIRTSCHAFTWITZENSCHAFTLER

Der Amerikaner Yoram Bauman beweist, dass es rund ums Thema Wirtschaft einiges zu lachen gibt. Er selbst bezeichnet sich als weltweit einzigen Stand-up-Economist - und feiert als solcher große Erfolge an Elite-Unis und in der Werbung.

VON CHRISTINE MATTAUCH

62 QUARKEXPRESS

Selbst wenn Churchill den berühmten Satz über selbst gefälschte Statistiken nie gesagt hat, ist Skepsis stets angebracht. Zehn populäre Milchmädchenrechnungen - und wie sie mit der Wirklichkeit korrespondieren.

VON WALTER KRÄMER

66 KAPITALISMUS RELOADED

Antikapitalismus hält Wolf Lotter für eine „Ausrede von Wohlstandsfratzen, die zu faul sind, selbst was zu unternehmen“. Ein Auszug aus dem neuesten Buch des streitbaren Journalisten: „Zivilkapitalismus - Wir können auch anders“.

KULTUR



78

72 KUNST DER FREIHEIT

Stefan Klinkigt gehört zu den wenigen bildenden Künstlern, die sich offen zum Liberalismus bekennen. Das bringt ihm oft Ärger mit seinen Kollegen ein.

VON BORIS EICHLER

78 DER TRAUM IST HAUS

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein linker Berliner Stadtbezirk und zugleich Brennpunkt politischer Gewalt. Die Täter etikettieren ihre Anschläge als „Kampf gegen die Gentrifizierung“. Die Politik schweigt. **VON IVO BOZIC**

84 WÄHL ODER STIRB!

In Fernsehserien wie „Die Simpsons“ und „South Park“ hält sich die US-Gesellschaft den Spiegel vor. Die explizite Darstellung von Sex und Gewalt provoziert Debatten.

VON GÉRARD BÖKENKAMP

90 WIE HAST DU'S MIT DER RELIGION?

Im Kirchenpapier von 1974 legte die FDP Reformvorschläge zum Verhältnis von Staat und Kirche vor. Irmgard Schwaetzer nimmt aus heutiger Sicht Stellung dazu.

VON IRMGARD SCHWAETZER

APP-VERSION

Wenn Sie noch tiefer in die Debatten zur Freiheit eintauchen wollen, empfehlen wir Ihnen die App-Version von *liberal*. Sie ist als iPad- und Androidversion für Abonnenten gratis erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:



Video



Audio(slide)



Leseprobe

DIE ALLMÄCHTIGEN



80

**Mit 80 kann man alles.
Mit 80 darf man alles.
Mit 80 ist man allmächtig.
MIT 80 PROZENT.**

Die GroKo ist noch kein Jahr im Amt, aber längst hat das System der Allmächtigen die politische Kultur in Deutschland auf Linie gebracht. Eine Opposition gegen die Macht von Schwarz-Rot gibt es nicht. Allenfalls noch den grün-linken Versuch, den Linkskurs von Gabriel-Merkel noch ein bisschen weiter nach links zu drehen. Die Liberalen fehlen.

Keine Zeit mehr für die großen politischen Debatten zwischen liberal-konservativ und grün-sozialistisch – und auch kein Grund: Wer über eine Mehrheit von 80 Prozent (genau: 79,8732 Prozent) der Abgeordneten im Deutschen Bundestag verfügt, braucht sich mit den Kleinigkeiten der „alten“ Republik, mit heißen Überzeugungsschlachten über die wichtigen politischen Themen nicht mehr aufzuhalten, kann ruhig schon mal früher zum Schampus schreiten – die Mehrheit ist ja sicher. Das Volk kann schlafen. Das hat es sich doch verdient. Und die Fernsehnachrichten werden immer langweiliger.

Der flächendeckende Mindestlohn wird staatlich verordnet und dann quasi im Schweinsgalopp über die parlamentarischen Hürden getrieben, die keine mehr sind. Dafür sorgt schon die ebenfalls satte Mehrheit im Bundesrat. Und wenn die mittelständischen Unternehmen in höchster Existenznot um Hilfe rufen, sind die Gedanken der Allmächtigen längst schon bei der nächsten „Wohltat“ fürs gemeine Volk.

Unsere Energieprobleme, seit Jahrzehnten Inhalt von zahlreichen, oft mit viel Sachverstand

gefährten Debatten im deutschen Bundestag, werden mit einem schnellen Federstrich „gelöst“. Wie, das weiß sicherheitshalber niemand so genau.

Ja, wenn man 80 Prozent hat, dann kommt man sogar auf die Idee, dass Naturgesetze außer Kraft gesetzt werden können. Rentenmathematik und Medizinwissenschaft, die immer längeres Leben schenkt, werden einfach aufgehoben, wenn die Allmächtigen in Berlin es eben mal so beschlossen haben.

Die Gründerväter unserer Republik um Theodor Heuss haben dem deutschen Parlamentarismus im Nachkriegszeitalter eine liberale, engagierte Debattenkultur angelsächsischer Prägung vorgezeichnet. Dass gut sechzig Jahre später Selbstermächtigungspolitiker aus den Reihen der beiden klassischen Gegner Links und Rechts Deutschland eine alles lähmende Einheitsmacht überstülpen, hatten sie ganz sicher nicht als Ziel.

Merkel-Gabriel-Seehofer liegen sich im mächtigen Rausch siegestrunken in den Armen. Die Liberalen, die als Einzige im Sinne des Volkes gegen diese Gefährdung der Demokratie stets die Stimme erhoben haben, hat dieses Volk in die außerparlamentarische Opposition geschickt. Für vier Jahre zumindest.

Doch jedem Rausch folgt der Kater. Und wenn das Volk dereinst die Zeche zahlt, werden sich Angela und Horst und Sigmar immer noch gegenseitig versichern: Aber Spaß hat's gemacht, einmal zu sein wie der Allmächtige. ...

Karl-Ulrich Kuhlo

Illustration: F. Hopmann

RÜCKWÄRTS IMMER, VORWÄRTS NIMMER

Mit ihrer Wirtschaftspolitik verspielt die Große Koalition die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Das Motto lautet: Wir haben den Menschen genug Anpassungslasten zugemutet, jetzt sollen sie vom Staat geschützt werden und die Früchte ernten. Dies mag einem vorübergehenden Zeitgeist entsprechen, wird die Deutschen aber teuer zu stehen kommen. // TEXT // **KARL-HEINZ PAQUÉ**



90

Das wirtschaftspolitische Programm der Großen Koalition ist ein Wendepunkt für Deutschland. Mehr als ein Jahrzehnt lang fuhr der Reformzug nur in eine Richtung, und die hieß: mehr Wettbewerbsfähigkeit. Aus gutem Grund, denn zu Beginn des Jahrhunderts galt Deutschland als kranker Mann Europas. Hohe Kosten, verkrustete Arbeitsmärkte, zerrüttete Finanzen, stockender Aufbau Ost - das war das Bild, das die Nation abgab. Es folgte eine Welle von marktorientierten Reformen, weit mehr noch als nur Hartz IV und die Rente mit 67. Dies gab der deutschen Wirtschaft ein Stück Dynamik zurück. Es entstand eine „Soziale Marktwirtschaft 2.0“, flexibler als das Original, aber unverändert mit dem Anspruch, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander zu versöhnen.

Foto: dpa

Der Erfolg ist seit einiger Zeit zu besichtigen: starke Innovationskraft der Industrie, moderate Lohnkosten, hoher Beschäftigungsstand, gesunde Finanzen, gut gefüllte Sozialkassen - das war das Bild Deutschlands zum Zeitpunkt des Regierungswechsels im letzten Vierteljahr 2013, und es ist es noch immer. Ein Bild, das in vielen anderen Industrienationen mit Bewunderung zur Kenntnis genommen wird. Damit könnte es schon in wenigen Jahren vorbei sein, denn die Große Koalition nimmt Kurs in die Gegenrichtung. Vier zentrale Baustellen der Großen Koalition - Rentenreform, Mindestlohn, Mietpreisbremse und Energiepolitik - machen dies überdeutlich. Die Regierung unternimmt eine „Rolle rückwärts“, wie es sie in Deutschland noch nie gegeben hat.

Das sogenannte Rentenpaket der Bundesregierung ignoriert die bei Weitem größte

Herausforderung, vor der die Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten steht: ihre Alterung. Diese verlangt die Förderung längerer Lebensarbeitszeiten und nicht kürzerer, wie sie die geplante abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Jahren Beitragszahlung gewährleistet. Und sie fordert Entlastung der Beitragszahler, wo es nur geht, und nicht wie vorgesehen die Ausweitung von Ansprüchen bei der Mütter- und Erwerbsminderungsrente. Die Demografie arbeitet massiv gegen die Interessen der künftigen Leistungsträger - und ausgerechnet die Politik treibt diese Entwicklung jetzt noch mit einem großzügigen Reformpaket auf die Spitze. Sie tut dies zu einer Zeit, in der wir von südeuropäischen Krisenländern verlangen, dass sie die Lebensarbeitszeit ihrer Bürger verlängern, damit sie unsere Hilfe verdienen. Deutschland aber geht mit miserablem Beispiel voran - und zwar in die falsche Richtung. »



Die Kosten des Rentenpakets sind gewaltig. Sie belaufen sich nach ersten Schätzungen ab 2016 auf knapp 10 Milliarden Euro pro Jahr, und dies über einen sehr langen Zeitraum, sodass schließlich ein dreistelliger Milliardenbetrag dabei herauskommen wird. Dies allein ist schon eine abenteuerliche Zusatzbelastung für die große Mehrheit der Beitrags- und Steuerzahler, die nicht zur ausgewählten Gruppe der Begünstigten gehört. Schlimmer noch sind die Folgen für die deutsche Wirtschaft: Ihr wird die Leistungsfähigkeit und Erfahrung vieler älterer Menschen entzogen, die wir dringend brauchen, um im demografischen Wandel die Innovationskraft zu erhalten - durch Entlastung der Jungen und zusätzlichen Einsatz der Älteren. Dies wird sich im fehlenden Wachstum des Produktionspotenzials deutlich bemerkbar machen, und zwar spätestens gegen Ende dieses Jahrzehnts, wenn die große und gut ausgebildete Generation der Babyboomer in Rente geht.

Nicht besser sieht es beim geplanten Mindestlohn von 8,50 Euro je Arbeitsstunde aus. Er beseitigt jene Elemente der Flexibilität, die in den letzten Jahren so überaus hilfreich waren. In strukturschwachen Regionen im Osten und auch im Norden der Republik wird er für Arbeitskräfte ohne Berufsausbildung den Einstieg in die Arbeitswelt massiv erschweren. Und er wird zum Wegfall von Arbeitsplätzen führen. Erste seriöse Schätzungen zeigen, dass es - je nach Modellannahmen - deutschlandweit um eine Größenordnung von 1,2 bis 2,6 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse geht. Dabei sind die Regionen Deutschlands je nach Wirtschaftsstärke sehr unterschiedlich betroffen:

Im Westen geht es um 0,9 bis 2,1 Prozent, im Osten dagegen um 2,5 bis 4,5 Prozent der Arbeitsplätze. Ein völlig unnötiger Aderlass, der das wirtschaftliche Gefälle in Deutschland akzentuiert statt es einzuebnen.

Velleicht noch dramatischer als die direkten Wirkungen am Arbeitsmarkt ist die Konsequenz für den ordnungspolitischen Rahmen der sozialen Marktwirtschaft. Es wird - erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - durch den Staat ein Mindestniveau gesetzt, das die Tarifpartner in allen Branchen als eine untere Basislinie interpretieren, die man deutlich überschreiten muss, will man als Gewerkschaft oder auch Arbeitgeberverband die jeweiligen Besonderheiten der Branche berücksichtigen. Anders als beim staatlichen Mindestlohn in Großbritannien, wo es längst keinen Flächentarifvertrag mehr gibt, werden Staat und Tarifparteien gleichzeitig zu Akteuren in der Lohnpolitik. Ein gefährlicher Weg, der an den Grundfesten der sozialen Marktwirtschaft samt dem Tarifvertragsgesetz von 1949 rüttelt. Völlig außer Acht bleibt, dass erfolgreiche Länder mit starken Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden - allen voran Schweden - auf staatliche Mindestlöhne explizit verzichten. Aus gutem Grund: Tarifautonomie und Mindestlohn passen nicht zusammen. Dass die Bundesregierung dem Gesetz ausge rechnet den Namen „Tarifautonomiestärkungsgesetz“ gibt, ist mehr noch als ein sprachlicher Missgriff eine grobe Fehldeutung in der Sache.

Was am Arbeitsmarkt die Löhne, das sind am Wohnungsmarkt die Mieten. Auch dort will die Regierung eingreifen - und zwar durch eine Mietpreisbremse, die „übermäßi-

ge“ Mietsteigerungen in Ballungszentren durch zusätzliche regulierende Eingriffe beschränkt. Die Folgen sind voraussehbar: Der wirtschaftliche Anreiz zur Ausweitung von Wohnraum durch Neubauten und Renovierungen wird vor allem dort gekappt, wo die Wohnungsnot am größten ist: in den schnell wachsenden urbanen Großräumen. Statt die marktwirtschaftlichen Signale als wichtige Information zur Lenkung privater Investitionen zu akzeptieren und wirken zu lassen, geschieht das genaue Gegenteil.

Eine solche Politik ist offensichtlich ordnungspolitisch fragwürdig. Sie ist aber auch struktur- und regionalpolitisch unsinnig. Denn durch die Alterung der Gesellschaft im Zuge des demografischen Wandels steht Deutschland nach Jahrzehnten der Expansion eher ländlicher und suburbaner Regionen vor einer Revitalisierung der Großstädte. Übrigens eine Entwicklung mit durchaus positiven Seiten, denn sie wirkt dem Trend zum Verfall der urbanen Zentren entgegen, mit dem sich deutsche Großstädte über Jahrzehnte herumquälen mussten. Mit ihrer geplanten Politik wird die Große Koalition den urbanen Wiederaufstieg behindern. Denn klar ist: Bei steigenden Grundstücks- und Immobilienpreisen sorgen staatliche Mietkontrollen für ein Absacken der Rentabilität des städtischen Bauens - und damit zu einer Investitionsschwäche, die der Beseitigung der Engpässe entgegensteht. Wie soll da die Wohnungsknappheit jemals beseitigt werden? Das einzige verbleibende Instrument wäre die massive Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus. Der Preis dafür wäre sehr hoch, nämlich die Zerrüttung der kommunalen Finanzen durch den teuren Neueinstieg



des Staates in den Wohnungsmarkt. Kurzum: Schuldenbremse und Mietpreisbremse sind nicht gleichzeitig zu haben. Die Politik muss sich zwischen ihnen entscheiden. Die Große Koalition hat sich entschieden: für die Mietpreisbremse.

Noch nebulös ist schließlich, was genau in der Energiepolitik geschehen wird, denn die vorliegenden Pläne der Bundesregierung stoßen zum Teil auf erbitterten Widerstand der Länder. Was bisher feststeht, lässt nichts Gutes für den Standort Deutschland erwarten. Zwar soll das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf den Prüfstand, um die Energiekosten für die privaten Verbraucher nicht weiter steigen zu lassen wie bisher. Weit weniger ernst wird dabei allerdings die neue Dimension industrieller Standortkonkurrenz genommen, die sich weltweit anbahnt. Als das EEG im Jahr 2000 verabschiedet wurde, waren große Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien und Indonesien industriell noch weit weniger wettbewerbsfähig als heute, während die Vereinigten Staaten eine Deindustrialisierung hinnehmen mussten. Wie hat sich dies verändert! Die USA erleben heute mit Hochtechnologie plus billiger Energie durch Schiefergas einen machtvollen Wiederaufstieg ihrer Industrie - in frontaler Konkurrenz zu Deutschland. Die Tragweite dieses Prozesses wird von der Politik noch völlig verkannt.

Hier liegt eine der größten Herausforderungen für die deutsche Politik in den nächsten Jahren. Es gilt, sich aus der selbst gestellten Falle des EEG zu befreien und zurückzukommen zu einer pragmatischen Energiepolitik, die zwei Schwerpunkte setzt: die marktwirtschaftliche Orientierung und die europaweite Zusammenarbeit. Beides

Ein Bild der Selbstzufriedenheit

gehört sowohl wirtschaftspolitisch als auch geostrategisch zusammen. Nur mit weniger Subventionierung von erneuerbaren Energien sowie einer europaweiten Netzstrategie lässt sich die Gefährdung des Industriestandorts Deutschlands in Grenzen halten. Und nur mit einer Reduzierung der Abhängigkeit vom russischen Öl lässt sich künftig jene Erpressbarkeit vermeiden, die derzeit die Möglichkeiten einer angemessenen Reaktion auf die erste territoriale Annexion in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg behindert.

Alles in allem liefert die Große Koalition mit ihrer Wirtschaftspolitik ein Bild der Selbstzufriedenheit. Das Motto lautet: Wir haben den Menschen genug Anpassungslas-ten zugemutet, jetzt sollen sie vom Staat

geschützt werden und die Früchte ernten. Dies mag einem vorübergehenden Zeitgeist entsprechen, wird aber die Deutschen teuer zu stehen kommen. Denn die Wirtschaftsgeschichte lehrt, dass Standortvorteile schnell aufgezehrt sind, wenn die Politik, was marktwirtschaftliche Reformen betrifft, eine Auszeit nimmt und sich auf das Verteilen von scheinbaren Wohltaten beschränkt. Dies war schon in der ersten Großen Koalition zwischen 1966 und 1969 so. In Zeiten der fortschreitenden Globalisierung gilt dies mehr denn je. ●



KARL-HEINZ PAQUÉ, ehemaliger Finanzminister, ist Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. paque@ovgu.de



VERTAUSCHTE ROLLEN

Nach einem halben Jahr Großer Koalition staunt die Republik: Der Wahlverlierer SPD kocht eine planwirtschaftliche Ausgabensuppe, die servile Union kellnert sie ins Land. Die Koch-Kellner-Logik der neuen Regierung wird teuer für Deutschland. // TEXT // **WOLFRAM WEIMER**

90

Groko“ hat es zwar zum Wort des Jahres gebracht. Eine superrelative Regierung ist sie freilich nicht. Trotz sehr langer und angeblich sehr gründlicher Koalitionsverhandlungen scheint die Große Koalition nach einem halben Jahr nur fahrig im Amt. In manchem gibt es sogar verblüffende Parallelen zum holprigen Start der schwarz-gelben Koalition vor vier Jahren. Während seinerzeit nach wenigen Wochen zwischen den Koalitionspartnern von „Gurkentruppe“ und „Wildsauen“ die Rede war, hat diesmal die Edathy-Affäre - kaum war die Tinte auf dem Koalitionsvertrag getrocknet - das Vertrauen der Koalitionäre schwer rampaniert. „Dampfplauderer“ und „Vertrauensbrecher“ lauten nun die verbalen Komplimente.

Genau wie vor vier Jahren gab es auch diesmal einen Blitzrücktritt. Seinerzeit musste Verteidigungsminister Jung nach wenigen Wochen sein Amt quittieren, diesmal erwischte es Agrarminister Friedrich in Windeseile, die erste Zerreißprobe für die Koalition gab es - damals wie heute - noch bevor alle Staatssekretäre neu bestellt waren.

Aber auch das sachpolitische Gezänk wirkt wie ein Déjà-vu. Die Doppelpass- und Elterngeldpläne der SPD provozieren die Union zu Drohgebärden, die militärpolitische Offensive der neuen Verteidigungsministerin wiederum bringt Sozialdemokraten in Wallung. Erstaunlich unausgegoren sind die großen Reformprojekte der Großen Koalition - just wie seinerzeit die Steuerreformvorhaben von Schwarz-Gelb. Bei Rente, Mindestlohn und Energiewende werden die Regierungskonzepte von Fachleuten weiträumig negativ beurteilt.

Nach Umfragen wird die Regierungsarbeit eher schlecht als recht bewertet: 55 Prozent der Deutschen sind weniger oder gar nicht zufrieden mit der Arbeit der Koalition in den ersten Monaten. Auch das liegt genau in der Nähe der Werte von vor vier Jahren.

Und damals wie heute überrascht die mangelnde Geschmeidigkeit, mit der politische Hauptprojekte angegangen werden. Der Mindestlohn wäre mit großzügigen Ausnahmeregeln klug zu entschärfen gewesen und würde nicht Tausende von Arbeitsplätzen und Millionen von Einstiegschancen bedro-

»

Foto: dpa



hen. So aber dräut Deutschland die ordnungspolitische Lohnzwangsjacke und ein erster sachlicher Großfehler der Regierung. Andrea Nahles verfährt nach dem Lenin-Motto: Ein Kompromiss ist zwei Niederlagen auf einmal. Also macht sie keinen. Deutschland erhält aus Berlin ihren Planwirtschafts-Lohnbefehl. Zentral und politisch festgelegt, für alle und überall gültig wird er dekretiert. Das Mindestlohdiktat wird in Ostdeutschland ganze Gewerke zur Abwanderung nach Polen zwingen. Doch Andrea Nahles scheint es egal. Mit ideologischem Schneid befindet sie: Nicht die Menschen und ihre Märkte sollen über Löhne und Preise frei entscheiden, sondern Parteien, Politiker und ihr Staat.

Die Rente mit 63 hat sogar das Zeug, zur Hoteliers-Steuersenkung der SPD zu werden. Nicht nur die Wirtschaftsverbände zweifeln

an dem Versuch, die demografische Entwicklung per Dekret auszuschalten. Die überwältigende Mehrheit der Ökonomen warnt eindringlich vor dem Fehler, die Erfolge der Agendapolitik jetzt ohne Not zu opfern. Auch SPD-Urgestein Franz Müntefering kritisiert die neue Frührente mit 63 heftig, dies sei ein Vorteil für eine kleine Gruppe, der auf das Sollkonto der Nachkommen gehe. Altkanzler Gerhard Schröder ist erbost über die milliardenteuren Rentenpläne, die er für „absolut falsch“ hält: „Das führt in einigen Jahren unweigerlich zu der Frage: Müssen wir deswegen die Rentenbeiträge erhöhen?“ Dann stehe man wieder vor Entscheidungen wie zu Zeiten der Agenda 2010 - nur noch schmerzhafter, warnt Schröder in einem neuen Buch, das sich für Andrea Nahles liest wie Leviten.

Die SPD-Duelle des Jahres 2005 werden also aufs Neue geführt. Nur dass diesmal die Nahles-Linke obsiegt. Das Ganze kommt dem staunenden Publikum vor wie ein ewiges Gruselmärchen von SPD-Richtungskämpfen. Dass aber ausgerechnet eine unionsgeführte Bundesregierung die alten Gespenster zum Leben erweckt und der SPD-Linken zum späten Rachesieg auf Kosten der Republik verhilft, ist eine bittere Ironie der Geschichte.

Für Andrea Nahles wäre es ein Leichtes, die Rente mit 63 für einige zu verbinden mit einer Öffnungsklausel für alle. Warum soll nicht jeder in einem bestimmten, gesetzlich vorgegebenen Korridor von 63 bis 70 Jahren frei entscheiden, wann er in Rente geht - mit entsprechenden Zu- und Abschlägen? Dieses Stück Liberalisierung käme den unterschiedlichen Lebensentwürfen der Menschen entgegen und würde das Rentensystem von der Einheitsdenke teilweise befreien. Andrea Nahles aber denkt nicht in offenen, sondern in hermetischen Kategorien.

Und bei der Energiewende wirkt das Gabriel-Konzept mehr wie Flickschusterei, nicht als ein strategischer Durchbruch. Anstatt die EEG-Planwirtschaft endlich abzuschaffen, wird sie durch neue Regulationen noch kompliziert verfeinert. Wie bei Rente und Mindestlohn droht auch die Energiewende für Deutschland vor allem teuer zu werden. Was einst ein Energiemarkt war, ist heute eine Räterepublik der Planvorgaben. Ökostromkontingente werden zu festgelegten Planpreisen verteilt, tonnenideologisch werden solare Willkürmengen produziert, die Bevölkerung zahlt Zwangsabgaben, Angebot und Nachfrage sind außer Kraft gesetzt und die Parteipolitik bestimmt Planerfüllungskennziffern. In diesem Ökostromsozialismus wundern sich Politiker plötzlich, dass die Versorgung unsicher wird, Fehlkapazitäten entstehen, die Preise steigen, die Innovation ausbleibt. Dabei ist das in jeder Planwirtschaft die logische Folge.

Mindestlohn, Mietpreisbremse, Energiewende - ordnungspolitisch weisen alle gro-

Nochmals SPD 2005. Nur dass diesmal die Nahles-Linke obsiegt.

ßen Projekte dieser Koalition in die falsche, in die planwirtschaftliche Richtung. Überall wird reguliert, gelenkt, befohlen und zentralverwaltet. Die erfolgreiche Agendapolitik der Bundesrepublik wird revidiert, man gönnt sich - als gäbe es keine Schulden - opulente sozialpolitische Wohltaten und setzt damit den künftigen Wohlstand aufs Spiel. Das verblüfft vor allem deshalb, weil doch eigentlich die CDU von Ludwig Erhard die letzten Bundestagswahlen haushoch gewonnen hat. Nun aber lässt sie sich von der SPD die komplette Agenda der Relevanz diktieren - bis hin zur Frauenquote und Doppelpassregelung.

Das Mindestlohnsgesetz wird erst der Anfang von weiteren Eingriffen in den Arbeitsmarkt sein. Im Stile von Lohntüten-Polizisten wollen die Sozialdemokraten wieder „für Ordnung am Arbeitsmarkt“ sorgen. Über Werkverträge, Leiharbeiten und befristete Stellen bis zur Zeitarbeit soll die neue Planwirtschaftswalze noch rollen.

So soll auch die Mietpreisbremse demnächst die freie Preisbildung am Immobilienmarkt beenden. Auch hier glaubt die Politik, im Mantel des Sozialhelfers dem Wohnvolk mit Preisdiktaturen Gutes zu tun. In Wahrheit wird Mieter geschadet, denn Investitionen in Neubauten und Sanierungen bremst man damit zielsicher ab, Knappheit wird verfestigt

anstatt überwunden. Die ultimative Folge von Mietpreisbremsen konnte man in den ruinierten Städten der DDR im Jahre 1989 besichtigen.

Nach Löhnen, Mieten und Strompreisen sind die Planwirtschaftler der GroKo schon an Dispozinsen, Benzinpreisen und Medikamenten dran. Man wäre kaum mehr verwundert, wenn die Neosozialisten auch den Milch- und Brotpreis (wie einst nach dem Weltkrieg) wieder staatlich reglementieren wollen - man kann doch unmöglich lebenswichtige Grundnahrungsmittel der Gier des Kapitalismus überlassen!

Wer besinnt die Politik wieder auf Ludwig Erhard und dessen Erkenntnis, dass nur die Marktwirtschaft Wohlstand für alle schafft? Erhard gab die Preise damals unter schwierigsten Knappheitsbedingungen frei. Legendar geworden ist sein marktwirtschaftliches Selbstbewusstsein gegenüber dem amerikanischen Oberbefehlshaber Lucius D. Clay, der ihm vorhielt: „Alle meine Berater sind gegen Ihr Vorgehen.“ Erhard entgegnete ihm trocken: „Meine Berater auch.“ Er beendete die Zwangsbewirtschaftung und gab die Preise einfach frei, anstatt sie mindestlohng, mietpreisbremsig, ökostromeinspeisig weiter zu politisieren. Als Clay ihn besorgt fragte, warum er denn die Preisvorschriften geän-

dert habe, entgegnete der Vater der sozialen Marktwirtschaft so lakonisch wie selbstbewusst: „Ich habe sie nicht geändert, ich habe sie abgeschafft.“ Erhard war eben das Gegen teil von Nahles.

Und so fällt die Bilanz der GroKo bislang negativ aus. Es dominiert ein Handlungsmuster, nach dem man - da es keine gemeinsame, ordnungspolitische Leitlinie dieser Regierung gibt - den politischen Kompromiss damit erkauft, einfach alles zu beschließen, was ein Koalitionspartner will. Die Rente mit 63 will die Union eigentlich nicht, die Mütterrente mag die SPD nicht wirklich - also einigt man sich darauf, dass beides in voller Höhe kommt. Die Mietpreisbremse will die Union nicht, die Ausländermaut lehnt die SPD ab - auch dies wird beides kommen. Es ist eine All-inclusive-Koalition mit freiem Buffet für alle Etatismen. Sigmar Gabriel hatte die Kanzlerin einst als „Geschäftsführerin einer Nichtregierungsorganisation“ getadelt. Heute ist sie Rätevorsitzende eines Genossenbundes für politische Turboshipper geworden. ●



WOLFRAM WEIMER ist Verleger und Publizist. Er gründete 2004 das Politmagazin *Cicero* und war Chefredakteur der *Welt* und des *Focus*.
redaktion@libmag.de

FALSCHE FREUNDE

Seit dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag reklamieren SPD und Grüne plötzlich das freiheitliche Denken für sich. Allerdings zählt für sie nach wie vor das Kollektiv mehr als das Individuum. Wer aber Politik konsequent in den Dienst des Menschen stellen will, muss auf Zurückhaltung des Kollektivs dringen – um die Freiheit des Einzelnen zu schützen. // TEXT // KAREN HORN



Wer den Schaden hat, muss für den Spott nicht sorgen. Wenn eine Partei aus dem Bundestag ausscheidet, dann ist es normal, dass die anderen Parteien sich freuen. Dementsprechend war sich selbst die Bundeskanzlerin nicht zu schade, den Abgang des einstigen Koalitionspartners FDP mit einem gewissen Hohn zu quittieren. Zu denken gibt freilich die Reaktion von SPD und Grünen. Diese frohlockten nicht etwa, wie man hätte meinen können, dass liberale Inhalte in Zeiten des versagenden Raubtierkapitalismus eben keinen Platz mehr hätten in Deutschland. Nein, sie usurpierten flugs das freiheitliche Denken. „Meine Partei kann eine neue Heimat für viele Liberale werden“, bot Olaf Scholz (SPD) an. Und Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen) verkündete: „Ich sehe meine Partei seit jeher als starke Kraft der Freiheit“.

Soll man sich darüber freuen? „Are we all liberals now“, um den Keynesianismus-Satz

Milton Friedmans zu paraphrasieren? Es wäre doch herrlich, wenn es gar keine liberale Partei mehr brauchte, weil die politische Botschaft des Liberalismus längst in den meisten etablierten Parteien angekommen ist. Nur leider sind wir davon meilenweit entfernt. Ein genuin liberales Denken ist bei keiner der im Bundestag vertretenen Parteien auszumachen. Liberalismus ist in Deutschland Mangelware - obwohl und gerade weil ihn so viele Politiker im Munde führen.

Der Begriff „Freiheit“ ist inflationär und beliebig geworden, nicht viel anders als die „soziale Marktwirtschaft“. Auch sie gilt als unantastbar, selbst wenn jeder etwas anderes darunter versteht, wobei der Abstand zur ursprünglichen theoretischen Konzeption immer größer wird. Immer mehr Intellektuelle faseln davon, dass es nötig sei, den Liberalismus „zeitgemäß“ zu machen und Freiheit „neu zu denken“. Wie wäre es damit, sie überhaupt erst einmal konsequent zu denken und danach zu handeln? Sie sich nicht nur als Deckmäntelchen umzuhängen?

Die Sozialdemokraten haben im Bundestagswahlkampf einen entlarvenden Slogan verwendet: „Das Wir entscheidet“. Auf den ersten Blick wärmt der Spruch, klingt nach Gemeinschaft und übergeordneten Werten, genauso wie der Ruf der Grünen nach einem „umfassenden“ Freiheitsbegriff, der nicht bloß „egoistisch“ auf Abwesenheit von Zwang beharre und „Marktradikalismus“ bedeute. Einerseits. Andererseits heißt es genau vor solchem Kollektivismus auf der Hut zu sein. Denn „das Wir“ ist immer nur die Mehrheit und nicht die große Gesamtmenge aller Individuen. Wo aber eine Mehrheit eine Minderheit potenziell unterdrücken oder ausbeuten kann, da ist eine grundsätzliche Zurückhaltung des regulierenden Kollektivs angeraten - zum Schutze der Einzelnen. Jedes Einzelnen, aller Einzelnen. Und was kann an einem solchen Freiheitsbegriff, der auf den Schutz des einzelnen Menschen größten Wert legt, „egoistisch“ sein? Die Abwehrrechte, die sich aus ihm herleiten, dienen doch den anderen nicht weniger als mir selbst.



SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.

Hätten Sozialdemokraten und Grüne und die anderen vermeintlichen Freiheitsfreunde in allen Parteien den Liberalismus richtig verstanden, dann wüssten sie, dass im Liberalismus die kleinste Einheit zählt und gerade nicht das Kollektiv: der Mensch, dem seine natürliche Freiheit und das Recht belassen sein möge, er selbst zu sein und tätig zu werden; auch wirtschaftlich, im Rahmen seiner Möglichkeiten; mit seinen Stärken, aber auch seinen Schwächen; auf dem Weg zu Erfolgen und Misserfolgen. Die Überbetonung des Wir indes, der Kollektivismus, mündet automatisch in eine Beschneidung der Rechte der Einzelnen, in die Willkür der einen über die anderen, in Bevormundung und Entmündigung. Das ist es, wovor die Liberalen in allen Parteien warnen müssen.

Doch davon ist derzeit in der politischen Diskussion erschreckend wenig zu hören. Stattdessen heißt es immer wieder, Abwehrrechte hätten wir genug, nun gehe es um Lebenschancen und um die Befähigung der Menschen zur Freiheit. Der Paternalismus des „Nudging“ ist „in“; schließlich ist es doch Aufgabe des Kollektivs, dem Einzelnen zu zeigen, was gut für ihn ist, und ihn entsprechend in diese Richtung zu schubsen. Manipulation? Ach was! Selbstbescheidung der Politik hat nicht gerade eben Konjunktur. Stattdessen regiert jetzt die Koalition, die so groß ist wie noch nie, beherzt: Sie verteilt um, gibt aus, reguliert, entfernt sich von Markt und Wettbewerb, verplant dabei die Zukunft und den Spielraum jedes einzelnen Bürgers, dass es eine Pracht ist - man denke nur an die

Rente, die Pflege und die sogenannte Energiewende, die mehr zur vollendet planwirtschaftlichen Halse gerät.

Wahrscheinlich liegt die Zaghaftigkeit bremsender individualistischer Stimmen in der Natur der Sache. Politiker machen nun einmal gern Politik, das ist ihr Job und meistens auch ihr Lebensinhalt. Und in dieser Situation schauen sie von oben auf die Dinge statt von unten. Es kommt ihnen gelegen, dass der Kollektivismus ein Primat der Politik reklamiert, die Dinge gesamthaft zu regeln und zu gestalten, im Vorrang gegenüber ungeplanten dezentralen individuellen Lösungen, selbst wenn diese Planung sowohl Freiheitsrechten als auch der Zweckmäßigkeit widerspricht. Wahrhaft Liberale hingegen, die mit dem großen Ökonomen und Sozialphilosophen Friedrich August von Hayek (1899-1992) das Problem des konstitutiven Nichtwissens des Menschen ernst nehmen und ihm mit größter Demut begegnen, setzen alles daran, „Raum für das Unvorhersehbare und Unvoraussagbare zu lassen“. Man muss nicht postulieren, dass freie Menschen immer rational handeln und dass alle Lösungen, die sie finden, optimal sind, um aber doch darauf zu setzen, dass in spontaner Interaktion immerhin ein Bestand an Wissen wächst, auf das zu verzichten für niemanden ein Segen wäre. Vielen Politikern ist das nicht nur zu abstrakt, es würde sie auch ihres Betätigungsfeldes berauben.

Die Kraft der individuellen Lösung zu betonen und ihr Raum zu geben bedeutet übrigens nicht, dass Liberale den Staat als

Sphäre kollektiven Handelns abschaffen wollen. Sie sähen ihn im Spiel der gesellschaftlichen Koordination bloß lieber als Schiedsrichter denn als Mitspieler. Politik und Markt sind zwei gleichwertige, irgendwie in Balance zu haltende Plattformen der Interaktion mit dem Ziel des Interessenausgleichs zwischen freien Individuen. Einfach ist das nicht. „Die Ordnung der Freiheit ist keine Ordnung der Harmonie“, hat Peter Graf Kielmansegg geschrieben, sondern sie sei von „Konsonanz und Dissonanz in einem“ geprägt. Diese prekäre Lage muss man aushalten und die Balance wachsam verteidigen. Entsprechend wachsame Anwälte finden sich indes immer weniger.

Hayek würde sich wohl im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, dass wir es deshalb beim Liberalismus mittlerweile mit einem weiteren Wieselwort zu tun haben - einem umgewerteten Wort, das Diebe seines eigentlichen Inhalts beraubt haben, ganz wie das Ei, das vom Wiesel zwar nicht zerschlagen, aber ausgesaugt worden ist. Nun liegt es leer und öd herum. Zugleich aber tut sich eine Chance auf. Wo Freiheitlichkeit eine derart rare Perle ist, erklimmt ihr Wert unermessliche Höhen. Wer heute stringent liberal denkt, wer Politik konsequent in den Dienst des Menschen stellt und gerade deshalb auf Zurückhaltung des Kollektivs dringt, der macht sich verdient und unentbehrlich. ●



KAREN HORN ist Vorsitzende der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft und lehrt ökonomische Ideengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.
redaktion@libmag.de

„DIE BEVÖLKERUNG IST FÜR LIBERALE IDEEN OFFEN“

Am Ende der Großen Koalition von 2005 bis 2009 stand für die FDP ein grandioser Wahlerfolg. Heute sind die Vorzeichen eigentlich gleich – nur tritt die FDP diesmal aus der außerparlamentarischen Opposition an. Ein entscheidender Unterschied, über den *liberal* mit dem Politikwissenschaftler **Professor Hans Vorländer** gesprochen hat. Vorländer ist Direktor des Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung in Dresden. // INTERVIEW // **BORIS EICHLER**

80

liberal: Im Bundestag regiert eine Große Koalition aus Union und SPD, hinzu kommt eine links orientierte Mini-Opposition aus Grünen und Linken. Liberalismus findet im Parlament nicht mehr statt - droht der Liberalismus in den kommenden Jahren in Vergessenheit zu geraten?

Vorländer: Ihre Frage geht davon aus, dass die FDP den Liberalismus exklusiv vertritt. Das trifft für eine Teilmenge an politischen Themen auch zu. Die FDP ist aber seit vielen Jahren nicht die einzige Partei, die liberale Ideen hat. Insofern kann man nicht sagen, dass der Liberalismus im Parlament nicht mehr vertreten ist. Aber Sie haben recht: Bestimmte Themen werden ohne FDP im Bundestag nicht mehr so zu Gehör gebracht. Ich nenne hier die Renten-, Gesundheits- und die Steuerpolitik. Hier gibt es tatsächlich so etwas wie eine Aufmerksamkeitslücke für klassisch liberale Themen.

Nicht lange nach der Wahl waren es vor allem Vertreter von SPD und Grünen, die

behauptet haben, der Liberalismus sei sowieso eher in ihrer Partei beheimatet als in der FDP. Ist da etwas dran?

Es gibt in den anderen Parteien einzelne Gruppen oder Personen, denen man Liberalismus-Affinität zuschreiben kann - so werden Stimmen lauter, vor allem in der Union, die kalte Progression abzuschleifen. Das ist ein genuin liberales Thema, das die FDP in früheren Legislaturperioden vertreten hat. Ein Thema sucht sich, wenn es eine entsprechende Virulenz hat, seine Politiker. Da ist ein Hauch von steuerliberalen Gedanken vor allem in der Union zu spüren - was natürlich auch daran liegt, dass genau diese Position im Augenblick im Parteispektrum verwaist ist. Die Union wäre gut beraten, wenn sie dieses Thema weiterbearbeitete. In der SPD gibt es Vertreter eines sozialliberalen Kurses, die sich allerdings kaum Gehör verschaffen.

Ungeachtet aller Widrigkeiten scheint das Stammwählerpotenzial der FDP den Umfragen nach bei vier Prozent zu liegen. Sind das die wenigen überzeugten Libe-

ralen in Deutschland oder ist die freiheitliche Strömung doch etwas breiter?

Zu dieser Frage gibt es ganz unterschiedliche Erhebungen. Für liberale Ideen und Grundintuitionen sind durchaus größere Teile der Bevölkerung offen, hier ist zum Teil von 15 bis 25 Prozent die Rede. Aber das sind, so wie alle Meinungsumfragen, nur Momentaufnahmen von Stimmungen. Von einer verlässlichen Bestimmung der Stammwählerschaft lässt sich bei der FDP nicht ausgehen. Doch das Potenzial einer genuin liberalen Partei ist allemal höher als vier Prozent. Nur kann die FDP, vor allem auch wegen ihrer Absenz vom Bundestag, nicht die Aufmerksamkeit generieren, die notwendig wäre, um sich deutlich über fünf Prozent zu positionieren.

Immerhin - die FDP hat fast 60.000 Mitglieder. Nach der Wahlniederlage 2013 gab es sogar eine Eintrittswelle. Was ist diese breite Basis wert?

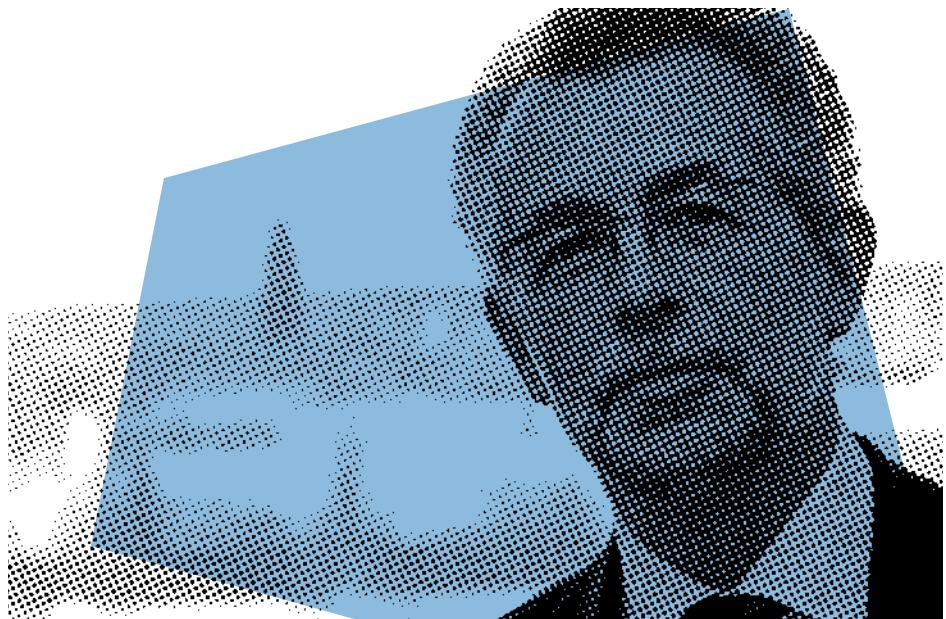
Für die Partei selbst eine Menge, nach außen hin spielt das keine entscheidende Rolle. In der politischen Welt zählen mediale Aufmerksamkeitsgewinne. Die Partei muss nach außen hin punkten. Darum ist es egal, ob die Zahl der Mitglieder groß oder klein ist. Dennoch: Wenn 60.000 Mitglieder mobiliert werden könnten, um der Partei nach außen wieder Kontur, Profil und Aufmerksamkeit zu verschaffen, dann wäre das in der Tat ein erster Schritt zu einer Renaissance der FDP.

Nach den vier Jahren Große Koalition in den Jahren 2005 bis 2009 erzielte die FDP ein Rekordwahlergebnis. Das ist für die FDP doch eigentlich ein gutes Omen für 2017 ...

Das kann man mit der heutigen Situation als außerparlamentarische Opposition nicht vergleichen. 2009 hatten wir eine einmalige Konstellation, in der die FDP ganz deutlich klare und vor allem wirtschaftsliberale Positionen besetzt hielt, die von der Großen Koalition nicht vertreten wurden. Die FDP profitierte seinerzeit nachweisbar von unzufriedenen Wählern, vor allem aus dem Lager der Union, zum Teil auch der SPD und aus der Gruppe der Nichtwähler. Das war eine Konstellation, die die FDP sehr attraktiv erscheinen ließ. Nur hat sie den Schwung, den sie in der Opposition unbestreitbar hatte, nicht in die Zeit als Regierungspartei mitnehmen können.

Eine interessante Entwicklung ist in Österreich zu beobachten, wo der Liberalismus bereits als tot galt. Wie aus dem Nichts ist nun die liberale Partei NEOS gekommen und feiert Erfolge. Eine Blaupause für die FDP?

Ich glaube nicht. Die FDP muss sich in Deutschland ein eigenes Profil schaffen. Derzeit wählen unterschiedliche Landesverbände der FDP noch unterschiedliche Strategien, um Wähler auf sich aufmerksam zu machen. Da gibt es in Nordrhein-Westfalen so etwas wie ein Komplettangebot des



Liberalismus, das für dieses Bundesland eine gewisse Plausibilität und Attraktivität hat, genauso wie in Südwestdeutschland. Eine andere Linie zeigt sich in Ostdeutschland, vor allem in Sachsen: ein populistischer Schrumpfliberalismus, der sich mit plakativen Forderungen an die Wählerschaft wendet. All dies hat Bedeutung für die jeweils nächste Wahl und das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde. Solange aber die nächste Bundestagswahl nicht vor der Tür steht, wird man wenig über eine erfolgreiche Gesamtstrategie sagen können, weil die FDP letztlich auch sehr stark davon abhängig sein wird, wie sich die anderen Parteien präsentieren und welche Lücke sich für die FDP ergeben wird.

Der FDP steht also ein langer Marsch bevor?

Das wird man wohl so sagen müssen. ●

ZUR PERSON

HANS VORLÄNDER, geboren 1954, absolvierte ein Doppelstudium der Politischen Wissenschaft und der Rechtswissenschaften in Bonn und Genf. Seit 1993 hat er den Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Dresden inne. Vorländer war Gastprofessor in Paris, Dubrovnik und Mexico City. Einer seiner Schwerpunkte ist die Parteienforschung. Der gebürtige Wuppertaler beschäftigt sich seit Jahren regelmäßig mit der FDP.

WAS DAS AUSLAND TITELT

Welche Ereignisse als wesentlich gelten, hängt vom jeweiligen Land und seiner politischen und gesellschaftlichen Situation ab. Wir zeigen in jeder Ausgabe von *liberal* die Titelseite einer ausländischen Zeitung und reißen in kurzen Übersetzungen die Themen an.

Diesmal:
**DIE UKRAINISCHE
TAGESZEITUNG „DENJ“
(DER TAG)**,
 eine überregionale Tageszeitung
 für Politik und Kultur, Ausgabe vom
 23. April 2014

Mustafa Dschemilew,
 ehemaliger Vorsitzender der Nationalen Versammlung des krimtatarischen Volkes „Medschlis“ und Mitglied der Werkhowna Rada, des ukrainischen Parlaments:

„Uns brauchen die Russen anscheinend nicht, wenn es um Rehabilitation geht. Russland müsste sich selbst rehabilitieren, vor uns – für das 1944 begangene Verbrechen ... Russland hätte sogleich nach der Proklamation der Russischen Föderation 1991 deklarieren müssen, dass die Deportation ein Verbrechen war, hätte sich verpflichten müssen, die Krimtataren bei der Rückkehr auf ihr Land und in ihren Bemühungen, dort ihre Leben einzurichten, zu unterstützen.“ **Seite 4**

Biden mit Arsenij Jazenjuk,
 dem ukrainischen Übergangspremierminister:
 Der US-Vizepräsident rief die Ukrainer auf, die Revolution zu vollenden und den Weg der Demokratie nicht zu verlassen. **Seite 3**

»DURCHHALTEN!«



**DENJ
(DER TAG)**
 Die Zeitung wird in Kiew auf Ukrainisch und Russisch herausgegeben und erscheint von Dienstag bis Freitag in einer Auflage von etwa 60.000. Sie kam 1996 auf den Markt und gilt als seriös. Die Redaktion unterhält auch einen Webauftritt in Ukrainisch, Russisch und (in Auszügen) Englisch. (<http://www.day.kiev.ua>)

Mit wem und wie kann man im Donbass eine Übereinkunft finden. Seiten 4, 5, 8

Beschriftung des Plakats auf dem Bild: Der Donbass (Region aus dem Oblasti / den Gebieten Donezk und Luhansk) – das ist die Ukraine! Der Donbass – das sind wir! Darüber geschmiert: Rossija (Russland)

Ohne die Neutralisierung der „grünen Männlein“ (Uniformierte ohne Insignien, daher offiziell nicht zuzuordnen) und der „fünften Kolonne“ (Begriff aus dem spanischen Bürgerkrieg für der Subversion Verdächtige) wird es keine Reformen geben können, und Dezentralisierung wird zum Instrument des Zerfalls des Staates.

„Seine Zeichnungen dehnen die Zeit aus“
 Der Karikaturist von „Denj“ Anatoli Kasanski wurde gestern 65 Jahre alt. **Seite 2**

ЩОДЕННА ВСЕУКРАЇНСЬКА ГАЗЕТА

день

№ 73 (4196) Середа 23 квітня 2014 року

Мустафа ДЖЕМИЛЕВ,
ек-лідер меджілісу
кримськотатарського народу,
народний депутат України:

1 У реабілітації з боку Росії ми якось і не маємо потреби. Росія сама має реабілітуватися перед нами за той досконалій злочин 1944 року... Росія повинна була відразу після проголошення Російської Федерації 1991 року оголосити про те, що депортация була злочином, взяти на себе зобов'язання щодо повернення та-тар на свої землі „ Стор. 4



ФОТО АРТЕМА СПЛІЧУКА / «День»



2

Віце-президент США закликав українців завершити революцію і не сходити з демократичного шляху

Стор. 3

«Не відступайте!»

3 ким і як можна домовлятися в Донбасі?



3

Стор. 4, 5, 8

4 Без нейтралізації «зелених чоловічків» і «п'ятої колони» жодні реформи не підуть, а децентралізація влади стане засобом розвалу країни



5

«Його малюнки розширили час»

Учора карикатуристові Анатолію Казанському минуло 65 років

Стор. 2

00073>
4 820020 300029

Die Ukraine befindet sich in ihrer tiefsten Krise, seit sie 1991 als Staat unabhängig wurde. Bei bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen sind zahlreiche Bürger gestorben, Menschenrechtsverletzungen schockieren. Russland hat die Krim annexiert. Teile im Osten und Süden des Landes sind instabil und dürften es auf absehbare Zeit auch bleiben. Eine Analyse und ein Ausblick von Miriam Kosmehl aus Kiew.

// TEXT // MIRIAM KOSMELH

PUTINS HYBRIDKRIEG

In der Nacht auf den 22. November 2013 begann, was als „EuroMajdan“ Europa beeindrucken sollte. Auf den Facebook-Aufruf des ukrainischen Journalisten Mustafa Nayyem reagierten unerwartet viele Gleichgesinnte. Wer vom Scheitern des Abkommens mit der EU ebenso enttäuscht war wie der Journalist, kam zum Kiewer Unabhängigkeitssplatz „Majdan Nesaleschnosti“. Einige blieben und errichteten eine Zeltstadt.

Andere Instrumente oder Verfahren, ihre Interessen vorzubringen, sahen die Menschen nicht mehr, nachdem Präsident Janukowitsch und seine Präsidialverwaltung demokratische Institutionen und Verfahren ausgehöhlt hatten. Im lange friedlichen Verlauf der Proteste diskreditierte sich die Staatsmacht endgültig, weil sie entweder auf Zeit spielte oder auf Gewalt und Druck setzte, aber nie zum Dialog bereit war.

So war das Ziel der Protestler bald ein grundlegender

Wandel des politischen Systems. Gleichwohl aber eines, bei dem europäische Werte eine bedeutende Rolle spielen. Bürger aller Schichten aus dem ganzen Land verlangten ein wirksames Vorgehen gegen Korruption und Willkür und Achtung der Menschenwürde.

Noch immer sehen viele in dem Vertrag mit der EU einen Rettungsanker. Zwar geht es nicht mehr darum, vor dem autoritären Staat des Ex-Präsidenten geschützt zu werden, über den Verfassungsexperten des Europarats urteilten, er habe „viel mehr

Macht als von den Wählern erteilt“. Aber einem Großteil der Bürger fehlt das Vertrauen in die ukrainische Politik. Da ist es willkommen, wenn eine respektierte Instanz von außen demokratische Strukturen und Prozesse einfordert.

Neben Rechtsstaatlichkeit, zollfreiem Marktzugang und Auslandsinvestitionen wünschen sich viele Ukrainer die „Beitrittsperspektive“. Immer- ➤



Brachte den „EuroMajdan“ ins Rollen: der ukrainische Journalist Mustafa Nayyem.

Fotos: picture alliance/abaca; rtvua



Wo alles begann:
Proeuropäische Gegner von
Wiktor Janukowitsch im
Februar auf dem Majdan
Nesaleschnosti.



**Auf verlorenem Posten:**

Orthodoxe Priester versuchen im Januar, Gewaltausbrüche zwischen proeuropäischen Demonstranten und der Polizei zu verhindern.

hin hat sich der Rat der Außenminister zu der Formulierung durchgerungen, die Assozierung sei nicht das „Endziel in den Beziehungen der EU zur Ukraine“. Ralf Dahrendorf sprach sich bereits 2005 in einem Interview mit *Der Zeit* dafür aus: „Ich sehe nicht den geringsten Grund, warum man (...) nicht prüfen sollte, ob die Ukraine die ‚Kopenhagener Kriterien‘ erfüllt, die die EU für Beitrittskandidaten festgelegt hat. Sie sind ein ganz zentrales Element des Europas der letzten elf Jahre. Ihnen verdanken wir es, dass die nachkommunistischen Länder durch das Tal der Tränen gekommen sind, ohne dass es noch stärkere innere Unruhen gegeben hat.“

Geisel übermächtiger Finanzgruppen

Gesetze nicht nur einzuführen, sondern auch tatsächlich in ihrem Geist umzusetzen, wird für jede neue ukrainische Regierung eine enorme Herausforderung sein: Es gilt, landesweit die Regierungsführung zu reformieren, der immensen Korruption entgegenzutreten, den Staatshaushalt in den Griff zu bekommen und das Land in vielen

Bereichen zu modernisieren. Entscheidungen in dieser schwierigen Übergangsphase müssen umsichtig getroffen werden und in ihrer Ausrichtung integrativ sein. Sonst droht die Gefahr, dass jene, die Ämter innehaben oder übernehmen, das alte System nicht abschaffen, und dass Politik, Wirtschaft und Kriminalität verflochten bleiben.

Bislang hat die Politik in der Ukraine auch deshalb keine tiefgreifenden Reformen durchsetzen können, weil sie Geisel übermächtiger Finanzgruppen und regionaler Clans war. Politisch tätig zu sein galt den bisherigen Akteuren vor allem als Möglichkeit, eigene Interessen durchzusetzen und nicht, mit Blick auf das Gemeinwohl zu handeln.

Hoffnungsvoll stimmen Stärke und Energie der ukrainischen Zivilgesellschaft. Die Majdan-Bewegung will die Kontrolle nicht aufgeben und Regierung, Parlamentarier,

Gouverneure und Oligarchen weiter beobachten - gerade wegen der schlechten Erfahrungen nach 2004, im ukrainischen Volksmund „die Revolution der Millionäre gegen die Milliardäre“ genannt.

Das Krim-Referendum vom 16. März war eine Farce!

Einige Analysten warnen deswegen vor Populismus; optimistischer Gestimmte sehen eine Chance für die Politik, den Anschluss an die Gesellschaft zu finden, die reifer sei als die politische Klasse.

Umfragen geben der zweiten Gruppe recht. Von der Politik traditionell instrumentalisierte Themen wie Föderalisierung oder Sprache haben nicht die Bedeutung, die Politiker ihnen oft beimesse. Als die ukrainischen Parlamentarier im Februar sogleich Sprache zum Thema machten, organisierten Bürger der westukrainischen Stadt Lemberg russischsprachige Tage, auf die die russischsprachigen Hochburgen Odessa und Donezk mit ukrainischen Tagen antworteten. Und eine Mehrheit für die Abspaltung ostukrainischer Gebiete gibt es weder in Donezk noch in Luhansk.

Das Krim-Referendum vom 16. März war eine Farce - ein Schluss, zu dem auch ein versehentlich veröffentlichter Bericht von Präsident Putins Menschenrechtsrat kommt. Schnellschüsse in Form von sogenannten Volksbefragungen, ohne dass „das Volk“ vorher informiert und ein Dialog geführt wird - und die dann darüber hinaus noch gefälscht und manipuliert werden -, verhin-

dern eine demokratische Konsolidierung der Ukraine. Auch deshalb wollen viele Majdan-Aktivisten langfristig demokratische und programmatische Parteien aufbauen, um endlich politische Instrumente an der Hand zu haben, die inhaltliche Auseinandersetzungen möglich und zugänglich machen. Gerade die Bürger im Osten bräuchten eine Partei beziehungsweise Politiker, von denen sie sich in Kiew vertreten fühlen würden.

Emotionsgeladene Propaganda

Reformen sind aber nur in einem stabilen Umfeld möglich. Die Übergangsregierung steht vor dem Dilemma, für öffentliche Ordnung sorgen zu müssen, wo bewaffnete Gewalttäte sie untergraben - am besten, ohne dabei selbst Gewalt anzuwenden. Einen Dialog mit den selbst ernannten „Amtsträgern“ zu führen, deren Legitimierung vor allem auf ihrer eigenen Gewaltbereitschaft beruht und die an einer freien Debatte aller Bürger gar nicht interessiert sind, ist schwer vorstellbar.

Dennoch und bei allen Schwierigkeiten ist mehr und proaktiver Dialog der Übergangsregierung mit den Menschen im Osten und Süden notwendig. Majdan-Aktivisten fordern, eine gemeinsame Zukunftsvision aufzuzeigen, die von allen Ukrainern mitgetragen werden kann, wie zu Hochzeiten des Majdan.

In erster Linie Spaltung und Radikalisierung mit der Protestbewegung zu verbinden ist falsch. Der Majdan hat vereinigendes Potenzial entwickelt, das geeignet war, einen weiteren Schritt zur Überwindung der schmerzhaften Geschichte der Ukraine zu tun. Leider ist dieses moralische Reservoir begrenzt. Und weil etwa das russische Staatsfernsehen wirtschaftlich schwache Bevölkerungsschichten im Osten und Süden der Ukraine mit emotionsgeladener Propaganda aufwiegelt und sich die Kiewer Regierungsmannschaft den Menschen dort nicht hinreichend erklärt, empfindet so mancher Bürger im Osten eine Kluft zwischen der eigenen Region und Kiew. So verfestigt sich der bestehende Vertrauensmangel weiter.

Die Übergangsregierung scheint das verstanden zu haben. So hat der Premiermi-

EIN RÜCKBLICK

Innerhalb weniger Februarstage floh der damalige **Präsident Wiktor Janukowitsch** nach Russland, bestimmte das ukrainische Parlament in Kiew einen kommissarischen Präsidenten und wählte eine Übergangsregierung – während auf der Krim unbekannte Bewaffnete den Regierungschef der autonomen Republik nicht mehr an seinen Arbeitsplatz ließen. Dafür wurde der Chef der Randpartei „Russische Einheit auf der Krim“ zum neuen Ministerpräsidenten gewählt, derweil bewaffnete Einheiten ohne Abzeichen das Krim-Parlament besetzt hielten.

Bald konzentrierten sich an der ukrainischen Nord- und Ostgrenze mehrere Tausend einsatzbereite russische Soldaten. Am 1. März autorisierte das russische Parlament Präsident Putin, in die Souveränität der gesamten Ukraine militärisch eingreifen zu dürfen. Am 18. März **besiegelte Russland die Annexion der Krim**. Erst einen Monat später, am 17. April, gab Präsident Putin zu, dass dort russische Soldaten im Einsatz waren – nachdem Russland zuvor wiederholt erklärt hatte, es handele sich um krieigene „Selbstverteidigungskräfte“.

Im Osten der Ukraine begannen noch im März die Besetzungen von Verwaltungsgebäuden, in der Regel durch mehrere Dutzend Bewaffnete, unterstützt von einigen Hundert Demonstranten. Die sich stetig verschärfende Situation eskalierte an den Maifeiertagen in gewaltsamen Zusammenstößen mit vielen Toten und Verletzten, erstmals auch im Süden.

Indes gab es keine Massendemonstrationen oder gar Volksaufstände für einen Anschluss an Russland. Zu prorussischen Demonstrationen kamen einige Hundert bis einige Tausend Bürger – ebenso viele oder wenige wie bei Demonstrationen für eine einheitliche Ukraine. Doch mehrten sich **gewaltsame Übergriffe auf proukrainische** Aktivisten, lokale Abgeordnete, Journalisten und demonstrierende Bürger. Dutzende Menschen verschwanden, einige wurden tot und gefoltert wieder aufgefunden.

Dabei hatten es das im Oktober 2012 gewählte Parlament und die Repräsentanten der EuroMajdan-Bewegung zunächst vereint geschafft, nach der Flucht des Ex-Präsidenten kein Machtvakuum entstehen zu lassen. Die Übergangsregierung begann mit Reformen, welche die Sieger der Orangen Revolution nach 2004 verschleppt und der Ex-Präsident und seine Vertrauten seit 2010 konterkariert hatten. Auch ein Gesetz für Dezentralisierung ist darunter, das den Regionen mehr Kompetenzen einräumt. Man einigte sich mit dem Internationalen Währungsfonds, und fast auf den Tag vier Monate nach Beginn der ersten Proteste unterschrieb man am **21. März 2014 den politischen Teil des Assoziierungsabkommens mit der EU**.





Majdan in Flammen:
Massendemonstration
gegen die Regierung
Janukowitsch im Februar.

nister eine Sitzung des Ministerkabinetts zum zentralen Thema Verfassungsreform kurzerhand ins östliche Charkiw verlegt.

Der Kreml-Faktor

Die kriegsähnlichen Auseinandersetzungen erschweren der Ukraine den ohnehin schwierig zu bewältigenden Reformprozess über Gebühr. Russland führt, was ein westlicher Experte einen „Hybridkrieg“ nennt – ein Gemenge aus verdeckten und subversiven militärischen Operationen – und unterstützt die prorussischen Aktivisten. Dass die sich auf einen breiten Rückhalt in der ost- und südkrainerischen Bevölkerung stützen können, ist zu bezweifeln. Auffällig ist die Verbindung selbst ernannter Volksführer in neonazistische Kreise. Das ist umso perfider, als doch die prorussischen Aktivisten die Kiewer Übergangsregierung des Faschismus und Extremismus beziehtigen.

Mittels Manipulation, Täuschung und Gewaltandrohung werden Ängste einfacher Menschen geschürt. Im russischen Fernsehen sprechen Kommentatoren etwa von „realem Genozid“ (im Osten der Ukraine) und davon, dass man in Kiew bereits Konzentrationslager für die Ostukrainer baue, die man als Bürger zweiter Klasse verstehe.

**Mittels
Manipulation,
Täuschung und
Gewaltandro-
hung werden
Ängste geschrürt.**

Insgesamt bedroht eine sich auf der Basis demokratischer Grundsätze gut entwickelnde Ukraine das Putinsche Herrschaftssystem einer autoritär regierten, ostslawischen Zivilisation als wertkonservativer Gegenpol zur EU.

Deshalb wird der Kreml auch fortfahren, das Nachbarland wirtschaftlich und politisch unter Druck zu setzen, weiter Geheimdiens- te und Provokateure einsetzen und Propa- ganda verbreiten. Offen militärisch interve- nieren, um die eigenen Ziele zu erreichen, muss er nicht.

Europa in der Verantwortung

Freilich müssen die Ukrainer ihre Regie- rungsführung und ihre Institutionen selbst reformieren. Europa kann der Ukraine nur dann helfen, wenn die Ukraine sich selbst hilft. Aber Europa ist gegenüber der Ukraine in der Verantwortung. Die Kremlführung darf nicht ungehindert Recht brechen und die Ukraine so destabilisieren, dass sie zum „failed state“ wird. Es ist richtig, wenn jene, die jetzt ernsthaft und transparent arbeiten – wie Übergangspremierminister Arsenij Jazenjuk –, in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht zügig und effektiv unterstützt werden und dass Kredite ausgezahlt werden, wenn Reformen vorankommen („prior action“).

Der Konflikt stellt Europa zudem vor die Aufgabe, nationale Interessen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern sich gemein- schaftlich, am besten EU und die USA ge- meinsam, auf eigene Stärken zu besinnen, diese klar zu benennen und strategisch neu auszurichten. Dabei geht es um für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ent- wicklung Europas zentrale Politikfelder wie Sicherheits- und Energiepolitik sowie um Handel und Wettbewerb.

Die Ukraine hat das Potenzial, eine frei- heitliche und friedliche Gesellschaft aufzu- bauen. In jedem Fall gilt, was der Historiker und Ukrainekenner Timothy Snyder im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* am 5. Mai betonte: „Die Ukrainer sind kein Objekt, mit dem man einen Vertrag schließt, dahinter steht ein starkes Subjekt, das sich auf dem Majdan manifestiert hat.“ ●



MIRIAM KOSMEHL ist innerhalb der ukrainischen Zivilgesellschaft hervorragend vernetzt – sie leitet das Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kiew
redaktion@libmag.de



liberal-Abo
4 Ausgaben
im Jahr
inklusive App

FREIHEIT SCHENKEN – AUF BESTELLUNG

Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit“ im
GESCHENK-JAHRESABO für 28 Euro (Inlandspreis
inklusive Gratis-App, zzgl. 10 Euro Porto und Verpackung)

Rechnungsadresse

Vorname Name

Straße Nr.

PLZ Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine
Vorauszahlung leisten. (Auslandspreise auf Anfrage) Das
Geschenkabo endet automatisch nach vier gelieferten Ausgaben.

Adresse des Beschenkten

Vorname Name

Straße Nr.

PLZ Ort

BESTELLUNG AN: liberal-Aboservice

Dienstleistungen COMDOCK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 2241/34 91 11
per E-Mail: abo@libmag.de

ODER ONLINE: www.libmag.de/abo

Freiheit ist ein wunderbares
Geschenk. Was läge also näher,
als zum Fest der Liebe ein
Stück Freiheit zu schenken?

Das Debattenmagazin **liberal**
verleiht der Freiheit viermal
jährlich eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit.

VIERMAL IM JAHR
liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT



KAPITALISTENSCHWEIN

Es gibt nur wenige Begriffe im Politischen, die derart negativ besetzt sind wie „Kapitalist“. Selbst überzeugte Marktwirtschaftler scheuen davor zurück, sich so zu bezeichnen - selbst wenn sie sich als solcher sehen. In linken Kreisen wird der Begriff kaum ohne den Zusatz „Schwein“ gebraucht. Doch es gibt ein Kapitalistenschwein, das selbst dort akzeptiert wird: Bei der Aktion „Kunst gegen Bares“ von Gerd Buurmann und Hildegard Scholten präsentieren auf der Bühne des Kölner ARTtheaters regelmäßig Künstler ihre Talente - vom Schauspielmonolog zum Kabarettbrüller, von eigenen Gedichten bis zur Eier-Jonglage im Kopfstand - eigentlich eine typische offene Bühne. Vor jeder Künstlerin und vor jedem Künstler steht ein Sparschwein, in das das Publikum nach Gutdünken Geld werfen kann. Der Künstler oder die Künstlerin mit dem meisten Geld wird zum „Kapitalistenschwein des Abends“ gekürt.

RANKING

1	FINNLAND	
	4,5	
2	IRLAND	
	5,1	
3	BULGARIEN	
	5,2	
4	RUMÄNIEN	
	5,3	
5	DÄNEMARK	
	5,8	
6	ITALIEN	
	5,8	
7	SLOWENIEN	
	5,9	
8	VEREINIGTES KÖNIGREICH	
	6,1	
...		
18	DEUTSCHLAND	
	7	
19	PORTUGAL	
	7	
20	SPANIEN	
	7,3	
21	ZYPERN	
	7,5	
22	MALTA	
	7,5	
23	BELGIEN	
	8,7	
24	SLOWAKEI	
	8,7	
25	FRANKREICH	
	8,9	
26	UNGARN	
	9,3	
27	GRIECHENLAND	
	9,5	
28	LUXEMBURG	
	11,2	

Arbeitgeber: Staat

Während der Schuldenkrise der vergangenen Jahre ist nicht zuletzt der aufgeblähte öffentliche Dienst Griechenlands in den Fokus der Kritiker geraten. In der Tat ist im EU-weiten Vergleich Griechenland fast Schlusslicht unter allen EU-Mitgliedsstaaten, wenn es um die Frage geht, wie sparsam der Staat das in der Wirtschaft verdiente Geld für eigene Angestellte ausgibt. Deutschland, so die Erhebung von *liberal*, liegt im unteren Mittelfeld.

Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an der Zahl der insgesamt Beschäftigten in Prozent

Quelle: Eigene Erhebung, Bezugszeitraum: 4. Quartal 2013, Datenbasis nach Eurostat, Beschäftigung nach Geschlecht, Alter und Wirtschaftszweigen (ab 2008, NACE Rev. 2) – 1 000[Ifsq_egan2]





VOLKES STIMME

WO VERMISSEN SIE FREIHEIT IN IHREM LEBEN?

1

Johannes Finke, 38,

Schriftsteller

Ich vermisste Freiheit in meinem Leben, weil ich bis heute nicht weiß, was Freiheit eigentlich bedeutet, und ich mit der Ahnung lebe, dass es nicht nur mir so geht.

2

Heike Melba Fendel, 52,

Geschäftsführerin

von Barbarella Entertainment

Freiheit ist der Schlaf der Sünden.

3

Fabian Wolff, 24,

Journalist

Ich habe Wassili Grossman gelesen. Bertha Pappenheim, James Baldwin, bell hooks. Ich weiß, was Unfreiheit bedeutet. Ich, als Einzelner, lebe nicht in ihr. Ich kann aber versuchen, die Unfreiheit der Menschen um mich herum aufzulösen.

4

Stefanie Lohaus, 35,

Herausgeberin des Missy Magazins

Ich vermisste eine Gesellschaft, die erkannt hat, dass nicht jeder Mensch gleich frei geboren wurde, und die alles daran setzt, diesen Missstand zu beseitigen.

5

Valentin Tritschler, 27,

schreibt derzeit seine Master-Arbeit an der FU Berlin zum Thema „Tierethik in der Literatur“. Er arbeitet für die Elisabeth Ruge Agentur.

Faktisch bin ich frei – da gibt's nichts zu vermissen. Nur das Wissen um die Unfreiheit der anderen nimmt auch meinem Leben die gefühlte Freiheit. Die Schweine.

PHRASOMETER

Wie oft finden sich bestimmte Schlüsselwörter auf den Webseiten der Parteien?



Was genau im Kopf Erich Honeckers vorgegangen ist, als er sein Amt verlor und sein Staat zusammenbrach, wird die Menschheit nie erfahren. Aber der Historiker Stefan Wolle, Leiter des DDR Museums und ehemaliger Referent bei der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, hat sich dazu einige Gedanken gemacht. Ein fiktiver innerer Monolog des Genossen E. H.

// TEXT // STEFAN WOLLE

E.S. Tagebücher



Am frühen Nachmittag des 18. Oktober 1989 verlässt ein gebrochener alter Mann das Gebäude des Zentralkomitees der SED. Sein Name ist Erich Honecker. Achtzehn Jahre lang war er als Generalsekretär der Partei und Staatsoberhaupt die unangefochtene Nummer eins der DDR gewesen. Das Ritual seiner Absetzung dauerte nur 20 Minuten. Es gab nur eine trotzige Gegenstimme: Hannah Wolf, die greise Rektorin der Parteihochschule und bekennende Kritikerin des Gorbatschow-Kurses, bewahrte ihm die Treue. Das war freilich kaum mehr als eine ohnmächtige Geste. Bereits am Vortag war im Politbüro die eigentliche Entscheidung gefallen. Dem ungeschriebenen Gesetz der Parteidisziplin folgend, hatte er zum Schluss selbst für seine Ablösung von allen Funktionen gestimmt und Egon Krenz als Nachfolger vorgeschlagen. Nun verlässt der gestürzte Generalsekretär zum letzten Mal das große Haus am Werderschen Markt. Auf dem Hof steht sein Dienstwagen, eine gepanzerte Staatskarosse der Marke Citroën. Einer der Personenschützer reißt beflissen die Wagentür auf. Immerhin das klappt noch. Der alte Mann murmelt abwesend „Objekt Waldsiedlung“ und der Kraftfahrer nickt unmerklich. Dann setzt sich die Kavalkade der Begleitfahrzeuge und Motorradfahrer in Bewegung. Der alte Mann sinkt erschöpft in die weichen Polster. Er sehnt sich nach Schlaf, doch die starken Aufputschmittel halten ihn wach. Hinter den getönten Scheiben der silbergrauen Limousine gleitet die ihm fremd gewordene Stadt Berlin vorbei. Er nimmt sie so wenig wahr wie sonst. Seine Gedanken umkreisen die Vergangenheit und Zukunft jenes Staates, der von Anfang an sein Staat gewesen ist und dessen Existenz er nun aufs Äußerste gefährdet sieht. ➤



“

So also sieht das Ende aus. Davongejagt wie ein alter Hund, der zu nichts mehr zu gebrauchen ist. Nun gut, das ist der Lauf der Welt. Aber sie werden sich noch wundern. Im Moment der Gefahr hält man den Kurs und dreht sich nicht im Kreise. In Ungarn hat sich gezeigt, wie gefährlich das ist. Diese traurigen Ritter von der Salamiwurst haben alles verkauft: die Solidarität der Bruderstaaten, den proletarischen Internationalismus, die Treue zur Sowjetunion. Ohne Vorabsprache mit den anderen Staaten des Warschauer Pakts die Grenze zu öffnen war schon ein starkes Stück. Unsere Partei wurde blamiert vor der Welt und der eigenen Bevölkerung. Im rechten Moment waren die Reporter und Fernsehteams an Ort und Stelle, um zu filmen, wie die bezahlten Freiheitshelden in Sektlaune kreischend über die Grenze stürmten. Und das alles mit Duldung der Moskauer Führung. Nun hat in Ungarn praktisch die Konterrevolution gesiegt. Wozu wurde 1956 das Blut der besten Genossen vergossen? In Polen das gleiche Spiel: freie Wahlen, die nur dem Gegner Tür und Tor öffnen. Wo hat es das in einem sozialistischen Land schon mal gegeben, dass die Partei die Macht friedlich aus den Händen gibt? Umgeben von schwankenden Kantonisten hatte sich bisher allein die DDR behauptet. Alle wollen uns belehren, die Moskauer Verräte, die Versager in Budapest und Warschau. Dabei hat der Sozialismus nirgends so gut funktioniert wie in der DDR. An uns hätten sie sich ein Beispiel nehmen können, statt von Perestroika und Glasnost zu faseln. Und jetzt schwenken Egon und die wankelmütige Mehrheit im Politbüro auf den Kurs des Kapitulantentums ein. So hat das ja wohl Lenin genannt. Aber die Herren Genossen werden sich wundern. Egon, diese unbedeutende Figur, mit dem ewig blöden Grinsen. Was wäre er ohne mich? Unter normalen Umständen hätte er es vielleicht zum Leiter einer Konsum-Kaufhalle gebracht oder bis zum Kreissekretär der Volkssolidarität. Nun meint der Schlauberger, er könne auf der Welle der Konterrevolution nach oben schwimmen. Der Beifall der Westpresse ist ihm wichtiger als der Rat kampferahrener Genossen. Ein deutscher Gorbatschow? Zum Totlachen! Die Partei braucht Erneuerung, hat er gesagt und gemeint, sie braucht ihn. Wahrhaftig der geborene Vertreter des freiheitlichen Sozialismus. Noch vor einigen Tagen der größte Stiefelklecker und nun erweckt vom heiligen Geist der demokratischen Erneuerung. **Das ist fabelhaft organisiert von diesem**

Oberverräte in Moskau. Dass sich das die Genossen vom Generalstab der Roten Armee bieten lassen! Auch im Stab der Westgruppe der Roten Armee macht man sich die größten Sorgen. Wozu haben wir den Großen Vaterländischen Krieg gewonnen? Wozu haben unsere Väter Deutschland vom Faschismus befreit? Damit jetzt



großdeutsche Revanchegeleiße aus den Gräbern auferstehen? Erst wollen sie die DDR, dann Schlesien, Ostpreußen und das Sudetenland. Warum schläft die Führung der Westgruppe in Wünsdorf? Ich werde das Ruder herumreißen und dem Kraftfahrer sagen, er soll die Fahrzeugkolonne wenden lassen und schnurstracks nach Wünsdorf fahren. Noch bin ich Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik. Eine Armee von hunderttausend Soldaten, die im Geiste des Internationalismus erzogen wurde, hört auf meinen Befehl. Die Freunde werden dem Spuk ein Ende bereiten, wie beim faschistischen Putsch am 17. Juni 1953, wie bei der Konterrevolution in Ungarn, wie bei der Hilfsaktion der Bruderstaaten gegen die parteifeindliche Clique in Prag am 21. August 1968. Noch liegt alle militärische Macht in unseren Händen. Die paar Plüscheinis von der sogenannten Menschenrechtsbewegung werden beim ersten Gegenschlag den Schwanz einziehen. Die geheimdienstlich gesteuerten Organisatoren des politisch-ideologischen Untergrunds werden ganz flink auf Tauchstation gehen, wenn

sie merken, dass es ernst wird. In einer von Mielkes Analysen, die ja sonst voller Redensarten waren, stand, dass es sich höchsten um 300 Aktivisten handelt. Dazu kommen ein paar Leute, die meinen, sie kämen auf diesem Weg schnell in den gelobten Westen. Dort fliegen ihnen dann die gebratenen Tauben ins Maul, denken sie. Ein Dutzend von den bezahlten Kreaturen vor ein Gericht gestellt, und es herrscht wieder Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Gleich werde ich dem jungen Genossen vom Personenschutz die Weisung geben, die Kolonne nach Wünsdorf umzulenken. Er wird sagen: Ganz wie Sie es anordnen, Genosse Generalsekretär. Getreu seinem Fahneneid wird er den Befehl über Sprechfunk durchgeben. Denn diesen Eid hat er der Arbeiter- und Bauernmacht geleistet, nicht den Versagern, die jetzt im Politbüro sitzen. Die Kolonne wird wenden und mit Höchstgeschwindigkeit durchs Land rasen. Die sportlichen Burschen werden fröhlich lachen. Endlich eine Entscheidung! **Schluss mit der Miesmacherei! Wir weichen nicht mehr zurück!** Solche Prachtkerle! Sportlich, immer korrekt gekleidet, ordentliche Frisuren und dazu pflichtifrig. Wenn man sich dagegen die dekadenten Gestalten der BRD-Jugend vor Augen hält. Nichts als Rauschgift und Gruppensex im Kopf, manipuliert durch Springerpresse und Westfernsehen, ohne lichtvolle Ideale. Ich werde die Genossen vom Personenschutz antreten lassen und werde mit allem gebotenen Ernst die politische Lage umreißen: „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr“, werde ich sagen, so wie damals Feliks Dzierzinsky, als im Juni 1918 die Sozialrevolutionäre gegen die bolschewistische Führung putschten und Lenin verhaftet hatten. „Tschekisten“, werde ich sagen, „es ist an euch, die Revolution zu retten!“ „Ja, Genosse Generalsekretär, die Macht liegt im Lauf unserer Gewehre!“, werden sie antworten. „Tod all denen, die uns heimtückisch in den Rücken gefallen sind, die im Augenblick der äußersten Gefahr mit dem Gegner paktiert haben, die angesichts des Feindes knieweich geworden sind!“ Und wenn der innere Feind besiegt ist, werden wir die Heere der Weißgardisten schlagen. Sie mögen englische Gewehre, französische Feldgeschütze und feine amerikanische Wickelgamaschen haben. Solange unsere Herzen für den Sieg der Revolution brennen, sind wir unschlagbar. Nun bin ich doch ein bisschen eingeschlummert. Irgendetwas Wirres habe ich da zusammengeträumt. **Doch erhabend und schön war es.** Wie eines jener Revolutionslieder, die wir damals beim Kommunistischen Jugendverband so gerne gesungen haben. „Von all unsrern Kameraden / war keiner so lieb und so gut/wie unser kleiner Trompeter, / ein lustiges Rotgardistenblut ...“ Ach Gott, wir sind schon in der Greifswalder Straße. Linker Hand muss jetzt gleich das herrliche Thälmann-Monument kommen. Der verdiente Sowjetkünstler Lew

Kerbel hat es geschaffen und der Eröffnungstag war überwältigend: **Die Jungen Pioniere waren angetreten und haben mit Blumensträußen gewinkt.** Die Sonne hat gelacht. Über Lautsprecheranlagen spielte man Kampflieder der Arbeiterklasse und fröhliche Jugendlieder. Und hinter mir stand grinsend Egon, der das alles organisiert hat. Wohlgemerkt: Hinter mir! So wurde der Thälmann-Park eröffnet. Umgeben von neuen modernen Vollkomfortwohnungen für unsere werktätigen Menschen. So viele glückliche und sorgenfreie Tage hat es früher gegeben. Und das soll nun alles schlecht gewesen sein? Woran habe ich gerade gedacht, als ich für einen



Moment eingeschlummert war, ach so. „Jawohl, Genosse Generalsekretär!“, werden die jungen Tschekisten rufen. „Wir dienen der Deutschen Demokratischen Republik.“ Aber Generalsekretär bin ich ja seit heute Nachmittag gar nicht mehr. Wie soll ich den Genossen Kraftfahrer eigentlich ansprechen? So oft hat er mich gefahren und ich weiß nicht einmal seinen Namen. Vielleicht frage ich ihn? Aber wie soll mich der Genosse vom Fahrdienst überhaupt anreden? »

Genosse Honecker? Immerhin Genosse bin ich ja noch. Ansonsten Rentner mit ungewissen Zukunftsaussichten. Wo soll ich eigentlich in Zukunft wohnen? In der Waldsiedlung wird man mich wohl nicht mehr haben wollen. Was muss man eigentlich unternehmen, um eine Wohnung zu bekommen? Ich kann mich doch nicht aufs Wohnungsamt setzen und eine Einzimmerwohnung für ein Rentnerehepaar beantragen. Doch warum nicht? Um irgendwelche Privilegien ging es mir nie. Vielleicht ist so ein einfaches Leben an der Basis gar nicht schlecht. Ich könnte gelegentlich im Veteranenclub Vorträge über die politische Lage halten und Margot könnte den Kuchenbasar beim Internationalen Kindertag organisieren. Aber wird es überhaupt noch einen Veteranenclub und so schöne Feste geben? Das wird ja nun alles schlechtgemacht. Nun gut, wenn alles weg ist, dann wird man sich im Alltag nach dieser Art von Menschengemeinschaft sehnen. **Dann gibt es nur noch die Kälte des Kapitalismus, eigensüchtige Interessen, Ellbogenmentalität.** Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Irgendein Philosoph hat das auf Lateinisch gesagt. „Homo hominis lupine“. Aber nein, das ist ja eine Pflanze. Egal. Wenn nur diese innere Schwäche nicht wäre. Ich glaube, mein Blutdruck ist viel zu hoch, vielleicht auch der Zuckerspiegel. Zu viel Aufregung für mein Alter. Morgen werde ich zum Genossen Medizinalrat gehen. Ich werde Margot anrufen, dass sie mir einen Termin macht. Überhaupt die arme Margot. Nun wird man auch über sie herfallen. Nach so vielen Jahren der erfolgreichen Arbeit. In der ganzen Welt schätzt man das einheitliche sozialistische Bildungswesen. Nur im eigenen Lande wird gemeckert und gemeckert. Bloß weil bei uns samstags Schule ist, im Westen aber schulfrei. Immer der Westen! Da ist alles vortrefflich! Freiheit und Haribo-Gummibärchen, bis es allen aus den Ohren herauskommt. Gerade die junge Generation hat ja keine Ahnung. Diese unwissenden Gestalten, die sich da im Garten der BRD-Botschaft in Prag zusammengerottet hatten. Dem BRD-Außenminister kam das gerade recht, sich als Heilsbringer zu profilieren. Was aus den jungen Leuten wird, die man aufgehetzt und verleitet hat, ist den



bürgerlichen Politikern doch vollkommen gleichgültig. Sie werden in Aufnahmelagern landen oder provisorisch untergebracht in Turnhallen und Lagerräumen. **Bald schon wird den eingesessenen**

BRD-Bürgern der Kragen platzen angesichts des faulen Gesindels, das auf ihre Kosten bequem leben will. Aber die werden sich umgucken, abgespeist mit ein paar Mark Arbeitslosengeld ohne Zukunftsperspektive. Vielen wird es bald schon leidtun. Aber wir weinen niemandem eine Träne nach. Sollen sie doch gehen. Sie werden schon noch begreifen, was sie mit unserer Republik aufgegeben haben. Eine klare berufliche Perspektive, gute Zukunftsaussichten, preiswerte Krippen- und Kindergartenplätze, garantierte Arbeitsplätze, niedrige Mieten und Lebenshaltungskosten. Aber das war ja alles nicht genug. Mein Gott, wenn wir das damals in Wiebelskirchen gehabt hätten! Keiner der Arbeiter konnte von mehr träumen als von ein paar Reichsmark für eine ganze Woche Maloche, einer bescheidenen Wohnung und genug zu essen für alle Kinder. Vielleicht am Sonntag ein Bierchen in der Gastwirtschaft. Keiner von uns hat je Bananen oder Ananas zu sehen bekommen. Ein halber Apfel aus dem eigenen Garten oder eine Handvoll Sauerkirschen zum Frühstücksbrot - und Schluss. Nun wollen alle nach Mallorca oder sonst wohin fahren. Wenn wir damals einen Ausflug ins Steinbachtal zur Forstscheune Neuhaus machten, mit dem roten Wimpel und der

Klampfe vorneweg und Butterstullen im Tornister, so war das für uns ein großes Glück. Und wir wollten nicht mehr, als dass alle Arbeiter der Welt so viel hätten. Dafür haben wir gekämpft. Dafür haben wir noch ein paar Groschen in die Sammelbüchse geworfen, für die Hungernden im zentralrussischen Schwarzerdegebiet. Dort sieht es neuerdings auch nicht gerade rosig aus. 70 Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sind die Lebensmittel wieder knapp und die Verantwortlichen belehren uns in der DDR über den demokratischen Sozialismus. **Die Menschen aber wollen keinen demokratischen Sozialismus, sie wollen den richtigen Sozialismus, so wie er in der DDR so erfolgreich war.** Sie wollen keinen bürgerlichen Wahlschwindel mit einem Dutzend Parteien, die alle das Gleiche versprechen und nichts halten. Als ob man mit dem Kreuz auf dem Wahlzettel die Machtverhältnisse verändern könnte. Sie wollen auch keine Scheinfreiheit, die darauf fußt, dass man sich einen Berg Zeitungen kaufen kann, in denen überall die gleiche Hetze gegen alle fortschrittlichen Kräfte stattfindet. **Was soll überhaupt der Unsinn von der Meinungsvielfalt?** Eine richtige Meinung reicht doch aus. Wozu braucht es denn noch eine Flut von falschen Meinungen? Wie kann man nur auf so einen Unsinn hereinfallen? Und der kleine Mielke mit dem großen Rand, der Meisterschnüffler und Neudemokrat à la Gorbatschow, hat das alles geduldet. Er hat die politische Untergrundtätigkeit zugelassen und so viele seiner Geheimschnüffler in die Gruppen des politischen Untergrundes geschickt, bis sie wirklich so stark waren, dass seine eigenen Leute mit ihnen nicht mehr fertig geworden sind. Tschekisten wollen das sein! Stalin mag ja viele Fehler gehabt haben, aber da gab es so was nicht. Über angebliche Verbrechen wird ja nun viel geschrieben, nicht zuletzt in dieser kleinformatigen Illustrierten aus Freundesland, die auch in der DDR verbreitet wurde. **Aber vor Stalin hatten alle Respekt.** Irgendwo hier im Norden von Berlin gab es damals - 1948 oder 1949 - einen Arbeitseinsatz zum 70. Geburtstag des großen Stalin. Wir trugen sein Bild voran. Tausende Jugendliche kamen freiwillig, um NAW-Schichten zu leisten. Ob sie heute überhaupt noch wissen, was die Abkürzung bedeutet? Nationales Aufbauwerk hieß das. Und das waren keine leeren Worte. Auf einem Trümmerhaufen war das blaue Banner mit der aufgehenden Sonne aufgepflanzt. Es wehte feierlich im Sommerwind. Haben wir bei der Arbeit gesungen oder wurde die Musik über Lautsprecher gespielt? Egal, es war großartig. Wir waren eine große Familie, die es gemeinsam anpackt. Man müsste noch einmal so jung sein, voller Hoffnung. Soll das alles vergeglich gewesen sein? Endlich kommt der Wald. Jetzt ist es nicht mehr weit nach Hause. Doch was heißt schon zu Hause? Habe ich

mich jemals dort zu Hause gefühlt in der langweiligen Siedlung zwischen all den Kiefern und Sträuchern? Nicht einmal spazieren gehen konnte man dort, ohne Egon im Trainingsanzug zu begegnen oder Mielke auf dem Weg zum Schwimmbad. Ekelhaft! Es wird ihnen eines nicht mehr fernen Tages nicht besser ergehen als heute mir. Von allen werden sie verlassen sein. Die ihnen eben noch zugejubelt haben, werden sie am lautesten schmähen. Ich gehe ihnen nur ein kleines Stück voran auf dem Weg in die Namenlosigkeit des Kommunisten. **Doch neue Kämpfer werden auferstehen. Die Enkel fechten's besser aus.**

“



Die große Hornbrille ist dem alten Mann auf die Nase gerutscht. Die Tränen des Selbstmitleids haben die Gläser beschlagen lassen, sodass er kaum noch den vertrauten Kontrollpunkt des Objekts „Waldsiedlung“ erkennen kann. Die bewaffneten Posten erstarrten zur Salzsäule und salutieren militärisch korrekt. Es ist das letzte Mal, dass er so empfangen wird. Es folgt eine Odyssee, an deren Ende Verklärung und Tod stehen werden.



DR. STEFAN WOLLE, Historiker, war 1989/90 bei der Stasi-Auflösung aktiv, veröffentlichte mehrere Bücher zur DDR-Geschichte, unter anderem „Die heile Welt der Diktatur“. Seit 2006 ist Wolle wissenschaftlicher Leiter des DDR Museums Berlin.
redaktion@libmag.de

„Wir sterben für die Freiheit“

Seit 15 Jahren beteiligt sich die Bundeswehr an internationalen Kampfeinsätzen. Es gibt Tote, Verletzte und eine Vielzahl von Heimkehrern mit seelischen Erkrankungen oder Wiedereingliederungsproblemen. Die einsatzerfahrenen Soldaten organisieren sich in Veteranenverbänden – und fordern Anerkennung.

// TEXT // KARSTEN DUSTIN HOFFMANN

„Mein Name ist Johannes Clair. Ich bin Kriegsveteran“, sagt der junge Mann mit dem dunkelroten Wollpullover und dem modischen Vollbart. Knapp 40 überwiegend männliche Studenten sind zum Vortrag des ehemaligen Zeitsoldaten ins Hauptgebäude der Universität Hamburg gekommen. Der Weg zum Veranstaltungssaum führte sie vorbei an einem mit roten Fahnen dekorierten Büro einer sozialistischen Studentengruppe. Ob er nicht Angst vor Protesten habe, möchte ein Zuhörer von Clair wissen. Die Universitätslinke ist nicht gerade für ihre Toleranz gegenüber Andersdenkenden

bekannt, und insbesondere die Bundeswehr stellt für sie ein Feindbild dar. Bei einer ähnlichen Veranstaltung in Göttingen wurde Clair von selbsternannten „Anti-Militarist_innen“ niedergebrüllt. Das ist erst wenige Monate her, und nicht wenige haben den 29-Jährigen vor dem Auftritt in Hamburg gewarnt. Aber dieses Mal bleibt es ruhig. Es sind Semesterferien, und den Vortrag des Kriegsveteranen haben die Universitätsrevolutionäre offenbar verschlafen.

TAGELANGER BESCHUSS

Nein, Clair hat keine Angst vor Protestlern. Wer in Afghanistan unter feindlichem Be-

schuss in den Schützengräben lag, hat andere Sorgen. 1985 geboren, wächst er in einem 7.000-Einwohner-Ort zwischen Hamburg und Bremen auf, wo er das renommierte Privatgymnasium Eichenschule besucht. Während die meisten seiner Mitschüler nach dem Abitur ein Studium beginnen, verpflichtet sich Clair für vier Jahre als Zeitsoldat – in der Mannschaftslaufbahn. Er wird nicht aus Verlegenheit Soldat, sondern aus der Überzeugung, als Teil einer Parlamentsarmee seinen Beitrag zur Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten zu leisten. Ob es angesichts seiner Höhenangst eine gute Idee war, ausgerechnet Fallschirmjäger zu



Deutsche Truppen in Afghanistan:
Bundeswehrsoldaten gehen nach einem Appell über den staubigen Aufmarschplatz in Kundus.

werden, ist sich Clair heute nicht mehr so sicher. Aber es sei ihm eben auch darum gegangen, sich seinen Ängsten zu stellen.

Im Sommer 2010 wird Clairs Einheit aus der Kaserne im beschaulichen Seedorf ins Feldlager Kunduz verlegt, wenige Wochen nach dem sogenannten „Karfreitagsgefecht“, bei dem drei deutsche Soldaten ums Leben kamen. In den folgenden Monaten bleibt die Lage angespannt. Nachdem sich die Nato in den Monaten zuvor immer weiter zurückgezogen hatte, ändert das Bündnis nun seine Strategie. Mit der Operation „Halmazag“ (Dari für „Blitz“) beginnt im November 2010 die erste deutsche Bodenoffensive seit dem

Zweiten Weltkrieg - und bringt den Stabsgefreiten Clair an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Irgendwann, verschlanzt hinter einem Erdwall und nach tagelangem Beschuss, macht die Angst ihn zeitweise handlungsunfähig. Anschließend wirft er sich vor, seine Kameraden im Stich gelassen zu haben. Aber der Krieg geht weiter. In den sieben Monaten seines Auslandseinsatzes übersteht Clair zwei Sprengstoffanschläge und 20 Gefechte - äußerlich unverletzt.

Es hätte auch anders kommen können. Die deutschen Streitkräfte beteiligen sich seit 1990 an Auslandsmissionen, seit dem Kosovo-Krieg 1999 auch an Kampfeinsätzen.

Unfälle und Selbsttötungen eingeschlossen kamen über 100 Soldaten bei Auslandseinsätzen ums Leben, allein 54 davon in Afghanistan. Jedes Jahr erleiden mehrere Tausend ernste körperliche Verletzungen. Aber auch ohne diese stellen die mehrmonatigen Auslandseinsätze besondere Belastungen für alle Beteiligten dar. Beziehungen zerbrechen, Kinder entfremden sich von ihren Eltern. Nach der Heimkehr haben die Soldaten oftmals Probleme, wieder im zivilen Leben Fuß zu fassen.

Bis zu 10.000 Soldatinnen und Soldaten sind dauerhaft außerhalb Deutschlands stationiert - nicht nur in Afghanistan oder im ➤

Kosovo, sondern auch am Horn von Afrika, im Libanon, in der Türkei, in Mali, im Senegal, in Uganda, im Sudan, in der Westsahara und im Kongo. Die Bundeswehr hat sich von einer Verteidigungs- zu einer weltweit operierenden Interventionsarmee entwickelt, ohne dass sich nennenswerter Protest geregelt hätte. Die Zahl der Bundeswehrangehörigen, die mindestens einen Auslandseinsatz hinter sich haben, liegt mittlerweile bei etwa 200.000. Immer mehr von ihnen organisieren sich in Verbänden wie Pro Veteran oder dem Bund Deutscher Veteranen (BDV), dessen zweiter Vorsitzender Johannes Clair ist.

öffentliche Diskussionsveranstaltungen. Denn vor allem geht es dem BDV um Akzeptanz. Während die Gesellschaft ihren Streitkräften immer mehr abverlangt, bringt sie ihnen immer weniger Respekt entgegen - das ist zumindest das Empfinden vieler Heimkehrer. Je nach Umfrage lehnen zwischen 50 und 70 Prozent der Deutschen den Afghanistan-Einsatz ab, aber knapp 90 Prozent der Wählerstimmen gehen an Parteien, die den Einsatz befürworten. Afghanistan ist weit weg und das Schicksal der dort stationierten Soldaten vielen egal. Aber das Desinteresse ist nur die eine Seite der Medaille.

erteilen Jugendoffiziere Hausverbote und werden dafür mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet (wie etwa 2013 das Berliner Robert-Blum-Gymnasium). Öffentliche Vereidigungen von Rekruten können oft nur unter Polizeischutz stattfinden. Immer wieder kommt es zu Brandanschlägen auf Bundeswehrkasernen, teilweise mit Millionenenschäden. Und nicht zuletzt die Abschaffung der Wehrpflicht lässt die Distanz zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft weiter wachsen.

HEIMLICH IM AUSLANDSEINSATZ

Der gesellschaftliche Zuspruch für die deutschen Truppen scheint im Sinkflug begriffen. Und wer sich solidarisch mit ihnen zeigt, muss Konsequenzen fürchten. Zu den wenigen Prominenten, die sich demonstrativ hinter die Veteranen stellen, gehört der Schauspieler Til Schweiger. Als er im vergangenen Jahr anlässlich einer Filmvorstellung öffentlich Sympathien für die deutschen Soldaten in Afghanistan bekundete, verübte eine militante linke Gruppe einen Brandanschlag auf den vor seinem Wohnhaus geparkten Wagen seiner damaligen Lebensgefährtin. Wen wundert es da, dass viele Soldaten in der Öffentlichkeit nicht gern über ihre Tätigkeit sprechen. Vor den Arbeitskollegen der Ehefrau wird der Auslandseinsatz zur Dienstreise, Verwundungen zu Verletzungen bei Motorradunfällen. Permanent müssten sich die Veteranen für ihren Einsatz rechtfertigen, meint Johannes Clair.

Auch von der Bundeswehr fühlen sich viele Veteranen vernachlässigt. Zurück in Deutschland werden sie in denselben Verwendungen eingesetzt wie vor ihrem Einsatz - und damit den unerfahrenen Kameraden gleichgestellt. Das gilt insbesondere bei den Mannschaftsdienstgraden. Eine realistische Chance auf den Status eines Berufssoldaten haben die wenigsten. Und auch wer ins zivile



Wenig Akzeptanz: Demonstranten protestieren vor dem Bonner Landgericht gegen den Luftangriff von Kundus.

Der im August 2010 gegründete BDV wächst stetig. Er betreibt ein eigenes Büro in Berlin, organisiert Besuche bei verletzten und erkrankten Kameraden, schickt Briefe und Pakete an die Soldaten im Einsatz, offeriert über Sponsoren vergünstigte Eintrittskarten für Theater und Fußballspiele, organisiert Kameradschaftstreffen und

Ausgerechnet in der Heimat gerät die Bundeswehr immer mehr in die Defensive: Während Einsatzrückkehrer verbündeter Nationen mit Fähnchen und Applaus am Flughafen bejubelt werden, können deutsche Soldaten froh sein, wenn keine Protestkundgebung während ihres Empfangs veranstaltet wird. Schulen und Universitäten

»Wir waren dort, um zu kämpfen. Wir wurden gedrillt, auf Menschen zu schießen.«

Johannes Clair

Berufsleben wechselt, hat oft schlechte Karten. Zwar gewährt die Bundeswehr großzügige Wiedereingliederungshilfen, aber für potenzielle neue Arbeitgeber stellt die Einsatzfahrung keinen Wert dar. Gründe für eine organisierte Interessenvertretung der Einsatrzückkehrer gibt es also genug.

Der BDV versucht, diese Aufgabe zu übernehmen. Er fordert unter anderem eine bessere materielle Versorgung der Rückkehrer und einen offiziellen Veteranenvertreter in Berlin. Seit seiner Gründung kämpft der Verein für die Einführung eines bundesweiten Veteranentages: Nach amerikanischem Vorbild sollen Kriegsveteranen einmal im Jahr eine besondere Würdigung erfahren. Nach mehreren Anläufen fand der BDV im damaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière schließlich einen wichtigen Unterstützer. Der Minister schlug den 22. Mai vor, denn im Jahr 1956 waren an diesem Datum die wehrverfassungsrechtlichen Grundlagen für die Bundeswehr in Kraft getreten.

Im Bundestag erntete de Maizière jedoch Skepsis bei seinen Parteikollegen und Widerspruch bei der rot-grünen Opposition: Darf man das überhaupt angesichts der deutschen Geschichte? Wer gilt überhaupt als Veteran? Müssten nicht auch Polizisten, Feuerwehrleute und Lokomotivführer gleichermaßen geehrt werden? Der Veteranentag verlief im Sande, und irgendwann war die Maizière nicht mehr Verteidigungsminister. Der BDV führte seinen Gedenktag schließlich ohne staatlichen Segen ein. Von 2014 an soll - zunächst unter dem Namen „Veteranenfest“ - jeden Samstag nach Himmelfahrt nicht nur der Gefallenen gedacht werden, sondern auch aller, die lebend von Auslandseinsätzen zurückgekehrt sind.

OBDACHLOSE VETERANEN

Während der BDV das Licht der Öffentlichkeit geradezu sucht, konzentriert sich der



Johannes Clair
Vier Tage im November
Taschenbuch, 416 Seiten
ISBN-13 9783548375212



Verband Pro Veteran auf die Arbeit mit seinen Mitgliedern. Es gehe nicht darum, T-Shirts, Bücher und Fanartikel zu verbreiten, meint Dustin Schubert, sondern die Probleme des täglichen Lebens zu bewältigen. Auf die Frage, ob auch er in Afghanistan gedient habe, antwortet Schubert: „Selbstverständlich!“ - als wäre es selbstverständlich. Gleich zweimal war der Pro-Veteran-Vorsitzende in Afghanistan stationiert. Wer mit ihm spricht, verspürt einen etwas trotzigen Unterton, als wolle Schubert mit jeder Antwort eigentlich etwas anderes sagen, nämlich: „Ich habe für euch mein Leben riskiert, und ihr wisst es nicht zu würdigen!“

Aber Pro Veteran bettele nicht um Anerkennung, denn das, was in Afghanistan stattfinde, sei Außenstehenden ohnehin kaum zu vermitteln. Gerade deswegen hätten viele Heimkehrer Schwierigkeiten im zivilen Leben. Schubert kennt Fälle deut-

scher Veteranen, die am Existenzminimum lebten oder sogar obdachlos seien. Phänomene, die in den USA seit Jahrzehnten bekannt und empirisch belegt sind: Unter den Veteranen der dortigen Streitkräfte finden sich überdurchschnittlich viele Obdachlose, Straßfällige und Alkoholkranke. Die Scheidungs- und Trennungsrate ist außergewöhnlich hoch. Es sterben mehr US-Soldaten durch Suizid als im Feld durch aktive Feindeinwirkung.

In Deutschland steckt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den seelischen und sozialen Folgen der Teilnahme an Kampfeinsätzen noch in den Kinderschuhen. Das ist ein ernst zu nehmendes Versäumnis der Bundeswehr und der Sozialwissenschaften. Aber man braucht kein Wissenschaftler zu sein, um zu erkennen, dass die Betroffenen eine besondere Betreuung benötigen, die von der Bundeswehr - nach Auffassung

der Veteranenverbände - kaum gewährleistet wird. „Das hat die Bundeswehr einfach verpasst“, meint Schubert, und der Zuspruch für seinen Verein gibt ihm recht.

Die Betreuung von Soldaten mit Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) ist ein besonderer Schwerpunkt beider Veteranenverbände. Laut einer Studie der Universität Dresden zeigen zwei Prozent der Afghanistan-Rückkehrer ein Jahr nach ihrem Einsatz PTBS-Symptome. Auf 20.000 Fälle

Jahre nach Beginn der Afghanistan-Mission sei die Situation immer noch unbefriedigend. Es gebe zu wenig Psychologen und zu wenig Betreuungsmöglichkeiten. Die Bundeswehr beauftragte keine wissenschaftlichen Untersuchungen, damit daraus keine Anspruchsgrundlage für Geschädigte entstehe. Die hohe Anzahl abgelehnter Entschädigungsanträge interpretiert der ehemalige ISAF-Pressesprecher als „deutliches Zeichen für die generelle Verweigerungshaltung der

ten, deren Hauptaufgabe es ist, die Interessen der Betroffenen gegenüber der Bundeswehr zu vertreten. Mittlerweile zeigt die kontinuierliche Arbeit des BDV erste Erfolge: Die Bundeswehr hat einen PTBS-Beauftragten angestellt. Die TU Dresden veröffentlichte im Auftrag des Deutschen Bundestags eine Dunkelzifferstudie. Außerdem wurde mit dem „Einsatzversorgungs-Verbesserungsgesetz“ eine ganze Reihe materieller Verbesserungen erreicht.

DEN ÄNGSTEN STELLEN

Das Mandat für den deutschen Afghanistan-Einsatz endet am 31. Dezember 2014. Der Abzug läuft auf Hochtouren, das Feldlager in Kunduz ist geräumt. Fest steht: Es war der bisher schwerste und verlustreichste, aber es wird nicht der letzte Auslandseinsatz der Bundeswehr gewesen sein. Die Aufarbeitung der Folgen hat gerade erst begonnen. Kaum überschaubar sind die Kosten für die Versorgung der oftmals arbeitsunfähigen, traumatisierten Soldaten - von den gesellschaftlichen und individuellen Folgen ganz zu schweigen. Für die Soldaten und ihre Angehörigen ist die Welt „vor dem Krieg“ eine andere als „nach dem Krieg“.

Gegen Ende seines Vortrags wird Johannes Clair nachdenklich. Er habe drei Jahre gebraucht, es sich einzustehen, aber offenbar leide auch er unter den seelischen Folgen seiner Kampfeinsätze. Es gebe gute und schlechte Tage, sagt er. An den schlechten könne er kaum etwas Sinnvolles bewerkstelligen. Er habe lange mit sich gerungen, aber nun nehme auch er ein Angebot psychologischer Betreuung in Anspruch. Dabei werde er zwar erneut mit seinen Einsatzerlebnissen konfrontiert, aber die Behandlung helfe ihm sehr: „Man muss sich seinen Ängsten stellen.“



»Die reden, wir sterben.«

Oberstleutnant a. D.
Andreas Timmermann-
Levanas

schätzt Andreas Timmermann-Levanas die PTBS-Dunkelziffer. Der langjährige Berufsoffizier im Dienstgrad eines Oberstleutnants (a. D.) zählt sich selbst zu den Betroffenen. Sein Buch „Die reden - wir sterben“ wird mittlerweile von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben. Darin schreibt der Autor zwar auch über die Angriffe und Anschläge, die er während seiner Auslandseinsätze in Bosnien und Afghanistan über sich ergehen lassen musste. Im Wesentlichen handelt es sich jedoch um eine 200 Seiten starke Anklage gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber. Die Bundeswehr sei im Hinblick auf Posttraumatische Belastungsstörungen völlig unvorbereitet in die Auslandseinsätze gegangen. Selbst zehn

Bundeswehr“. Und diese mache selbst vor Menschenleben nicht halt.

Für Timmermann-Levanas war die passive Haltung der Bundeswehr Anlass zur Gründung des BDV. Fast fünf Jahre danach bietet der Verein den PTBS-Betroffenen eine umfassende Betreuung. Über 20 speziell ausgebildete und ehrenamtlich tätige „Fallmanager“ kümmern sich um derzeit mehr als 400 Betroffene und deren Angehörige. Der Verein hat Wohnraum angemietet, den Veteranen mit psychischen oder sozialen Problemen vorübergehend nutzen und in diesem Rahmen auch auf weitere Hilfsangebote zurückgreifen können. Dazu unterhält der BDV ein Netzwerk externer Traumattherapeuten, Verwaltungsfachleute und Juris-

KARSTEN DUSTIN HOFFMANN,
Politikwissenschaftler und freier
Publizist, leistete von 1996 bis 1997
Wehrdienst im Marinefliegergeschwader
3 in Nordholz. Seine freiwillige Meldung
zu UNO-Auslandseinsätzen blieb
unerücksichtigt. Heute ist er darüber
froh. post@karstendustinhoffmann.de



LIBERALE WERBEN LIBERALE

PRÄMIE NR. 1:

„Der Weg zur Knechtschaft“ von Friedrich August von Hayek

In kaum einem anderen Werk ist der Zusammenhang zwischen Marktwirtschaft, Demokratie und individueller Freiheit so klar dargestellt wie in von Hayeks Klassiker aus dem Jahr 1943.

PRÄMIE NR. 2:

„Die Ethik der Umverteilung“ von Bertrand de Jouvenel

Der französische Ökonom und Sozialphilosoph Bertrand de Jouvenel (1903-1987) ist neben Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises einer der liberalen Hauptkritiker des paternalistischen Vorsorgestaates.

PRÄMIE NR. 3:

„Das Kapitalistische Manifest“ von Johan Norberg

„Wer solide Bescheid wissen will über die Globalisierung, ihre Form und ihre Folgen: In diesem verdienstvollen Werk findet sich alles, was man zur kompetenten Auseinandersetzung braucht.“ (FAZ)

PRÄMIE NR. 4:

Je zwei Eintrittskarten für das „DDR-Museum“ in Berlin

Das „DDR-Museum“ ist einzigartig, unterhaltsam und lehrreich und eines der meistbesuchten Museen Berlins. Das „DDR-Museum“ finanziert sich nicht aus Ihren Steuergeldern, sondern allein aus seinem Betrieb.

Vermitteln Sie *liberal* neue Abonnenten und sichern Sie sich eine Prämie. Auch wenn Sie selbst kein Abonnent von *liberal* sind, können Sie für unser Debattenmagazin Leser gewinnen und Ihre Prämie frei auswählen!*

PS: Unter www.libmag.de bieten wir auch Geschenk-Abos und ermäßigte Studenten-Abos an

* Prämien solange der Vorrat reicht. Die Zusendung der Prämie für den Werber erfolgt nach Lieferung des ersten Heftes an den neuen Leser.

VIERMAL IM JAHR

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

BESTELLUNG AN: **liberal-Aboservice • Dienstleistungen COMDOK GmbH**
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 oder per E-Mail: abo@libmag.de
oder www.libmag.de/abo

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine Vorauszahlung leisten. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres bei der nebenstehenden Adresse gekündigt wird. (Auslandspreise auf Anfrage)

ADRESSE DES WERBERS

Vorname Name
Straße Nr.
PLZ/Ort
E-Mail
Telefon

ICH HÄTTE GERNE PRÄMIE (Gewünschtes bitte ankreuzen)

DATUM/UNTERSCHRIFT

--

LESER WERBEN LESER

Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit“ im **JAHRESABO** für 38 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung)

ADRESSE DES NEUEN LIBERAL-ABONNENTEN

Vorname Name
Straße Nr.
PLZ/Ort
E-Mail
Telefon

DIE NEUNMAL



Experten sind in unübersichtlichen Zeiten eine gefragte Spezies. Schließlich müssen zahllose Fernsehtalkrunden irgendwie besetzt werden, und auch die Kollegen aus den Printmedien adeln ihre Artikel gerne mit der Kompetenz von Fachleuten. Dumm nur, dass die Verantwortlichen häufig Hochstapler auf den Leim gehen – oder zu bequem sind, die Motive der Befragten zu prüfen. // TEXT // JAN-PHILIPP HEIN

KLUGEN

Machen Sie mal den Test: Wenn Sie die Begriffe Parteien, Diäten und Selbstbedienung hören, denken Sie an ... Na? Genau: Hans Herbert von Arnim, der mal als Parteienforscher und mal als Verfassungsrechtler ammoderiert wird. Oder denken Sie an diese drei Begriffe: Krise, Absatzmärkte, Automobilbranche. Na? Die Synapsen küssen sich und landen bei ... Bingo! Ferdinand Dudenhöfer, Professor für Betriebswirtschaftslehre und Automobilwirtschaft. Letzter Versuch: Revolution, Mubarak, Putsch. Sie haben es erraten: Hamed Abdel-Samad, ägyptischstämmiger Politologe.

Journalisten haben in den vergangenen Jahren zwei wesentliche Erfahrungen machen müssen:

1. Uns wird nicht mehr alles geglaubt. Denn der nächste echte Experte sitzt nur einen Mailaccount entfernt und nimmt unsere Geschichten und vermeintlichen Analysen in den Kommentarspalten unter den Texten genüsslich auseinander.

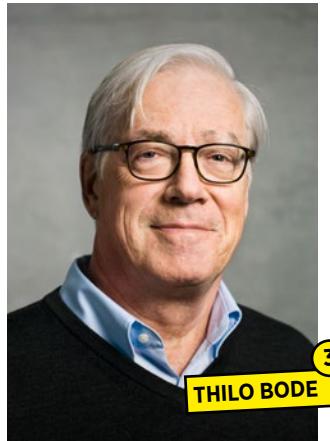
2. Wenn wir uns selbst das Expertenwissen beschaffen und einen Experten anrufen, sparen wir uns viel Arbeit, Zeit und oft langweilige Sekundärliteratur.

Und das ist der Deal. Wir schenken ihm die Bühne, er uns seine Expertise. Dumm nur, wenn wir Hochstaplern auf den Leim gehen oder zu bequem sind, die Motivation unserer ausgelagerten Gehirne zu prüfen. Hans Herbert von Arnim, Ferdinand Dudenhöfer und Hamed Abdel-Samad wissen genau, wovon sie sprechen. Doch das ist längst nicht immer der Fall. Und wenn Experten Ahnung haben, müssen sie nicht unvoreingenommen sein. Deshalb hier die überflüssigsten Experten, die es geschafft haben, Journalistenlieblinge zu werden:

Thilo Bode ist Chef der sich selbst als Verbraucherschutzorganisation verstehenden NGO „Foodwatch“. Die „Essensretter“ plante Bode 2001 am Reißbrett „Untersuchung zur Machbarkeit einer unabhängigen Verbraucherschutzorganisation - Arbeitstitel: „Foodwatch“ stand auf dem Deckblatt der Blaupause. Darin heißt es: „Diese Organisation erhebt [...] jedoch nicht den Anspruch, alle Verbraucher zu repräsentieren, sondern sie tritt nur für bestimmte,

klar definierte Interessen der Verbraucher ein und will den Teil, eine Minderheit, organisieren, der sich damit eindeutig identifiziert.“ Ein Elitenprojekt also. Weiter heißt es im Text: Ein gutes Beispiel seien Umweltverbände, die mit einer relativ geringen Mitgliederzahl, jedoch gut organisiert „ein wesentliches Gewicht in der politischen Debatte gewonnen haben“. Gelernt ist halt gelernt. Bode war mal Chef der deutschen Greenpeace-Sektion. Foodwatch funktioniert mittlerweile ebenfalls als gut geölte Empörungsmaschine, vor der Nestlé und andere Lebensmittelkonzerne durchaus Angst haben. Jede noch so kleine Pressemitteilung von Foodwatch wird von den Leitmedien der Republik begeistert und ohne einen Hauch Distanz verbreitet. Thilo Bode ist also zweifellos einer der führenden Kampagnendesigner des Landes. Seltsamerweise wird er jedoch als Lebensmittel- und Ernährungsexperte und nicht als Lobbyist in eigener Sache in Talkshows eingeladen und zu Interviews gebeten.

Hannes Jaenicke ist Deutschlands nervigste und lauteste Ein-Mann-NGO. Als solche gibt er eine in ein Buch gepresste Schrift heraus, die den Titel „Die große Volksverarsche – Wie Industrie und Medien uns zum Narren halten“ trägt. Und der Einzige, der durchblickt, ist Jaenicke als Chef der Organisation. Kostprobe aus dem Vorwort: „Können wir wirklich nichts mehr kaufen, essen, anziehen, ohne unsere Gesundheit oder Umwelt zu gefährden und die Machenschaften von skrupellosen Konzernen und deren Managern zu unterstützen?“ Sie sehen also: Die Lage ist ernst. Wie gut, dass der Schauspieler Jaenicke, der in Filmen wie „Love Trip - Ehe mit Hindernissen“, „Sex oder Liebe“ und „Ein Date fürs Leben“ mitspielte, uns die Augen öffnet. Sein umfassendes Hintergrundwissen bezüglich der Weltläufe und des abgrundtief bösen Kapitalismus hat Jaenicke womöglich beim Dreh des Films „Willkommen im Krieg“ erworben. Für Frank Plasberg & Co. Grund genug, ihn öfter einzuladen. Was sagt Jaenicke selbst übers Fernsehen? „Kinder, die exzessiv dem Fernsehprogramm frönen, neigen im Erwachsenenalter zu aggressivem, unsozialem Verhalten; und bei jungen Männern, die wöchentlich mehr als zwanzig



»



„Viel Fantasie und wenig seriöse Recherche.“

Stunden vor der Glotze hängen, wurde eine deutlich verringerte Spermienkonzentration festgestellt.“

Fernsehkochin **Sarah Wiener** bedient dieselbe Nische wie Jaenicke und sagt auf die Frage, was sie empöre, Sätze wie: „Dass dem wirtschaftlichen Wachstum und der Gewinnmaximierung alles andere untergeordnet wird: Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität - obwohl wir längst begriffen haben, dass Wachstum endlich ist.“ Ökonomin oder Betriebswirtin ist Sarah Wiener freilich so wenig wie gelernte Köchin. Dass der „ewige Konsum“ uns nicht „glücklicher, reifer oder gesünder“ mache, beruht auf ihren Beobachtungen. Vielleicht flüstert der Frau mal jemand, dass es auch etwas mit der Qualität der Lebensmittel zu tun hat, dass wir immer älter werden. Das wäre eine gute Aufgabe für den nächsten Sitznachbarn in einem der vielen Talkformate, in welche die Österreicherin als TV-Köchin häufig eingeladen wird.

Solide Talkerfahrungen hat auch ein weiterer Österreicher vorzuweisen. **Christian Felber** firmiert bei Wikipedia als „Autor und Referent zu Wirtschafts- und Gesellschaftsfragen“. Kein Wunder. Denn schließlich ist er Mitgründer der Austria-Dependance von Attac. Das reicht Journalisten in der Regel schon locker, jemanden zum Ökonomie-Experten zu adeln. Felber ist aber auf Nummer sicher gegangen und hat noch einen doppelten Boden eingezogen, indem er ein Projekt namens „Demokratische Bank“ initiierte. Die Titel seiner Bücher lassen auf fundierten ökonomischen Sachverstand schließen: „Retten wir den Euro!“, „Die Gemeinwohl-Ökonomie - Das Wirtschaftsmodell der Zukunft“ oder „Kooperation statt Konkurrenz - 10 Schritte aus der Krise.“ Sein Wissen erwarb Felber bei

seinen Studien der Philologie, der Politikwissenschaften sowie der Psychologie und Soziologie.

Seit gefühlt 350 Jahren sitzt im ARD-Morgenmagazin ein weißhaariger Mann, der auch wie ein „Grand-seigneur“ anmutet, und erzählt den schlaftrunkenen Zuschauern von den neuesten Sensationen aus der wundersamen Welt der Rechtsprechung. Auch die ZDF-„Drehscheibe“ greift auf den Journalisten **Wolfgang Büser** zurück. Wer vor Jahren Unterstützung beim Mittagsschlaf brauchte, schaute sich Büser als Experten der Gerichtsshow „Streit um Drei“ im Zwei-Ten an. Was wenige wissen: Büser hat sich keine Sekunde seines Lebens als Jurist betätigt oder Jura studiert, diesseits der Mattscheibe dürfte er laut Rechtsdienstleistungsgesetz überhaupt nur engen Verwandten oder Freunden Rat in juristischen Fragen erteilen - und auch das nur unentgeltlich. Merkwürdig ist außerdem seine Leidenschaft fürs Detail: Büser vermeldet laufend, was Amtsgerichte bei Nachbarschaftsstreitigkeiten oder Auseinandersetzungen mit Versicherern entscheiden. Für die Betroffenen sind das mitunter existenzielle Fragen, für die Verbraucher an den Fernsehschirmen sind die Kleinode der Juristerei meist irrelevant, da sie keine Wirkung über die Einzelfälle hinaus entfalten - erst höchstrichterliche Entscheidungen betreffen alle ähnlich gelagerten Fälle, die sich noch auf dem Weg durch die Instanzen befinden.

Neben Experten ohne Expertise ist eine andere Spezies Fachleute dauerhaft und gebührenfinanziert in unseren Wohnzimmern präsent: echte Koryphäen, die aus einleuchtenden Gründen weniger an neutraler Aufklärung der Zuschauer als an der Verbreitung ihrer politischen Agenda interessiert sind.



Das 1977 aus der Anti-Atomkraft-Bewegung hervorgegangene **Öko-Institut** wird stets angefragt, wenn das Thema Kernenergie die Debatten beherrscht. Seine letzte Blütephase hatte der Laden also im Frühjahr 2011 anlässlich der Reaktorkatastrophe von Fukushima, die sich infolge des Tsunamis ereignete. Praktisch am Öko-Institut: Die zweifellos fachkundigen Spezialisten des Hauses servieren genau das, was eine atomhysterische Nation wie Deutschland - Sie erinnern sich: Tiefkühlfisch, der vor dem Unglück gefangen wurde, wollte niemand mehr kaufen - haben möchte. Das Gesicht der Freiburger Institution ist **Michael Sailer**. Der „Atomexperte“ kam in den Tagen nach Fukushima nicht mehr zur Ruhe und wurde im „Brennpunkt“, der „Tagesschau“, im „Heute Journal“, bei „Frontal 21“ und am laufenden Band bei Phoenix verhört. Kernbotschaft: Japan habe gezeigt, dass Atomkraft nicht beherrschbar sei und Deutschland deshalb so schnell wie möglich aussteigen müsse. Sein Institutskollege **Christian Küppers** verarztete damals parallel die Printlandschaft. Als „Reaktorexperte“ hielt er *Frankfurter Rundschau*, das *Handelsblatt* und das *Hamburger Abendblatt* auf dem Stand der Dinge.

Eine Frage an die Branchenkollegen aus den Sportressorts: Würden Sie einen Spielerberater, der ein Dutzend Kicker bei mehreren Bundesligavereinen betreut, als unbefangenen Experten zur Lage der Vereine oder der ganzen Liga interviewen? Wohl eher nicht, oder? Niemand würde Ihren Kronzeugen ernst nehmen, schließlich muss er morgen wieder Geschäfte mit den Vereinsbossen machen. Und damit sind Sie, liebe Kollegen vom Sport, Ihren Kollegen, die sich um Außenpolitik kümmern, weit voraus. Die haben näm-

lich keine Skrupel, regelmäßig mit dem „Nahostexperten“ **Michael Lüders** wie oben beschrieben zu verfahren – egal ob ARD, ZDF oder Deutschlandradio.

Wer Lüders das Mikrofon vor die Nase hält, ihn aus dem Radiostudio anruft oder in einen Talkshowsessel schubst, erfährt, dass Despoten, Autokraten und Terroristen nicht immer ganz so schlimm sind, wie man so denken würde. In Lüders’ Nahem Osten ist nur einer stets der Bösewicht: Israel. Die iranische Führung kann dagegen jederzeit mit Nachsicht rechnen. Das könnte damit zu tun haben, dass zur Ein-Mann-Firma des Orientinsiders noch ein weiteres Profitcenter zählt, das sich „Nahostberatung“ nennt. Auf Lüders’ Website lernen wir, dass es nicht immer einfach sei, in der Region Fuß zu fassen: „Persönliche Kontakte und kulturelles Know-how sind entscheidend, um im Wettbewerb mit anderen Anbietern zu bestehen. Diesen Vorteil garantiert Ihnen die Nahostberatung von Michael Lüders.“ Sylke Tempel, Chefredakteurin der Zeitschrift *Internationale Politik*, die von der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik herausgegeben wird, attestierte Lüders nach der Lektüre seines Buchs „Iran: Der falsche Krieg“: „viel Fantasie und wenig seriöse Recherche“.

Als Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit weiß **Claudia Kemfert** eine ganze Menge über das deutsche Gigaprojekt „Energiewende“. Nicht nur das macht sie in den Redaktionen äußerst beliebt. Kemfert kann druckreif formulieren und ist in Talkshows für jeden Streit zu haben. Wo immer sie auftritt, bricht die Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Lanze für die Ökostrombranche. Und das ist das Problem. Die „Expertin“ tritt nicht als neutrale Begleiterin der Energiewende auf, sie ist eine lautstarke Vorkämpferin. Wer auf die Schattenseiten des größten planwirtschaftlichen Projekts, das in Deutschland seit dem Zusammenbruch der DDR versucht wird, hinweist, wird verlässlich abgekanzelt. Höhepunkt der Journalistenverehrung Kemferts war eine Überschrift in der Frauenzeitschrift *Brigitte*: „Wie lebt die Frau, die alles weiß?“ Wenn wir das wissen wollten, würden wir eine „Society-Expertin“ befragen. Wollen wir aber nicht. ●



JAN-PHILIPP HEIN ist Journalist aus dem kleinsten Bundesland der Welt. Expertenwissen hat er sich in langwierigen Studien als Kunde der Bremer Gastronomie erworben. Er schreibt regelmäßig für *Focus* und ist Kolumnist mehrerer Tageszeitungen.
redaktion@libmag.de



Weltanschauung auf dem Teller

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Gäste zu bekochen war früher einfacher. Heute muss man zunächst bei jedem Eingeladenen nachfragen, welcher Diät oder Ernährungslehre er anhängt. Die Antwort „Ich esse alles“ fällt immer seltener. Wer dies über sich sagt, gerät leicht in den Ruf, ein oberflächlicher Typ zu sein, ein Simpel ohne Grundsätze. Die Zeiten sind vorbei, als es genügte, mit Rücksicht auf muslimische oder jüdische Freunde, kein Schweinefleisch aufzutischen und höchstens noch bedenken zu müssen, dass unter den älteren Gästen womöglich Diabetiker sind. Wenn sich heute das gebildete Mittelschichtsmilieu deutscher Großstädte um einen Esstisch versammelt, ist mindestens ein Vegetarier dabei und einer, der es für einen Akt globaler Zerstörung hält, irgendwas zu sich zu nehmen, was nicht biozertifiziert ist.

Irgendwie fühle ich mich an die 70er-Jahre erinnert. Damals war es in der akademischen Jugend von ungeheurer Wichtigkeit, welcher linken Sekte man angehörte. Wer stramm maoistisch gepolt war, hasste die Undogmatischen mehr als den Klassenfeind. Adorno-Jünger und Trotzkisten zelebrierten ihre intellektuelle Gelehrsamkeit. Und für die Anarchos waren alle anderen sowieso bereits etablierte Säcke. Eine gemischte Tischrunde wäre undenkbar gewesen. Auch der beste Koch hätte die weltanschaulichen Gräben nicht zuschütten können. Zumal damals gutes Essen eine untergeordnete Rolle spielte. Billiger Rotwein und ein Topf Spaghetti reichten aus, um einen Abend in fröhlicher Runde zu verbringen.

Aus heutiger Sicht wirkt der ideologische Starrsinn der damaligen Zeit bizarr. Selbst wenn man teilgenommen hat, weiß man nicht mehr so recht, worum es bei manchen der doktrinären Debatten eigentlich ging und wieso sie so furchtbar wichtig waren. Wer sich zurückversetzen möchte, der muss nur mit Veganern diskutieren. Deren Überzeugungen glühen mindestens ebenso heiß wie die junger Linker von einst.

Weltanschauung wird heute nicht mehr durch die Auswahl der Bücher im Regal und der Poster an der Wand demonstriert, sondern auf dem Teller. Das Essen ist zur geistigen Selbstvergewisserung geworden. Es definiert, wie man gesehen werden will und was man seinen Mitmenschen mitzuteilen hat. Ludwig Feuerbachs berühmter Satz, „Der Mensch ist, was er isst“, gilt mehr denn je, nur anders, als der Philosoph es meinte.

Warum ist das so gekommen? Zunächst einmal sind weltanschauliche Nahrungstabus nichts Neues. Von den heiligen Kühen der Hindus bis zum freitäglichen Fischgericht der Christen gibt es kaum eine Religion, die nicht mit ein paar Essensvorschriften aufwartet. Das dient der Abgrenzung von den Ungläubigen und Falschgläubigen. Wir essen anders!

Wo es um Religion geht, ist das schlechte Gewissen nicht weit. Man denke nur an den langen Kampf der Aufklärer und Humanisten für selbstbestimmte Sexualität. Es ist noch kein halbes Jahrhundert her, da gab es noch den Kuppeleiparagrafen, Homo-



sexualität war kriminell, Masturbation krankhaft und es war schamlos zu behaupten, Frauen hätten ein Bedürfnis nach lustvoller Erotik. Fromme Menschen definierten ihre geistige Haltung darüber, dass sie diese Tabus befolgten und es auch von anderen verlangten. Die weniger Frommen setzten sich beherzt darüber hinweg und prangerten die Unmenschlichkeit der Sittenstrenge an.

Das schlechte Gewissen, das einst Jugendliche plagte, wenn sie die Hände nicht über der Bettdecke halten konnten oder vor der Ehe miteinander schliefen, beschleicht sie heute beim Essen: Fett ist Sünde, Zucker frivol und McDonald's obszön. Wer nicht auf alle tierischen Produkte verzichtet, ist aus Sicht von Veganern moralisch einem Mörder gleichzusetzen.

Doch es kommt noch ein anderer Impuls hinzu: die generelle Tendenz, Ernährung zur Identitätsstiftung zu benutzen. Es reicht nicht mehr, wenn Essen gut schmeckt. Es muss das richtige Essen sein. Ernährungslehren haben die Rolle politischer Ideologie übernommen. Während der eine nichts essen will, was von einem Tier stammt, will sich die andere von „inneren Schlacken“ befreien. Ob man der Detox- oder der Paleo-Diät anhängt, ist mindestens so wichtig geworden wie einst die Frage, ob Marcuse oder Wilhelm Reich den richtigen Weg weist. Keine Frauenzeitschrift ohne eine neue Wunderdiät auf dem Titel, und in den Buchhandlungen wachsen die Regale mit Ratgebern zur bestmöglichen und moralisch einwandfreien Nahrungsaufnahme. Manche Menschen betrachten

ihre Verdauung als Selbstoptimierungsprojekt, an dem sie unentwegt arbeiten müssen. Die Diätindustrie wurde dadurch zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig.

Zum Glück isst die Mehrheit der Bevölkerung entspannter als die Hipster in den angesagten Vierteln der Großstädte. Umfragen und Konsumstatistiken zeigen: Manche Ernährungslehren, die in der medialen Öffentlichkeit Dauerthema sind, haben im wirklichen Leben kaum mehr Anhänger als studentische Ideologien der 70er-Jahre. Der Anteil von Bioprodukten am Gesamtumsatz von Lebensmitteln liegt 13 Jahre nach Renate Künasts „Agrarwende“ immer noch bei etwa 4 Prozent. 20 Prozent in zehn Jahren, war damals das Ziel. Eine Studie der Universitäten Göttingen und Hohenheim kam 2013 zu dem Ergebnis, dass weniger als 0,5 Prozent der deutschen Bevölkerung vegan leben. Aber diese 0,5 Prozent ziehen ganz schön viel Aufmerksamkeit auf sich. Auch darin gleichen sie den Studenten der 70er-Jahre. ●

MICHAEL MIERSCH ist Ressortleiter Forschung bei Focus, Autor, Dokumentarfilmer und Mitbegründer des Autorenblogs *Die Achse des Guten* (www.achgut.de). Website: www.maxeiner-miersch.de miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de





Saison 1987/88

Skandal – Kondomwerbung im Fußball! Nur Fußballexperten wissen, dass auch der FC 08 Homburg zur Riege der ehemaligen Bundesligavereine gehört. Schlagzeilen machte der saarländische Club auch weniger durch sportliche Höchstleistungen. In der Spielzeit 1987/88 sorgte der neue Trikotsponsor des Vereins für Aufregung. Die Saarländer präsentierten sich mit dem Firmenlogo eines Kondomherstellers und kassierten dafür die nach heutigen Verhältnissen unfassbar niedrige Summe von 200.000 D-Mark. Für den Deutschen Fußball-Bund (DFB), der ansonsten mit Alkohol- und Glücksspielwerbung nie ein Problem hatte, war das ein Verstoß gegen „Ethik und Moral“ – wohlgemerkt zu einer Zeit, in der eine breit angelegte Aufklärungskampagne die Benutzung von Kondomen empfahl. Kurzum: Der DFB verweigerte die erforderliche Zustimmung zu dem Sponsoren-Deal. Gerhard Mayer-Vorfelder, seinerzeit Vorsitzender des DFB-Ligaausschusses, wurde daraufhin scharf kritisiert. Der damalige FDP-Sprecher Lothar Mahling sagte, es sei kaum zu erwarten gewesen, „dass der selbsternannte Tugendwächter Mayer-Vorfelder über seinen kleinbürgerlichen Schatten springen würde“. Entschieden wurde der Streit vom Landgericht Frankfurt am Main. Die Richter hielten Kondome für nichts Unanständiges und schrieben dem DFB ins Stammbuch, seine Entscheidung sei „offensichtlich willkürlich“. Die ganze Affäre brachte dem Kondomhersteller viel kostenlose Publicity – dem Verein half sie nicht. Der FC Homburg stieg ab, ward in der Bundesliga nie mehr gesehen und spielt heute viertklassig in der Regionalliga Südwest.



Montagsdemos

Auf der Suche nach der verlorenen Wut kann ein Besuch am Brandenburger Tor helfen. Denn die dort abgehaltenen Montagsdemos sind ein probates Mittel gegen ideologisches Burn-out. Peace off.

Ich spüre einen umwerfenden Überdruss. So eine Art ideologisches Burn-out. Zum Beispiel ein Feminist-Burn-out. Sobald ich das Gefühl habe, es wird gleich über die Gleichberechtigung gesprochen, fliehe ich. Die Begriffe, die dann nämlich weiter durch den Raum fliegen würden und die Diskussionen, deren bekannter Ablauf, sind ungefähr so wie die studentischer Gruppen an Unis: Vier Stunden lang reden und am Ende weiß keiner mehr, worüber geredet wurde.

Ich habe auch, und ich glaube das wird eine Volkskrankheit, das Antisemiten-Burn-out. Ich bekomme Juckreiz, wenn ich die Namen Sarrazin oder Pirincci höre oder lese oder schreibe. Aber ansonsten regt sich in mir auch nichts mehr. Ich habe meine Wut verloren. Gibt es dafür bereits ein Krankheitsbild?

Um überhaupt wieder etwas zu spüren in dieser liederlichen Gesellschaft, die sich mit tausend Begriffen bewirft wie Kinder im Sandkasten, habe ich mich aufgemacht, die Montagsdemonstration zu besuchen. In Berlin. Am Brandenburger Tor. Ja, so wie es sich für Aufmärsche gehört. Gleich neben dem Max Liebermann Haus, auf dessen Dach Liebermann 1933 die Fackelzüge strammer SA-Leute beobachtete und diesen Kotze-Satz sagte. Hier könnte ich meine Wut wiederfinden.

Hier in der einen Ecke sind eindeutig ein paar Glatzen zu sehen, etwas weiter Mutts in Wallewalkekleidern, die ein Transparent hochhalten, auf dem ein



Peace-Zeichen zu sehen ist. Wenn das Frieden ist, dann will ich Krieg, denke ich. Ich freue mich über den warmen Ekel, der sich in mir ausbreitet. Leute, die glücklich sind, das kommt auf Demos aber nicht so gut an.

„Wir kommen von unten“, schreit der österreichische Anführer (schon wieder?) vom Podium und beginnt einen an die „Finanzmärkte“ und „Israel“ gerichteten Hass-oder-Gerechtigkeitshop. „Von ganz ganz ganz unten“, höre ich hinter mir die rettende Stimme von Frank Künster, dem berühmten Türsteher Berlins. „Menschen sind vielschichtige Wesen“, ruft es nun von einem zotteligen Typen von der Bühne. „Ja, nur sind die nicht anwesend“, sagt Künster, und ein bisschen Ruhe kehrt ein – wenn nicht gar Wut. ●



ANDREA HANNA HÜNNINGER,
Journalistin und Buchautorin, arbeitet
für FAZ, FAS, Die Zeit und Die Welt.
2011 erschien ihr Debüt „Das Paradies
– Meine Jugend nach der Mauer“.
redaktion@libmag.de



ZUR PERSON

In Würde sterben

Andreas Döding hat grundsätzlich Verständnis für ein Verbot aktiver Sterbehilfe – dennoch hält er eine andere Lösung für sachgerecht. Für seinen Beitrag „Plädoyer für die aktive Sterbehilfe“ wählten ihn unsere Leser auf libmag.de im Februar zum „Autor der Freiheit“. Wir veröffentlichen hier eine gekürzte Fassung.

Es gibt vermutlich wenige Themen, bei denen es so schwierig ist, keine dezidierte Position einzunehmen wie die Frage nach der Gestaltung des Lebensendes und der Frage, wie man mit dem Thema „Tötung auf Verlangen“ umgehen sollte

Aktuell positioniert sich CDU-Generalsekretär Peter Tauber bereits eindeutig dagegen und führt die ideologischen Leitbegriffe zur Diskussion („gewerbsmäßige Tötung“) sogleich mit ein. Auch Franz Müntefering (SPD), der vor wenigen Jahren seine an Krebs erkrankte Frau verloren hat, spricht sich gegen aktive Sterbehilfe aus. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) fordert darüber hinaus eine Verschärfung der gegenwärtigen Gesetze, indem auch die momentan noch straffreie Beihilfe zum Suizid (beispielsweise durch Bereitstellung geeigneter Substanzen) künftig unter Strafe gestellt werden soll.

Man kann nur hoffen, dass die Debatte vor der kommenden Novellierung des entsprechenden Gesetzes nicht zu einem Glaubenskrieg ausartet, sondern an der Vernunft orientiert geführt werden wird.

Natürlich, die großen, grundsätzlichen und prinzipiellen Positionen haben immer etwas für sich. Das trifft auf den ersten Blick auch auf ein Totalverbot des assistierten Sterbens zu. Die grundsätzlich verbietende Position ist ihrem Wesen nach einfach. Sie ist darüber hinaus in diesem Fall vermutlich auch aus der christlichen Ethik heraus zu begründen, und jeglichem Missbrauch wird zunächst einmal ein Riegel vorgeschnoben.

Allein, dieser Ansatz malt die Welt in Schwarz und Weiß, und das geht oft genug am Menschen vorbei.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, lautet der erste Artikel des Grundgesetzes. Wer wollte dem widersprechen? Beinhaltet Menschenwürde aber nicht auch den (berechtigten) Wunsch nach einem würdevollen Lebensende? Und hat Würde nicht auch wesentlich etwas mit Selbstbestimmtheit zu tun?

Sicher, als 1949 die Väter des Grundgesetzes diesen Satz nicht nur unter dem Eindruck des millionenfachen Mordes an den europäischen Juden formuliert haben, sondern auch wenige Jahre nach den unsäglichen, als „Euthanasie“ euphemistisch verbrämten Morden an körperlich und geistig Behinderten, werden sie dabei sicher nicht an irgendeine Form des assistierten Sterbens gedacht haben. Aber ist denn das hunderttausendfache, man verzeihe die drastische Wortwahl, elende Krepieren in deutschen Krankenhäusern und Pflegeheimen menschenwürdig? Ich meine: nein.

Die grundsätzlich verbietende Haltung von CDU-General Tauber ist zwar einfach, wird den Menschen jedoch nicht gerecht, weil die Idee des „sich Kümmerns“ um die Menschen auf Kosten ihrer Autonomie geht.

Es ist ja schließlich auch heute so, dass sich Todkranke suizidieren. Nur dass dies eben aus Sorge, zu früh aufgefunden zu werden, im Elend, in der Einsamkeit, des Nachts auf irgendwelchen Bahngleisen, Parkplätzen oder anderswo passiert. Und in

aller Regel können sich die zum Freitod Entschlossenen aus Furcht, ihre Angehörigen könnten in schwere Gewissenskonflikte geraten, nicht einmal von ihnen verabschieden. Das Argument Münteferings, den Innsbrucker Bischof Peter Scheuer zitiert, die Menschen sollten „an der Hand, nicht durch die Hand“ von Menschen sterben, nimmt sich vor dem Hintergrund dieser tausendfachen Tatsache merkwürdig aus.

Eine menschenwürdige Lösung wird komplizierter ausfallen müssen. Für welche Krankheiten und in welcher Krankheitsphase soll Töten auf Verlangen zugelassen werden? Eine Positivliste also, aber wer stellt diese nach welchen Kriterien zusammen? Wie hoffnungslos muss die medizinische Prognose sein? Und den nicht einwilligungsfähigen Kranken wird man damit freilich auch nicht gerecht; sie werden den quälischen Kelch weiterhin bis zur Neige leeren müssen.

Umgekehrt kann der Staat sich natürlich nicht zum Handlanger Suizidaler degradieren lassen. Dass es durchaus möglich ist, vertretbare Lösungen jenseits der Extrempositionen zu finden, hat die Novellierung der „Abtreibungsparagrafen“ 218 und 219 StGB gezeigt. Es gibt eine Fristen-, Indikations- und Beratungslösung, die niemandem ganz, aber den meisten halbwegs gerecht wird, und mit der dieses Land nun seit Jahren ganz gut lebt.

Vieleicht ist das eine Blaupause für die nun anstehende Debatte und Gesetzgebung zum Thema aktive Sterbehilfe? ●

„Wir werden immer mehr wie Kinder behandelt.“

Komfortverzicht. Armutsheroisierung. Genussverachtung.

Deutsches Gutmenschenstum breitet sich in Europa aus. Jute statt Kaschmir, Kartoffelkultur statt Haute Cuisine, lauwarmes Leitungswasser statt kühlspitzigem Champagner: „Ich habe keinen Porsche, und das ist auch gut so.“ Wer Freude hat, ist verdächtig. Und damit die Leute lernen, was für sie gut ist, gibt es immer mehr Vorschriften und Verbote. Das Erschreckende daran: Niemand wehrt sich – Verbotsfanatiker haben auch noch Zulauf. Weil doch dann alles so schön gleich ist. Der Wahlwerbespruch heißt nicht mehr „Freiheit statt Sozialismus“, sondern „grauer Einheitsbrei statt bunter Individualität“. Brüssel verbietet inzwischen nicht nur 100-Watt-Glühbirnen, sondern auch Staubsauger, die zu stark Staub saugen. Behörden behandeln Menschen wie Kinder. Aufmucken ist unsolidarisch. Der österreichische **Philosoph Robert Pfaller** hat dazu seine sehr eigene Meinung. In *liberal* sagt er, was er denkt: über die Lächerlichkeit des Brüsseler Beamtenapparates und amerikanische Freiheitsdefizite.

// INTERVIEW // OLIVER JEGES // FOTOS // JEFF MANGIONE

Herr Pfaller, wann haben Sie sich zum letzten Mal in Ihren bürgerlichen Freiheiten eingeschränkt gefühlt?

Meine eigenen Lieblingsbeschäftigungen sind vergleichsweise überschaubar und werden wohl nicht als erste zum Gegenstand der nächsten Verbotswellen werden. Aber man sollte sich politisch nicht nur für die Dinge engagieren, die einen persönlich betreffen. Bei all den aktuellen Verboten und Bevormundungen steht ja nicht nur das jeweils Persönliche der Leute auf dem Spiel, sondern auch etwas Allgemeines: ihr Status und ihre Würde als mündige, erwachsene Menschen, die durchaus in der Lage sind, kleine Unannehmlichkeiten im öffentlichen Raum zu verkraften, ja vielleicht sogar Freude daraus zu gewinnen. Vieles, was wir persönlich nicht unbedingt wollen, lassen wir uns ja oft mit Freude gefallen, wenn wir in guter Gesellschaft sind - zum Beispiel manche Sportübertragungen im Fernsehen. Die aktuellen Verbote zerstören die Geselligkeit der Menschen; sie nehmen ihnen die Möglichkeit, die Erfahrung zu machen, dass sie dank der Gesellschaft mehr Freude empfinden können als alleine.

Sie sind Mitbegründer der Initiative „Mein Veto“, die sich gegen die zunehmende Beschränkung bürgerlicher Freiheiten und die Bevormundung durch den Staat richtet. Also etwa gegen ein Verbot von Mentholzigaretten oder Alkohol auf öffentlichen Plätzen. Wieso sind Ihnen diese Themen wichtig?

Bei „Mein Veto“, einer österreichweiten Initiative, die von der Werbeagentur Ecker und Partner gegründet

wurde, war ich nur einer der ersten Unterstützer. Inzwischen habe ich zusammen mit Alexandra Ötzlinger eine weitere, EU-weite Initiative gegründet - sie heißt „Adults for Adults“. Wir versuchen, Bewusstsein für das Problem zu erzeugen, dass staatliche Behörden Individuen immer mehr wie Kinder behandeln und ihnen Dinge vorschreiben, die sie gut selbst regeln können. Zugleich lassen diese Behörden auf der anderen Seite entscheidende Dinge ungeregelt - etwa die Vereinheitlichung der Steuer- und Sozialsysteme in der EU oder die Besteuerung von Finanztransaktionen.

In den allermeisten Regionen der USA gilt ein Verbot des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit. Die USA gelten trotzdem als freiheitsliebendes und offenes Land. Wo ist also das Problem, wenn das nun auch in Deutschland oder Österreich so gehandhabt würde?

Wer eine Weile in den USA gelebt hat, weiß, dass dort nicht allein die soziale Sicherheit der Menschen, sondern auch ihre Freiheit und persönliche Würde keine allzu hoch gehandelten Güter darstellen. Elfjährige Kinder, die man beim Doktorspielen ertappt, und ausländische Spitzenpolitiker, für die die Unschuldsvermutung gilt, führt man in Handschellen vor. Und nirgends sitzt ein so großer Bevölkerungsanteil im Gefängnis wie in diesem Land. Der Mangel an unterstützenden und fördernden staatlichen Einrichtungen führt hier sichtlich zu einer Ausweitung von repressiven staatlichen Maßnahmen. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch in Europa ab. Man kürzt den Leuten die Sozialleistungen, dafür gibt man ihnen immer mehr Verbote, Vorschriften und Warnungen. »



Warum darf die Droge Alkohol verkauft werden, Drogen wie Hasch oder Kokain aber nicht?

Weil wir eine jahrhundertealte Kultur des Alkoholgenusses haben. Auch der Gebrauch anderer Genussmittel wie Haschisch oder möglicherweise auch Kokain hat sich inzwischen in vielen Subkulturen der westlichen Welt zu einer kulturellen Praxis entwickelt; darum muss man ihm das Recht auf Anerkennung als öffentliche Geste vielleicht nicht länger versagen. Lächerlich und bedenklich finde ich nur die in manchen westlichen Ländern bereits beobachtbare Tendenz, das Zigarettenrauchen zu verbieten, das Haschischrauchen dagegen zu erlauben. Mein Eindruck ist, dass man das Selbstbestimmte, Nachdenklische, Rebellische, das der adoleszenten Tabakkultur anhaftet, zerstören will, während dafür das Harmlose, Weltflüchtige des Haschischkonsums durchaus politisch willkommen ist.

Wenn wir alles nur noch der Gesundheit opfern müssen, dann ist das nicht einmal gesund.

Da Sie offensichtlich kein Befürworter von Alkoholverboten sind, befürworten Sie im Umkehrschluss die Liberalisierung härterer Drogen?

Mit gefährlichen Substanzen sollte man so umgehen wie mit dem Glücksspiel: mit Bildung staatlicher Monopole. Die Leute, die solche Dinge brauchen, sollen sie auf legalem Weg bekommen können, anstatt gezwungen zu sein, sich in die Kriminalität zu begeben. Nur auf diesem Weg kann man ihnen auch Beratung und Hilfe zur Verfügung stellen.

Beim Handel und Konsum von Marihuana fühlt sich doch niemand beeinträchtigt, nur weil der Staat es nicht erlaubt. Die Menschen tun es, ob es

der Gesetzgeber will oder nicht. Was sind Verbote wert, wenn sie in der Praxis relativ einfach umgangen werden können und obendrein kaum geahndet werden?

Sie haben völlig recht. Wie man am Alkoholverbot während der amerikanischen Prohibitionszeit sehen kann, senkt es den tatsächlichen Konsum nicht. Man darf aber nicht übersehen, dass es neben dem Konsum mancher Dinge auch eine Kultur für sie gibt: Kultur des Alkoholgenusses, Tabakkultur etc. Es gibt an diesen Praktiken also etwas Öffentliches - zum Beispiel, dass es früher zum guten Ton gehört hat, bei eleganten Anlässen zu rauchen, weil man dadurch ruhiger, entspannter und mondäner wirkt. Man hat so etwas nicht allein für sich selbst getan, sondern vor allem auch den anderen zuliebe. Mit der Zerstörung der Öffentlichkeit dieser Genusskulturen wird in der Gesellschaft das Bewusstsein zerstört, dass das Glück des anderen auch mein Glück ist. Die Bevormundungs- und Verbotswelle produziert eine gewaltige Entsolidarisierung in der Gesellschaft. Der andere wird grundsätzlich nur noch als Beeinträchtigung und Gefahr dargestellt, und der Staat nur noch als notwendiger Separationsapparat gegenüber diesem gefährlichen anderen.

Warum empfinden viele liberale Menschen einen „Veggie-Day“ in Kantinen als Einschränkung ihrer Freiheit, die Anschnallpflicht im Auto aber nicht? Vermutlich weil sie zu Recht einsehen, dass sie das Risiko eines Aufpralls individuell nicht abfedern können, das Risiko des individuellen Fleischessens aber schon.

Ab wann geht der Gesetzgeber in Ihren Augen einen Schritt zu weit und dringt in einen Bereich ein, der ihn nichts angeht?

Dort, wo er aufhört, mündige Staatsbürger als erwachsene Menschen mit einer ihnen eigenen Würde zu behandeln. Dort, wo er teilvernünftige Prinzipien wie Sicherheit, Gesundheit, Umweltschutz oder Kosteneffizienz verabsolutiert. All diese Dinge sind ja für die Menschen da und nicht umgekehrt. Ihretwegen dürfen wir uns nicht das gute Leben zerstören. Und wenn wir

alles nur noch der Gesundheit opfern müssen, dann ist das nicht einmal gesund.

Brüssel macht sich durch zunehmend absurde Regelungen immer unbeliebter bei den aufgeklärten Citoyens. Man denke nur an das Glühbirnenverbot und andere Ökodesignrichtlinien, wie etwa die Staubsaugerdrosselung, Schockbilder auf Zigarettenschachteln oder die Seilbahnverordnung, die per Strafandrohung auch von berglosen Regionen wie Berlin oder Brandenburg umgesetzt werden muss. Ist die EU Ihrer Meinung nach treibender Motor oder lediglich Opfer eines Zeitgeistes, der immer mehr Verbote und Vorschriften hervorbringt?

An diesen Lächerlichkeiten wird ein politisches Problem der EU sichtbar: nämlich dass ihre Gesetzesinitiativen nicht von der Regierung, sondern von der Beamtenebene ausgehen. Diese Sachbearbeitertypen stürzen sich mit Vorliebe und Überengagement auf Details in vermeintlich unpolitischen Bereichen wie Umwelt oder Gesundheit. Dabei werden aber einerseits die tatsächlichen Prioritäten vernachlässigt. Und andererseits strömen durch das Schlupfloch des vermeintlich Unpolitischen die Interessen sehr mächtiger Lobbys und Konzerne, wie zum Beispiel der Pharmaindustrie oder der Krankenversicherungen, herein. So wird in sehr heiklen Fragen jegliche demokratische Entscheidungsfindung umgangen. Wie wir bei der Bologna-Reform der Universitäten gesehen hat, neigen die nationalen europäischen Regierungen dazu, sogar unverbindliche Empfehlungen der EU-Kommission wie einen Marschbefehl diskussionslos durchzuwinken.

Darf in einer freiheitlichen Demokratie ein Staat oder eine Institution überhaupt unser Verhalten steuern?

Der Staat muss dort, wo es unterschiedliche Interessen gibt, Regeln schaffen, damit es nicht zu Mord und Totschlag kommt. Außerdem hat er dafür zu sorgen, dass die Menschen sich ein menschenwürdiges Leben leisten können und Zugang zu Ressourcen wie sozialer Sicherheit, Altersvorsorge und Bildung haben. Er hat

ZUR PERSON

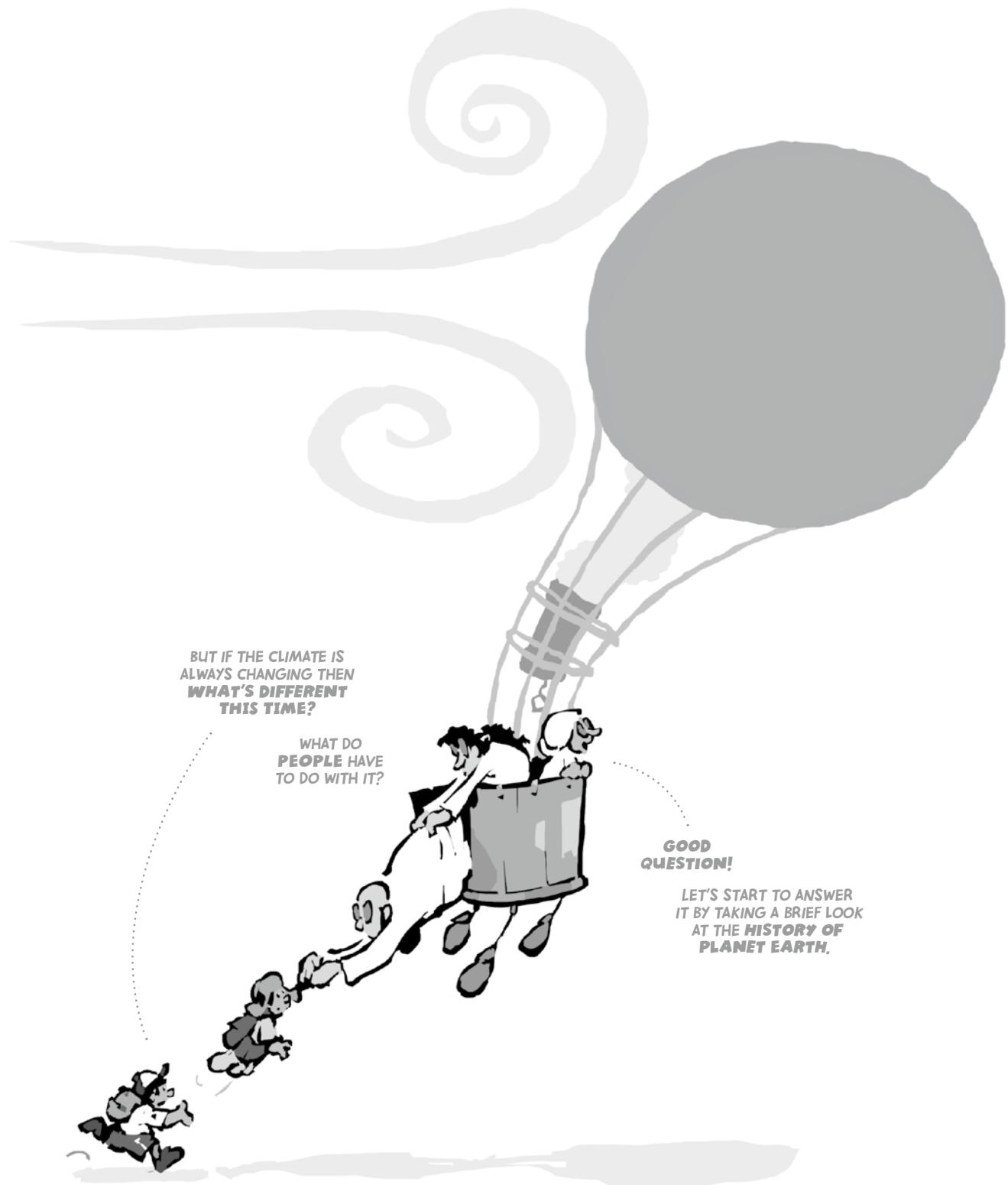
ROBERT PFALLER, geboren 1962, studierte Philosophie in Wien und Berlin und war nach Gastprofessuren in Chicago, Berlin, Zürich und Straßburg Professor für Kulturwissenschaft und Kulturtheorie an der Kunsthochschule Linz. Seit 2009 ist er Professor für Philosophie an der Universität für angewandte Kunst Wien.



sie aber nicht zu irgendeinem vermeintlich guten oder moralisch richtigen Leben zu zwingen.

Was raten Sie Menschen, die sich von jener Verbotskultur erdrückt fühlen? Wie kann man in einer Gesellschaft, die jeden Lebensbereich normieren will, Bezirke der Freiheit wahren?

Da immer mehr Leuten diese Tendenzen als unangenehm bewusst werden, bin ich zuversichtlich, dass sie auch die richtigen Antworten finden werden: den politisch Verantwortlichen deutlich signalisieren, dass man sich das nicht gefallen lässt. Sie dazu zwingen, dass sie sich den tatsächlichen Prioritäten zuwenden, anstatt uns durch lächerliche Pseudopolitik zu gängeln. Den öffentlichen Raum gegen das modische Schüren von Empfindlichkeiten aller Art verteidigen und in Erinnerung Rufen, dass erwachsene Menschen mehr sind als eine Summe von Privatinteressen und Wehwehchen: dass sie in der Lage sind, über ihre individuellen Schranken hinauszuwachsen und das Glück und die Freiheit des anderen auch als eigenes Glück und eigene Freiheit zu erleben. ●



DER WIRTSCHAFTS-WITZENSCHAFTLER

Die Ökonomie gilt gemeinhin als eher trockenes Sujet. Der Amerikaner Yoram Bauman beweist, dass es rund um das Thema Wirtschaft doch einiges zu lachen gibt. Er selbst bezeichnet sich als weltweit einzigen Stand-up-Economist – und feiert als solcher große Erfolge an Elite-Unis und in der Werbung. // TEXT // CHRISTINE MATTAUD

Beim Ökonomen Edmund Phelps klingelt das Telefon. „Mein Name ist Adam Smith, und ich bin von der Nobelstiftung“, sagt eine Stimme. „Ha, ha, ha“, entgegnet Phelps. Der Anrufer beginnt sich zu entschuldigen: „Mein Name ist eine furchtbare Last für mich.“

Yoram Bauman hält einen Moment inne. Wieso lacht hier keiner? Wissen die in Princeton etwa nicht, wer der Vater der Volkswirtschaftslehre ist? Er legt sich noch einmal ins Zeug, lässt seine Arme wirbeln und verrät die Pointe: Es ist gar kein Witz, sondern ein echter Dialog aus dem Jahr 2006, als Phelps den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt und ein Mann namens Smith die frohe Botschaft übermittelte. Nun, endlich, kichern alle, und Applaus setzt ein. Ein paar Studenten trommeln sogar auf den Holzstühlen der ehrwürdigen Guyot Hall.

Ökonomie gilt als humorloses Fach – doch Bauman beweist, dass es trotzdem etwas zu lachen gibt. Der schlaksige Brillenträger ist der weltweit erste und einzige Stand-up-Economist, so jedenfalls seine Eigenwerbung. Seit fast zehn Jahren amüsiert er Kollegen, Studenten und

Manager mit Witzen über den Homo oeconomicus, über Keynesianer und Monetaristen und die Methodengläubigkeit der Zunft. „Das Fach ist kompliziert und trocken genug“, findet Bauman, „ich will eine Brücke zum Alltag bauen.“

Dabei kann sein Publikum sicher sein, dass das, worüber es lacht, fundiert ist, denn Ökonom ist der 40-Jährige tatsächlich. 2003 promovierte er an der University of Washington in Seattle, mit einer Dissertation über den Einfluss von Umweltpolitik auf Innovation. Danach schlug er sich mit Lehraufträgen und Assistenzjobs durch. „Mit meiner akademischen Karriere wollte es nicht so recht vorangehen“, gesteht er freiheitig. Das komische Fach lag ihm mehr. Jedenfalls kann er heute von seinen Parodien gut leben. Er wird von Universitäten und Unternehmen gebucht, tritt in Werbespots auf und verfasst Cartoons. Seine Videos sind Hits – mehr als eine Million Mal wurden sie im Internet abgerufen.

„Der Unterschied zwischen Volks- und Betriebswirten? Die einen behaupten, dass Unternehmen ihre Gewinne maximieren, die anderen tun es“ – so geht einer von Baumans Sprüchen. Er selbst macht gern sein eigenes Ding, auch wenn das anstren-

»

„WITZE KÖNNEN HELFEN, WIRTSCHAFT ZU VERSTEHEN“

Stand-up-Economist Yoram Bauman
über die amüsanten Seiten der Ökonomie

Was ist an Ökonomie so komisch?

Etwas wird komisch, wenn man mit Klischees spielen kann. Zu den Stereotypen über Ökonomen gehört, dass sie nur mit Geld beschäftigt sind und auf eine sonderbare Weise rational. Ich persifliere das, indem ich sage: Ein Ökonom ist jemand, der seine Kinder nicht verkaufen will, weil er denkt, dass sie später mehr wert sind. Darüber müssen die Leute lachen, selbst wenn sie gar nicht viel von Ökonomie verstehen.

Die Protagonisten des Fachs gelten nicht gerade als Ausbund von Fröhlichkeit.

Das ist wahr und gibt Witzen über sie eine besondere Würze.

Könnte es der Zunft helfen, wenn sie etwas humorvoller wäre?

Ich glaube schon. Ökonomie ist eine wichtige Wissenschaft, und es ist schade, dass wir das so zudecken mit viel Mathematik und einem Jargon, den außer uns keiner versteht. Viele Leute finden deshalb keinen Zugang, obwohl sie sich wünschen, mehr über die Materie zu wissen. Wenn sie den Weg über Humor gehen können, fällt ihnen das viel leichter.

Wie packen Sie das an?

Zum Beispiel habe ich eine Reihe von Witzen über Nobelpreisträger, deren Namen viele Leute schon mal gehört haben - John Nash, Paul Krugman, Joseph Stiglitz. Ich packe nicht zu viel Information hinein - schließlich ist es eine Comedy-Show, keine Vorlesung. Aber ich bilde mir ein, so etwas wie Motivation zu bieten - wenn die Leute interessiert sind, informieren sie sich woanders weiter. So funktionieren auch meine Cartoons.

Gibt es einen Ökonomen, dessen Arbeit Sie besonders gut ausschlachten können?

Es gibt keinen speziellen Ökonomen, über den ich mich lustig mache. Ich nehme eher die Zunft aufs Korn - ihre Art zu denken, ihre Studien. Ich habe ein Papier gefunden, das ernsthaft untersuchte, ob Finanzinnovationen die Konjunkturzyklen dämpfen - kurz bevor 2008 der Finanzsektor zusammenbrach und die größte Rezession seit der Weltwirtschaftskrise verursachte. Es gibt auch Ökonomen, die absichtlich witzige Sachen verfassen. Paul Krugman zum Beispiel schrieb in den 70er-Jahren eine Studie zum Handel mit Außerirdischen. So etwas ist großartiges Material.

Was macht einen Witz zu einem guten Witz?

Witze ähneln Geschichten. Und genauso wie bei Geschichten scheint es oft vorhersehbar zu sein, wie sie enden. Ein Trick besteht darin, die Zuhörer zu täuschen und mit einer vollkommen unerwarteten Pointe zu überraschen. Ich probiere aus, ob ein Witz funktioniert. Die Comedy-Regel lautet: Wenn du einen Witz bei drei unterschiedlichen Gelegenheiten erzählst und keiner lacht, musst du ihn begraben. Selbst wenn du denkst, dass er gut ist.

Was ist Ihr Lieblingspublikum?

Ich bin ein paar Mal vor Akademikern aufgetreten, die keine Ökonomen waren - Naturwissenschaftlern zum Beispiel. Sie sind intellektuell sehr gut in der Lage, meinen Humor zu erfassen, und haben starke Vorurteile gegenüber Ökonomen. Das sind gute Voraussetzungen, um über meine Witze lachen zu können.

gender ist, als Vorlesungen zu halten. Um in Princeton aufzutreten, ist er sechs Stunden von seiner Heimatstadt Seattle nach New York geflogen, nimmt dann die Vorortbahn in die kleine Universitätsstadt in New Jersey. Er trägt eine blaue Jeans und eine petrofarbene Windjacke und wirkt noch leicht verschlafen. Sein Tag ist vollgepackt mit Auftritten an der Eliteuniversität, doch erst einmal steht eine Videoaufnahme mit Grady Klein an, dem Zeichner seiner Cartoons.

ENJOY CAPITALISM

Der wartet schon an dem winzigen Bahnhof von Princeton: beige Jeans, schwarzer Pulli, Sonnenbrille. Schlaksig wie Bauman und humoristisch auf der gleichen Wellenlänge: „Wie geht es deinen bezaubernden Kindern?“ „Oh, sie sind bezaubernd.“ Seit 2009 arbeiten sie zusammen, und ihre Cartoonbücher zur Einführung in die Makro- und

Fotos: J. Stahl / islandpress.org

„Vater,
ich komme
von der
Angebots-
seite!“





Mikroökonomik werden von vielen Studenten intensiver studiert als die offiziellen Lehrbücher. Es gibt sie inzwischen in zwölf Sprachen; ein Band ist unter dem Titel „Mit einem Comic zum Wirtschaftsweisen“ auch auf Deutsch erschienen.

Im Juni kommt ihr drittes Buch heraus, ein Comic über den Klimawandel, aus ökonomischer Perspektive. „Die Instrumente der Ökonomie und die Dynamik des Kapitalismus sind das Beste, um die Umwelt zu schützen“, sagt Bauman, und das ist zur Abwechslung ganz ernst gemeint. In jeder Comedy-Show verwendet er ein paar Minuten, um für sein Konzept zu werben: Kohlendioxidsteuern rauf, Unternehmen- und Einkommensteuern runter. Eigentlich ganz einfach. Wird aber trotzdem nicht immer verstanden. Im konservativen Arizona gratulierte ihm ein Zuhörer: „Der Witz über die Klimasteuern war der komischste.“

In der Regel aber funktioniert Baumans Humor quer durch das politische Spektrum. Umweltaktivisten buchen ihn ebenso wie Unternehmen. Eine Schweizer Bank ließ ihn für einen Auftritt vor 60 Führungskräften sogar zu einem Chalet am Matterhorn einfliegen. Dafür zieht Bauman dann auch schon mal ein Jacket an. Doch meist ist seine Bühnenkleidung minimalistisch: Jeans und ein groß kariertes Hemd. Das reißt er irgendwann im Lauf der Show auf, und ein knallrotes T-Shirt mit dem Schriftzug „Enjoy capitalism“ kommt zum Vorschein. „80 Prozent Baumwolle und 20 Prozent Ironie“, kommentiert er.

Kurze, einfache Gags braucht er im Repertoire, damit Zuhörer nicht aussteigen, die rein gar nichts von Ökonomie verstehen. Andere Witze sind anspruchsvoll und nur mit Vorwissen zu verstehen. Etwa wenn Bauman seine fiktiven Lieblingskochbücher vorstellt: „Rational Eggs-pectations“ von Robert Lucas, „Iss mehr, wiege weniger“ von Arthur Laffer und „Langfristig gesehen, verlieren wir alle an Gewicht“ von John

Maynard Keynes. Ein paar Witze sind so insiderisch, dass Bauman sie nur bei der amerikanischen Ökonomenvereinigung AEA vorführt.

Einen seiner größten Lacherfolge erzielt er regelmäßig, wenn er die Welt in Rechte und Linke einteilt - und Libertäre in beiden Lagern ordnet. „Die rechten Libertären wollen die Freiheit, Waffen zu benutzen. Die linken Libertären wollen die Freiheit, Drogen zu nehmen. Beide Flügel wollen die Krankenversicherung für Rentner abschaffen. Was völlig logisch ist, denn keiner von ihnen wird älter als 65.“

WERBEFILME FÜR FORD

Eine Schlüsselrolle für die Karriere des Komikers spielte Gregory Mankiw. Der Starökonom aus Harvard hat „Zehn ökonomische Prinzipien“ formuliert, über die Bauman eine Vorlesung halten musste. Er begann sie zu persiflieren, einfach aus Spaß. Es folgten Auftritte im Freundeskreis. Als Mankiw ein Video von der Parodie sah, stellte er es in seinen populären Blog - und machte den Stand-up-Economist damit schlagartig in der Zunft bekannt. Es scheint, dass Ökonomen doch mehr Humor haben als gemeinhin angenommen. Oder sind sie nur gute Marketier? „Mankiw setzt meine Videos heute auch ein, um den Verkauf seiner Lehrbücher anzukurbeln“, sagt Bauman schmunzelnd.

Finanzkrise und Rezession haben seinen Erfolg eher noch befördert, denn das Bedürfnis vieler Menschen, sich mit Ökonomie zu befassen, hat zugenommen. Auch er selbst habe seine Lehre aus der Krise gezogen, erzählt er im ratternden Vorortzug:

„Wenn mich Bunker anheuern, bestehe ich auf Vorkasse. Man weiß ja nicht, ob es das Institut morgen noch gibt.“ War das jetzt ein Witz oder nicht? Bauman verzieht keine Miene, doch seine Augen funkeln.

Längst ist er als Komiker eine Marke - was sich auch daran zeigt, dass ihn der Autohersteller Ford kürzlich für gleich fünf Werbespots buchte. Darin doziert Bauman über den Trade-off von Sparsamkeit und Leistungskraft. Der quirlige Filmbetrieb hat ihm gefallen, „eine arbeitsintensive Branche“. Er will sich um Anschlussaufträge bemühen, träumt von einem eigenen Agenten in Hollywood. Baumans Frau Laura erwartet im August ein Kind, da wären weitere lukrative Werbehonorare mehr als willkommen.

VERMEINTLICH BROTLose KUNST

Die Mahnungen seines Vaters stecken ihm noch in den Knochen. Der hatte ihm prophezeit, sein Komödiantentum werde eine brotlose Kunst bleiben. Bauman wäre nicht Bauman, wenn er das nicht auch in einen Gag verwandelt hätte. In dem mahnt der Vater: „Yoram, lass das bleiben, es gibt keine Nachfrage dafür!“ Und der Jungökonom erwidert: „Vater, ich komme von der Angebotsseite!“ Das ist, wie Ökonomen wissen, eine Anspielung auf den Dauerstreit zwischen Keynesianern und Monetaristen darüber, was die Wirtschaft treibt. Doch vielleicht hat sich der Dialog ja wirklich so abgespielt? In der Guyot Hall in Princeton jedenfalls bekommt Bauman viel Beifall dafür. Diskussionen mit den Eltern über den optimalen Einsatz intellektueller Kapazitäten sind auch Elitestudenten vertraut. ●



CHRISTINE MATTAUCh, freie Journalistin in New York, hat selten so viel gelacht wie bei dieser Recherche. Auch sie studierte einst Ökonomie, an der Universität zu Köln. Dabei ging es allerdings vollkommen humorlos zu. Leider!
redaktion@libmag.de

QuarkXPress

Zahlen sind mindestens so geduldig wie Papier. Und selbst wenn Winston Churchill den berühmten Satz über selbst gefälschte Statistiken nie gesagt hat, ist Skepsis angebracht. Denn auch heute wird häufig mit kruden Datenspielen Politik gemacht. Zehn populäre Milchmädchenrechnungen – und wie sie mit der Wirklichkeit korrespondieren.

// TEXT // **WALTER KRÄMER** // ILLUSTRATIONEN // **ERNST MERHEIM**

Fangen wir mal mit dem Bundespräsidenten an. Anlässlich eines Treffens mit den Staatsoberhäuptern Italiens und Polens sagte Gauck unter anderem (vermutlich als Höflichkeitsgeste den polnischen Teilnehmern gegenüber):

„Polen sind fleißiger als Deutsche“.

Laut OECD-Statistik leisten Polinnen und Polen tatsächlich pro Jahr im Durchschnitt 1.937 Stunden Erwerbsarbeit, die Deutschen dagegen nur 1.413 Stunden. Aber diese Statistik erfasst nur Personen, die auch tatsächlich einer Erwerbsarbeit nachgehen. Das waren etwa im Jahr 2011 in Deutschland 76 Prozent, in Polen jedoch nur 65 Prozent aller Bürger im Alter zwischen 20 und 64 Jahren. Insbesondere gehen in Deutschland viel mehr Menschen als in Polen einer Teilzeitarbeit nach, bringen also nur wenige Stunden pro Woche in diese Statistik ein. Würde man also nur die Vollzeitarbeitskräfte vergleichen oder die geleisteten Arbeitsstunden durch alle Bürger im erwerbsfähigen Alter teilen, ergäbe sich ein völlig neues Bild.

Eine nie versiegende Quelle von Milchmädchenrechnungen ist auch unser Gesundheitswesen. Hier entstehen und verschwinden mehr als zehn Prozent unseres Sozialprodukts. Also sollte man erwarten,

dass hier besonders hohe Anforderungen an Rationalität und kühles Nachdenken bestehen. In Wahrheit ist genau das Gegenteil der Fall. Das beginnt mit dem Klassiker aller Klassiker:

Man könnte durch mehr Prävention das Gesundheitswesen preiswerter gestalten.

Aber auch Nichtraucher müssen sterben, genau wie Müslifreunde oder Antialkoholiker, und eine per Prävention verhinderte Krankheit macht uns leider nicht unsterblich, wie viele Präventionsverliebte offenbar zu glauben scheinen, sondern in erster Linie doch nur Platz für eine andere.

Ob also die erfolgreiche Prävention einer bestimmten Krankheit das Gesundheitsbudget als Ganzes entlastet oder nicht, hängt davon ab, was billiger ist: die verhinderte Krankheit oder die, die man stattdessen kriegt. Und da kenne ich einige sehr seriöse Modellrechnungen, die bezüglich des rein ökonomischen Nutzens von noch mehr Prävention zu eher skeptischen Ergebnissen gelangen.

Genauso wenig ist die Kostenexplosion im Gesundheitswesen eine Folge steigender Preise (und ließe sich damit, wie manche glauben, durch einen Preisstopp bremsen). Die reinen Preise von Gesundheitsgütern steigen eher geringer als die Preise anderer

Güter. Die dennoch unübersehbare Ausweitung der Gesamtausgaben ist eine Folge steigender Mengen.

Dritte, und letzte Milchmädchenrechnung aus dem Gesundheitsbereich:

Mehr Geld für die Gesundheit macht uns gesünder. Auch hier ist das Gegenteil der Fall. Nehmen wir Nierenversagen. Wir haben in Deutschland mit die höchsten Raten an Nierenkranken in der ganzen Welt, aber doch nicht, weil unsere Medizin so schlecht ist, sondern weil sie so gut ist. Hätten wir nicht die weltweit vorbildlichen Möglichkeiten der künstlichen Blutwäsche für alle, die sie benötigen, gäbe es heute bei uns sehr viele Nierenkrankene weniger. In England beispielsweise gibt es nur rund 500 Nierenkrankene pro eine Million Einwohner, verglichen mit mehr als 1.000 in der Bundesrepublik. Aber nicht, weil in England diese Krankheit seltener auftritt, sondern weil dort - allen Fortschritten der letzten Jahre zum Trotz - immer noch kaum ein Nierenkranker seinen 60. Geburtstag überlebt.

Gehen wir über zur Sozialpolitik und zu Milchmädchenrechnung Nr. 5: Studiengebühren sind unsozial.

Schon wieder gilt in Wahrheit das Gegenteil. Die Abwesenheit von Studiengebühren ist



unsozial. Im aktuellen System zahlt die untere Hälfte der bundesdeutschen Einkommenspyramide über ihre Steuern mehr in den universitären Bildungstopf hinein, als sie durch die „kostenlose“ Erziehung ihrer Söhne und Töchter wieder herausbekommt. Und in manchen „teuren“ Studiengängen wie etwa der Medizin, mit gesamten aus öffentlichen Mitteln finanzierten Kosten von fast 100.000 Euro pro Student, sitzen fast nur Kinder reicher Eltern auf den Hörsaalbänken. Bezahlen aber müssen alle, auch jene Familien, die kein Kind auf eine Universität schicken. Diese sind die mit Abstand größten Nettozahler unserer sogenannten „freien“ Hochschulbildung, die die Allgemeinheit zusammen mit BAföG, Studentenkinder geld und öffentlichen Zuschüssen zu Wohnheimen jährlich rund 50 Milliarden Euro kostet. Von diesen 50 Milliarden Euro kommt rund die Hälfte aus der Kasse von Haushalten, die nicht den geringsten direkten Nutzen davon haben, hatten oder haben werden.

Milchmädchenrechnung Nr. 6: Mieterschutz schützt den Mieter.

Um eine Stadt dem Erdboden gleichzumachen, gibt es laut Wirtschaftsnobelpreisträger Gunnar Myrdal (ein bekennender Sozialist) zwei Möglichkeiten: eine Atombombe

»

draufzuwerfen oder die Mieten einzufrieren. Ich habe schon in manchen Ländern dieser Welt zur Miete gewohnt - in Deutschland, Österreich, England, Frankreich, den USA, Australien und Kanada. Am schwierigsten zu finden und am teuersten zu bezahlen waren die Wohnungen da, wo man die Mieter am konsequentesten „beschützt“: in Deutschland, Frankreich und in Österreich. Am leichtesten zu finden und am preiswertesten waren die Wohnungen dort, wo man das Wort „Mieterschutz“ nicht kennt, in den USA, Australien und Kanada.

Milchmädchenrechnung Nr. 7: Den Arbeitgeberbeitrag zahlt der Arbeitgeber

Den nur in Deutschland sogenannten „Arbeitgeberbeitrag“ zur Kranken- und Rentenversicherung zahlt der Arbeitnehmer selbst, ebenso wie er seine Steuern, Mieten, Zinsen, Hypotheken oder Pachten selbst zahlt. Denn sie sind Kosten der Arbeit, also das, was der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer zahlt. Für ihn gilt: Aufwand = Bruttolohn zuzüglich „Arbeitgeberbeiträge“. Welche Etiketten man den Komponenten dieses Aufwands aufklebt, ist dem Arbeitgeber gleich.

Warum taufen wir nicht die kompletten Sozialbeiträge in „Arbeitgeberbeitrag“ um? Dann wäre - Hokuspokus Fidibus - die Sozialversicherung für die Versicherten umsonst! Denn nach herkömmlicher Sicht hätten wir jetzt einen Arbeitnehmeranteil von null Prozent!

Letztes Thema. Armut und Ungleichheit. Fangen wir an mit Milchmädchenrechnung Nr. 8: Frauen verdienen weniger als Männer.

Auch wenn Bundesministerin von der Leyen im Bundestag das Gegenteil behauptet: die unbestritten niedrigeren Verdienste von Frauen - im Durchschnitt sind es 23 Prozent weniger - müssen keine Konsequenz von Diskriminierung sein. Anders nämlich als Frau von der Leyen meint, erhalten Frauen „für die gleiche Arbeit“ gerade nicht nur 77

Prozent des Einkommens von Männern. Sie verdienen zwar weniger, aber nicht für die gleiche Arbeit. So gehen Frauen häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nach und arbeiten im Vergleich zu Männern häufiger im Dienstleistungssektor und seltener im verarbeitenden Gewerbe, wo die Gehälter höher sind.

Eine weitere Milchmädchenrechnung ist die Theorie wohlmeinender sogenannter „Dependenztheoretiker“, die Armut in der Dritten Welt sei eine Folge ihrer Ausbeutung durch den reichen Westen.

Hier verkennt man gleichermaßen triviale wie zentrale Erkenntnisse: Freiwilliger Handel nützt allen Beteiligten, sonst fände er nicht statt. Folgerichtig gehören die ehemaligen Armenhäuser mit den intensivsten Handelskontakten wie Taiwan, Südkorea oder Singapur heute zu den reichsten Ländern dieser Erde. Die sich dem Handel mit dem Westen verweigern, wie Nordkorea oder Kuba, bleiben weiter arm.

Die zehnte, letzte, und für mich ärgerlichste Milchmädchenrechnung:

Sie betrifft die Armut in der Bundesrepublik. Die will nämlich trotz beispiellosen Wirtschaftswachstums nicht verschwinden. Aber nur deshalb, weil sie so definiert ist, dass sie

rein logisch nicht verschwinden kann. Denn für den Deutschen Gewerkschaftsbund ist jeder elfte Bundesbürger - und jedes fünfte Kind in Deutschland - arm. Aber nicht, weil sie nichts zu essen oder anzuziehen hätten, sondern weil der DGB es so bestimmt.

Nach den Maßstäben der Vereinten Nationen gilt als arm, wer weniger als einen Dollar täglich zum Überleben zur Verfügung hat. Damit ist in Deutschland niemand, weltweit aber jeder Fünfte arm.

Der DGB, dem auch die Bundesregierung in ihren Armutserhebungen folgt, definiert jene als arm, die weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung haben. Nach dieser Berechnungsweise ist Armut praktisch niemals auszurotten. Auch wenn der Sultan von Brunei das Einkommen aller Bundesbürger real verdoppeln würde: der Anteil derjenigen, die weniger haben als 60 Prozent des Durchschnitts, bliebe der gleiche wie zuvor.

Hier mein Radikalvorschlag zur Beseitigung der Armut in Deutschland: Wir nehmen den Reichen ihre Mehrverdienste weg, dann haben alle das Gleiche und die Armut ist verschwunden. ●

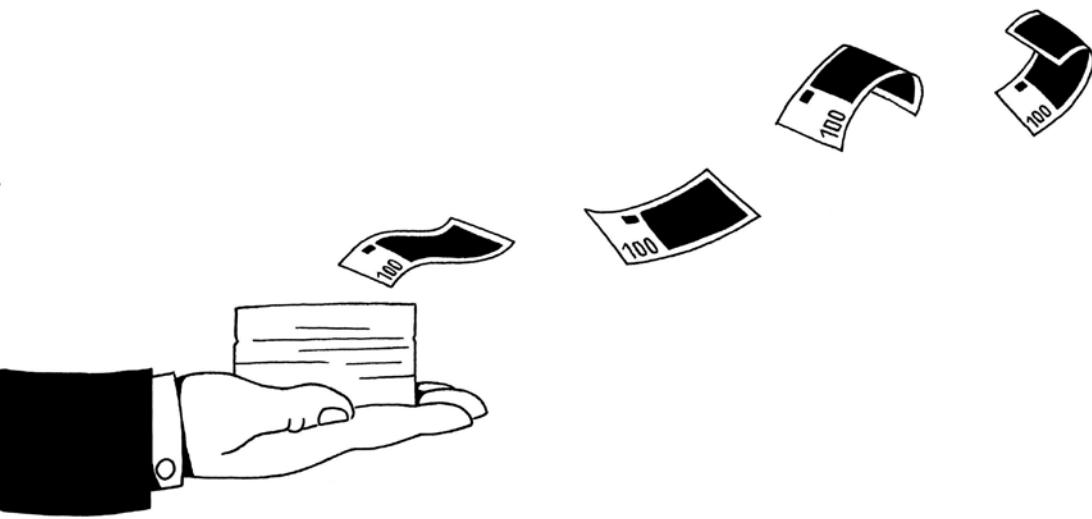


WALTER KRÄMER ist Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der TU Dortmund. In seinem aktuellen Buch „Die Angst der Woche“ geht er modischen Fehleinschätzungen von Risiken für Leib und Leben nach.
redaktion@libmag.de



IN JEDER AUSGABE VON LIBERAL BELEUCHTEN WIR GEMEINSAM MIT DEM BUND DER STEUERZAHLER DEN UMGANG MIT UNSEREN STEUERGELDERN. THEMA DIESMAL:

DAS PROJEKT „EURO HAWK“ - UND ER FLIEGT DOCH?



Erst im vergangenen Spätsommer wurde das Projekt „Euro Hawk“ von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) zu Grabe getragen. Jetzt fehlt allerdings ein Trägersystem für die Spionagetechnik. Eine teure Nachricht für Nachfolgerin Ursula von der Leyen und die Steuerzahler.

Dass die Rüstungsbeschaffung im Bundesverteidigungsministerium hinten und vorne nicht funktioniert, ist seit dem Euro-Hawk-Desaster ein offenes Geheimnis. Personelle Konsequenzen folgten jedoch nicht, bis die Bundesministerin noch im Februar den verantwortlichen Staatssekretär Stéphane Beemelmans in den einstweiligen Ruhestand versetzte. Bei einer Überprüfung der 15 teuersten Rüstungsvorhaben stellte sich heraus,

dass sich keines dieser Projekte im vorgesehenen Rahmen bewegte.

Eines dieser Projekte war eine Signalerfassungstechnik mit dem schönen Namen ISIS, die ursprünglich in den Euro Hawk integriert werden sollte. Dieser bekam keine Flugerlaubnis, die dafür notwendigen Nachbereuerungen wären zu teuer geworden. Zu Beginn des Jahres erhielt der Generalinspekteur der Bundeswehr, Volker Wieker, nun vier alternative Vorschläge für Trägersysteme. Pikant an den Alternativen sind die Kosten, denn sowohl die Montage in einem bemannten Flugzeug als auch die Beschaffung und der Umbau einer israelischen Heron-TP-Drohne - mit gültiger Flugerlaubnis - würden das vorhandene Budget um mindestens 200 Millionen Euro übersteigen. In keinem Fall würde auch

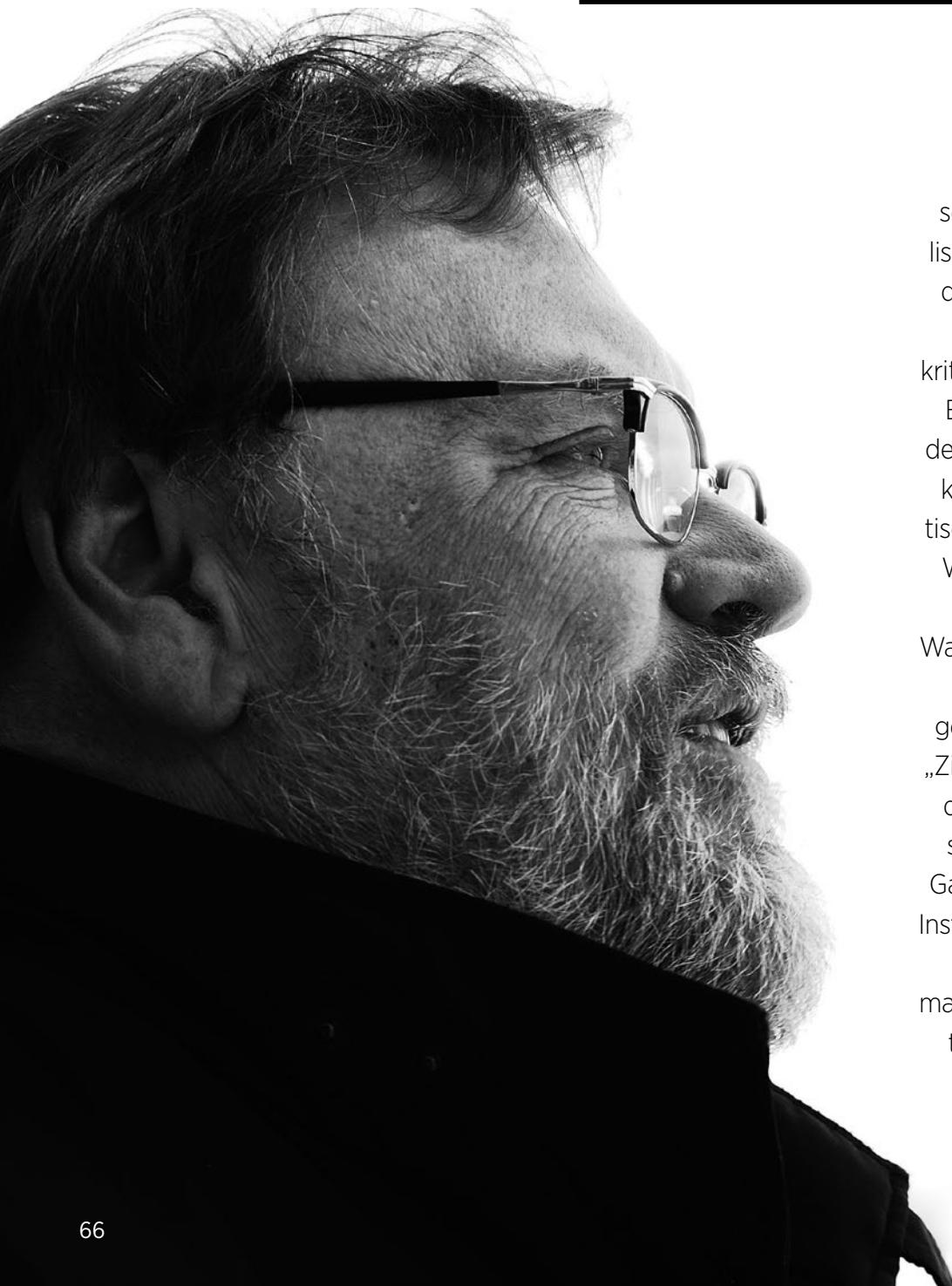
nur eine der Varianten das von der Bundeswehr geforderte Fähigkeitsspektrum erfüllen. Keine guten Aussichten für ISIS.

Dieses Ergebnis könnte den eingemoteten Euro Hawk wie einen Phönix aus der Asche auferstehen lassen. Denn die zusätzlichen 200 Millionen Euro entsprechen ziemlich genau jenem Betrag, den die Rüstungswirtschaft für eine Zulassung des Euro Hawk im deutschen Luftraum veranschlagte. Damit liegt auch diese Option wieder auf dem Tisch. Allerdings schätzte das Verteidigungsministerium die Mehrkosten damals auf 600 Millionen Euro. Doch selbst wenn die Kostenschätzung zuträfe, wäre das Projekt mit fast 900 Millionen Euro deutlich zu teuer.

Fazit: Projekt ISIS sofort einstellen! ●

Kontakt: info@steuerzahler.de

KAPITALISMUS RELOADED



Wolf Lotter positioniert sich in seinem neuen Buch „Zivilkapitalismus“ sowohl gegen diejenigen, die den Homo oeconomicus dämonisieren, als auch gegen die kritiklosen Umarmer des Systems.

Er meint: „Der Antikapitalismus, den ich kenne, ist ein Gefühlsantikapitalismus. Insofern ist er idiotisch.“ Wir alle sind Akteure in der Welt von Wirtschaft und Kapital – vor allem aber haben wir die Wahl: Wir können sehr wohl einen Kapitalismus gestalten, der uns gerecht wird und der gerecht ist. „Zivilkapitalismus“ bedeutet, dass der verantwortungsvolle Bürger sich die Ökonomie aneignet, als Ganzes, als Gestaltungsmittel, als Instrument zur Weltverbesserung. Von der Ohnmacht zur Marktmacht des Einzelnen – dafür streitet dieses Buch, aus dem *liberal* einen Auszug bringt.



Immer mehr gut Ausgebildete, Informierte, Selbstbewusste entscheiden sich gegen die Fürsorglichkeit, gegen das Leben in der Erziehergesellschaft. Sie verteidigen ihre Freiheit.

Bei der Verteidigung der Freiheit, so hat es der Ökonom Friedrich von Hayek gelehrt, gibt es „keine Zweckmäßigkeitserwägungen“ - Freiheit ist das Einzige, das wir „unbeugsam, dogmatisch und doktrinär“ verteidigen müssen. Auch das gehört zur Grundhaltung der Zivilgesellschaft. Es ist wenig sinnvoll, mehr Autonomie und Entscheidungsfähigkeit zu fordern, wenn man nicht bereit ist, dafür mehr zu geben als ein bisschen Engagement und ein paar gute Worte. Davon, dass der Mensch im Mittelpunkt steht, wird heute viel geredet. Doch das im neuen Managementsprech beliebte Wort „Freiraum“ ist meist nur eine Ausflucht. Der Wirtschaftsethiker Rupert Lay hat in seinem Buch „Kommunikation für Manager“ folgenden Satz geschrieben: „Wir leben in einer Zeit unverantworteten Geschwätzes.“ Bei anderer Gelegenheit hat Lay darauf hingewiesen, „dass das Reden von Freiheit anstatt des Gebens von Freiräumen [...] ein beliebiges Manipulationsinstrument pseudodemokratischer Diktaturen“ sei. Mit inflationärem Freiheitsgeschwätz lässt sich alles legitimieren, einschließlich härterer Gesetze, Regeln und Ausgangssperren - schließlich muss man ja die Freiheit auch schützen, nicht wahr? Was dabei herauskommt, ist allerdings nichts anderes als eine subtile Form der Freiheitsberaubung.

Lassen wir uns kein X für ein U vormachen. Solange ein Mensch materiell abhängig ist, kann er sich das Gerede von der Freiheit an den Hut stecken. Auch wer am Tropf sozialer Zuwendungen hängt, ist nicht unabhängig. Sozialhilfe macht abhängig. Ein beliebtes, aber dabei eben immer „beliebiges Manipulationsinstrument“

im Sinne Lays ist auch das heute so populäre Wertebeschwören in Unternehmen und Organisationen. Statt zu handeln redet man lieber, seitenlang, in Seminaren, Druckschriften, penibel kontrollierten Verhaltencodizes, die von bürokratischen Besserwissern exekutiert werden - und die nichts weiter sind als eine weitere Form der Freiheitsberaubung. Das erfolgt subtiler, heimtückischer als früher, als man robuste Methoden zur Unterdrückung seiner Untertanen anwandte. Um sie heute zur Räson zu bringen, werden sie mit Pseudofreiräumen versorgt. Echte Freiheit wird nicht gewährt, denn allein die Gewährung wäre ja ein Zeichen dafür, dass es sich um Manipulation handelt.

Man kann sich das ruhig mal merken: Freiheit wird nicht gegeben, Freiheit wird nicht gewährt. Freiheit nimmt man sich. Sie ist die Folge einer Entscheidung, nicht eines Gnadenaktes. Wer in diesen Breiten „Freiheit“ sagt, dem wird schnell Gefühlskälte unterstellt - denn frei sein bedeutet nach wie vor nicht viel mehr, als einer kalten, feindlichen Welt ausgesetzt zu sein. Freiheit wird als Bedrohung oder wenigstens als lästig empfunden. Das aber gefährdet die Demokratie an ihrer Substanz.

Bei alldem darf man nicht vergessen: Viele lassen sich gerne ihre Freiheit rauben, sie helfen sogar dabei mit. Sie spielen „Ruf der Freiheit“, so der deutsche Verleihitel des Films „Free Willy“, der 1993 in die Kinos kam und die rührselige Geschichte des Orcas Willy zeigte, der als Jungtier gefangen wurde und sein Leben in einem Spaß-Zoo fristen muss - bis er durch die beherzte Aktion von Tierschützern in die Freiheit des Ozeans entlassen wird. Das ist eben Hollywood. Die Wahrheit sieht so aus: Der Orca Keiko, der im Film Willy spielt, lebte zeitlebens gern und gut in Gefangenschaft. Wegen seiner ungeheuren Popularität formierte sich eine Gruppe namens „Free »

Willy Keiko Foundation“, die unter enormer medialer Anteilnahme für die Befreiung des mächtigen Schwertwals kämpfte. Das Tier wurde schließlich freigekauft, in den Atlantik gebracht, wo es kurz darauf starb, entkräftet durch die verzweifelten Versuche, wieder in die menschliche Obhut zu geraten, an die das Tier seit seiner Geburt gewöhnt war. Das spricht nicht gegen die Freiheit, ist aber eine Geschichte über falsche Fürsorge, die in Ab-

*Es geht
tatsächlich um
Gleichheit,
aber eben nicht
um jene
Gleichmacherei,
die sich
verordnen lässt.*



hängigkeit führt und die wir überwinden müssen. Wir alle sind ein wenig Willy. Wir alle lassen uns ökonomisch vorführen wie die Kinder, wir brauchen den Spaß-Zoo der Konsumgesellschaft und jede Menge Erziehungsbe rechtigte, die davon leben, dass sie uns Vorschriften machen.

In dieser Welt ist jede Form von Veränderung Ruhestörung. Das führt zu diesem so typischen Klima des neuen Biedermeiers, das sich seit dem Millennium breitgemacht hat. Man mag sich erinnern: Die Hoffnungen der sogenannten New Economy zerstoben an der Börse. Es waren selbstbewusste, engagierte, an der Sache interessierte Unternehmer, die sich des Internets und der neuen Technologien bedienten, um eine neue Wirtschaft zu schaffen. Es war ein großer Bruch mit den klassischen Karrieren in Konzernen und bei Behörden. Man organisierte sich nicht mehr von oben nach unten,

straff mit Chef und Untertanen, sondern flach und in einer sozialen Gemeinschaft, in der die Interessen des Einzelnen klar erkennbar zu einem größeren Ganzen führen sollten. Die Arbeit und ihre Ziele waren nicht entfremdet und über Hunderte Zwischenstufen nicht mehr in ihrem Wesen erkennbar, sondern transparent. Es war eine neue Form von Wirtschaften entstanden, verantwortlicher, zielorientierter. Der große Rückschlag kam, als sich das alte Industrie- und Finanzkapital in diese hoffnungsvolle Branche drängte. Plötzlich tauchten die Bürokraten der alten Ökonomie auf, krempelten sich schnell die Hemdsärmel hoch, brachten viel zu viel Geld ins Spiel, aber keine Ideen - kurz, sie versuchten, die Spielregeln der alten Konzernökonomie in der zivilkapitalistischen Welt der New Economy zu etablieren.

Diese unmögliche Verbindung scheiterte - auf den ersten Blick. Genauer betrachtet ist aber auch die scheinbar alte Welt des Industriekapitalismus längst zu einer Brutstätte des Zivilkapitalismus geworden. Das gilt für Autokonzerne ebenso wie für den schwäbischen Mittelständler. Gut ausgebildete Leute, die sich nicht mehr einfach unterordnen, die nicht so leicht beherrschbar sind wie noch die Angestellten einer Generation zuvor. Diese Intrapreneure haben die Veränderung verstanden, sie verlangen mehr Mitspracherecht, mehr Einfluss, mehr echte Freiräume - und nicht einfach nur jene Hafterleichterungen, die ihnen von den alten Systemen gewährt werden. Sie sind die Vorhut der Zivilkapitalisten, die im Vormärz der Zivilgesellschaft leben. [...]

Die Harvard-Ökonomin Shoshana Zuboff gehört zu den Visionären dieser Zukunft eines neuen Managements, das wenig mit dem Mainstream der Organisation zu tun hat. Zuboffs Analyse macht beispielhaft klar, dass wir mitten in einer Transformation sind. Am Horizont steht ein völlig neues Kapitel des Kapitalismus, bei dem die Menschen „haben wollen, was sie sich wünschen - und nicht das, was der Markt ihnen bietet“. Wenn der alte Kapitalismus nicht damit aufhöre, unsere Bedürfnisse kontrollieren zu wollen, wenn er nicht lerne, sie ernst zu nehmen und mit uns zu ihrer Befriedigung zu kooperieren, dann werde er eben untergehen.

Zivilkapitalismus ist dieser kooperative Kapitalismus, der sich dem alten Herrschaftsgefüge entzieht. Der alte Kapitalismus ist wie die alte Politik, der alte Staat, der alte Chef, die alten Vorgesetzten, der Gutsherr, der Fürst, die ganze alte Macht: Ich weiß schon, was für dich gut ist. Ich sorge für dich, weil du es selbst nicht kannst. Paternalismus, Bevormundung, Entmündigung. Welches Prinzip ist da zu fordern? Etwa jenes, bei dem den Leuten, die das alte System verbockt haben, nun auch der Aufbau des neuen Systems überlassen wird? Doch das geschieht ohnehin nicht. Während die alte Welt so tut, als müsse sie nur das Altbewährte zum Jahresservice schicken, entwickelt sich eine Netzwerkökonomie, deren Teilnehmer sich auf Augenhöhe begegnen. Es geht tatsächlich um Gleichheit, aber eben nicht um jene Gleichmacherei, die sich verordnen lässt.

Das ist der neue Kammerton, unter dem sich ökonomische Gemeinschaften bilden. Wir sehen das im World Wide Web besonders gut, weil uns das die Technik eben nahelegt. Aber die interaktive, kommunikative Ökonomie bricht überall aus. Und das ist nicht mehr die banale Qualität, wie sie schlichte Meinungsumfragen haben, bei denen es Methode hat, dass die Antworten den Fragen folgen. „Märkte sind Gespräche“, das ist die Quintessenz des Cluetrain Manifesto aus dem Jahr 1999. Rick Levine, Christopher Locke, Doc Searls und David Weinberger haben darin die Vorzeichen der neuen ökonomischen Reformation, des Zivilkapitalismus, klargemacht, in einer Klarheit, die erst heute zutage tritt. „Wir sind keine Zielgruppe oder Endnutzer oder Konsumenten“, kann man darin lesen, „unser Einfluss entzieht sich eurem Zugriff. Kommt damit klar.“

Die alte Wirtschaft kommt damit immer noch nicht klar, so wenig wie die Politik, aber die Dinge ändern sich. Märkte sind Gespräche, der Markt war nie etwas anderes als das. Diese Eigenschaft teilt er mit der Demokratie. Es geht um Verhandlungen, immer, aber es geht nicht mehr um die Vorherrschaft einer Machtform, ganz gleich, ob sie sich als Industriekapitalismus, Managerismus oder Politik definiert. Diese Zeiten sind vorbei, und genau betrachtet waren sie immer nur ein kleines Zwischen-

spiel. Der kooperative Kapitalismus, den der Cluetrain-Unterstützer Eric S. Raymond als „Bazar“ versteht, während die Konzernwelt als „Kathedrale“ erscheint, prägte die Verhältnisse der Menschen lange bevor es das Wort Kapitalismus gab.

Vergessen wir aber nicht: Um Gespräche führen zu können, um am Markt teilnehmen zu können, muss man erst einmal wissen, dass ein solcher Markt existiert. Und man muss eine gemeinsame Sprache sprechen, sich verstündigen wollen. Das ist die eigentliche Leistung, die wir am Anfang des 21. Jahrhunderts erbringen müssen: Wir müssen Ökonomie lernen, wir müssen wiederentdecken, was der Markt, den wir selbst in die Hand nehmen, eigentlich ist. Auch das gehört zum Projekt des Zivilkapitalismus dazu. Es ist sogar die Voraussetzung, um über eine neue Wirtschaft nachzudenken. ●

ZUR PERSON

WOLF LOTTER, 51, ist Journalist, Redner, Buchautor und einer der Mitbegründer des Wirtschaftsmagazins *brand eins*, wo er bis heute die Leitessays für die Schwerpunkte schreibt. Er lebt und arbeitet mit seiner Familie in der Nähe von Stuttgart. Antikapitalismus hält er für eine „Ausrede von Wohlstandsfratzen, die zu faul sind, selbst was zu unternehmen“.



WOLF LOTTER
Zivilkapitalismus
Wir können auch anders

224 Seiten
ISBN: 978-3-570-55231-5
Pantheon, 14,99 Euro

STEUER-WELTMEISTERSCHAFT

„Deutsche müssen so hohe Steuern und Abgaben zahlen wie kaum ein anderes Volk. Sogar in skandinavischen Sozialstaaten gibt es mehr Netto“ – so und so ähnlich lauteten vor wenigen Wochen die Schlagzeilen, als die **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)** ihre aktuellen Zahlen zur Steuer- und Abgabenlast vorlegte. Viele Berichte zitierten dabei nur die Werte für einen ledigen Durchschnittsverdiener. *liberal* hat aus der Studie noch einige Zahlen mehr zusammengetragen.

Die 34 Mitgliedsländer sind:

USA, Kanada, Mexiko, Chile, Australien, Neuseeland, Japan, Korea, Israel, Norwegen, Island, die Schweiz und die Türkei sowie 21 der derzeit 27 EU-Mitgliedsländer. Dazu gehört auch das OECD-Gründungsmitglied Deutschland. Mitglied in der EU, jedoch nicht in der OECD sind derzeit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und Zypern. Die Europäische Kommission nimmt ebenfalls an der Arbeit der OECD teil. Mit einem Beitritt Russlands wird in den kommenden Jahren gerechnet.

Die aufstrebenden Wirtschaftsmächte Brasilien, Indien, Indonesien, China und Südafrika (BIIICS) haben bisher noch keine Anträge auf Aufnahme in die OECD gestellt. Der OECD-Ministerrat entschied im Jahr 2007, dass die OECD mit diesen Ländern eine vertiefte Zusammenarbeit anstreben solle, auch im Hinblick auf einen möglichen späteren Beitritt. Außerdem entschied der Ministerrat, dass Südostasien eine Region darstelle, die im Hinblick auf die Gewinnung neuer Mitgliedsländer für die OECD von strategischem Interesse sei. Programme zur vertieften Zusammenarbeit werden derzeit entwickelt.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)



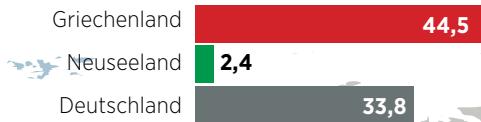
1 Steuer- und Abgabenlast, Durchschnittsverdiener, ledig, kinderlos



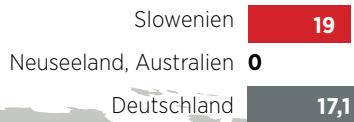
3 Steuer- und Abgabenlast, saldiert mit Sozialleistungen, Ehepaar, ein Durchschnittsverdiener, zwei Kinder



2 Steuer- und Abgabenlast, Ehepaar, ein Durchschnittsverdiener, zwei Kinder



4 Abgabenlast (Arbeitnehmeranteil), Durchschnittsverdiener, ledig, kinderlos



5 Veränderung der Steuer- und Abgabenlast 2012/2013, Ehepaar, ein Durchschnittsverdiener, zwei Kinder



„ICH HABE MIR MEINE FREIHEIT ERARBEITET“

Stefan Klinkigt, Jahrgang 1956, gehört zu den wenigen bildenden Künstlern, die sich offen zum Liberalismus bekennen. Das bringt ihm manchmal Ärger ein, was Klinkigt aber gewohnt ist, denn seine Biografie ist die eines widerständigen DDR-Bürgers. *liberal* hat den in Leverkusen lebenden Künstler im Hof des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit getroffen

// INTERVIEW // **BORIS EICHLER** // ILLUSTRATIONEN // **STEFAN KLINKIGT**

Sie zeigen offen Ihre Sympathie für den Liberalismus, unter anderem bei Facebook und in Blogbeiträgen. Eine Haltung, die bei Künstlern eher selten anzutreffen ist. Woran merkt man, dass man ein Liberaler ist?

In meinem Fall ganz sicher durch das Eingesperrtsein in einem absurd System, das ich zunehmend als faschistisch empfunden habe. Später dann, als ich im Rahmen meiner Freiberuflichkeit über sechs Jahre als Art-Direktor für die Kölner Kommunikationsagentur eines Technologiekonzerns tätig war, habe ich die Vorteile der freien Marktwirtschaft im Vergleich zur sozialistischen Planwirtschaft sehr zu schätzen gelernt.



Ballade vom
hässlichen Deutschen
gezeichnet mit
Stifttablett (digital), 2013

Nicht wenige DDR-Bürger haben wohl ähnlich empfunden, denken aber weiterhin, dass der Sozialismus im Prinzip eine feine Sache sei - nur eben in der DDR schlecht umgesetzt ...

Sozialismus, nur falsch gemacht? Nein, ich hatte bereits damals den Eindruck: Das ist systemimmanent und kein Fehler, der sich reparieren lässt. So richtig für diese DDR eingetreten bin ich ohnehin nur als Kind - ich war ja schließlich genauso gehirngewaschen wie alle anderen auch. Ich glaube, den ersten Bruch hat es für mich im Jahr 1972 gegeben. Da wurde die gut funktionierende Baufirma, die mein Vater 1949 aus dem Nichts geschaffen hatte, zwangsverstaatlicht. Er wurde also faktisch enteignet.

»



Turmbau zu Brüssel II
gezeichnet mit
Stifttablett (digital), 2012



Tektonische Fragmente VI
Digital Art, 2013

„Für meine Person wurde eine OPK, eine „Operative Personenkontrolle“ angeordnet. Insgesamt neun Stasispitzel waren auf mich angesetzt.“

Dem nunmehr „volkseigenen Betrieb“ erging es in den Folgejahren so wie der ganzen DDR: Zum Schluss waren nur noch abgewirtschaftete traurige Reste davon übrig.

Heute ein Liberaler zu sein, das heißt, zu einer Minderheit zu gehören - vielleicht ist das gerade für einen ehemaligen DDR-Bürger eine seltsame Sache?

Meiner Wahrnehmung nach haben viele Menschen mit DDR-Vergangenheit sensiblere Antennen gegenüber Zwangsmechanismen. Und oft auch einen sachlicheren Zugang zu Themen, die mit Naturwissenschaft und Technologie zusammenhängen. Ich stelle gerade im Westen unseres Landes immer wieder fest, wie leichtfertig man gegenwärtig mit der Freiheit umgeht und alles, was sozialistisch oder ökologisch ist, toll findet. Verbunden mit einer grotesken Sympathie für alles, was im Gewand der Gleichheit und Gerechtigkeit daherkommt ...

... was insbesondere für Künstler gilt?

Ja, die meisten Künstler verorten sich im links-grünen Spektrum und wollen natürlich in den Reihen der

Guten, der Weltverbesserer und Klimaretter stehen. Dass sie damit jedoch einer pessimistischen Technologie- und Fortschrittsfeindlichkeit das Wort reden, scheint vielen nicht bewusst zu sein - oder sie leugnen es konsequent. Daher ist es in der Tat, was Künstlerkollegen angeht, recht einsam um mich geworden. So einige von ihnen haben über Facebook mitbekommen, wie ich politisch denke - und mich entfreundet. Ich verfüge über eine naturwissenschaftlich-technische Ausbildung und bin offen für Naturwissenschaft und technologischen Fortschritt - und ich habe kein Problem mit Kernenergie und Gentechnik. Damit kommen offenbar viele meiner Kollegen nicht klar.

Sie sind Künstler und Bauingenieur. Eine ungewöhnliche Kombination. Wie kam es dazu?

Ich hatte vielerlei Studienwünsche: Kartografie, Geologie oder Geografie, etwas Naturwissenschaftliches. Später auch Kunst, aber das wurde eher an mich herangetragen. Als Kind habe ich von Eltern und Verwandten oft gehört, ich sei doch zeichnerisch begabt und solle unbedingt Künstler werden. Aber für beide Karrierewege hatte ich in diesem Teil Deutschlands denkbar ungünstige Voraussetzungen: Mein Vater war kein Arbeiter, sondern Bauunternehmer. Bereits deswegen verfügte ich über den falschen Zugangscode für eine akademische Laufbahn. Den ersten Ärger gab es, als ich nicht der FDJ beitreten bin. Statt zur Jugendweihe ging ich zur Konfirmation. Und ich wollte mich nicht für längere Zeit für die Nationale Volksarmee verpflichten lassen. Allein ans Abitur zu kommen war deshalb nicht leicht und war schließlich nur über den Weg einer „Berufsausbildung mit Abitur“ möglich.

Mit dem Studium hat es dann aber doch geklappt ...

Ja, mit einem Widerwillen studierte ich Bauingenieurwesen an der damaligen Ingenieurhochschule Cottbus, der heutigen BTU. Glück im Unglück: An dieser Schule gab es eine künstlerische Werkstatt, eine Keramikwerkstatt. Dort habe ich meinen künstlerischen Lehrer gefunden und quasi ein künstlerisches



Mauna Lisa II
Digital Art, 2013

**Ent-Hüllung**

verschiedene Hölzer
(geflämmt), Stahl, Öl- und
Acrylfarben, 2011

**ZUR PERSON**

STEFAN KLINKIGT arbeitet seit 1985 als bildender Künstler (Maler, Zeichner und Bildhauer). Nach einem mehrjährigen Berufs- und Ausstellungsverbot und seiner Ausbürgerung aus der DDR im Sommer 1989 lebt er seitdem im Rheinland. Er ist seit 1993 auch als Kommunikationsdesigner tätig – darunter mehrere Jahre als Art-Direktor für General Electric Deutschland – und darüber hinaus auch als Dozent für Gestaltung und Printmedien.

Zusatzstudium absolviert. Über diesen Weg bin ich doch zur Kunst gekommen. Nach meinem Studium bekam ich eine befristete Assistentenstelle im Bereich Baustoffchemie, sollte dozieren und promovieren. 1982 sprach mich ein Mitarbeiter der Staatssicherheit an und fragte, „ob ich nicht ein wenig mehr für mein Land zu tun bereit wäre“. Meine Antwort, für die man mir eine zweiwöchige Bedenkzeit eingeräumt hatte, war letztendlich „Nein, danke!“. Eine Antwort, die Konsequenzen nach sich ziehen sollte.

Hat man Sie rausgeworfen?

Das nicht. Aber es war plötzlich nicht mehr davon die Rede, dass ich einmal die künstlerische Leitung der Keramikwerkstatt übernehmen sollte. Es war nicht mehr davon die Rede, dass ich die Klasse für Freihandzeichnen der später gegründeten Sektion „Architektur und Städteplanung“ bekommen sollte. Es war nicht mehr davon die Rede, dass die befristete in eine unbefristete Stelle umgewandelt werden sollte. Im Sommer 1985 stand ich auf der Straße. Ich war zwar diplomierte Bauingenieur, fand aber in diesem Bereich keinen Job. Also habe ich versucht, mich als freischaffender bildender Künstler durchzuschlagen.

War das in der DDR möglich?

Jedenfalls nicht so wie in Westdeutschland. Unabdingbare Voraussetzung dafür war die Mitgliedschaft im VBK-DDR, dem Verband bildender Künstler. Die wiederum erforderte ein akademisches Kunststudium, das ich so nicht absolviert hatte. Die einzige Möglichkeit, die Ausnahmeregelung für „Autodidakten“, habe ich damals mehrfach für mich zu reklamieren versucht – allerdings ohne Erfolg. Nach wiederholter Ablehnung meines Aufnahmeantrags wandte ich mich schließlich an den Zentralvorstand des VBK in Berlin. Dort musste ich im Januar 1986 meine in Cottbus zuletzt abgelehnten Arbeiten zur Begutachtung vorlegen – eine Veranstaltung wie bei Monty Python. Zu Beginn wurde das Statement, das mein damaliger Mentor, der Cottbuser Maler Gerhard Knabe, verfasst hatte, verlesen und von dem hohen Gremium mit lautem Hohngelächter quittiert. Während der Begutachtung hatte ich dann vor der Tür zu warten und hörte von innen erneut schallendes Gelächter. Nach einer halben Stunde rief man mich herein. Der Inhalt meiner fein säuberlich sortierten Mappe war über den

ganzen Tisch verstreut und sah aus wie ein großer Haufen Altpapier. Mit hämischen Worten erklärte man mir, dass ich mich nie wieder bei diesem Verband zu bewerben bräuchte - egal, was ich noch vorlegen könnte. Am nächsten Tag stellte ich den Ausreiseantrag für meine Frau, meine beiden schon damals geborenen Kinder und mich.

Hatten Sie Erfolg?

Nein. Uns wurde gesagt, für eine Ausreise gäbe es keine gesetzliche Grundlage. Und dann ging der Ärger richtig los. Für meine Person wurde - wie ich Jahre später durch Akteneinsicht erfahren konnte - eine OPK, eine „Operative Personenkontrolle“ angeordnet. Insgesamt neun Stasispitzel waren auf mich angesetzt. Zwei davon konnte ich später enttarnen, von den anderen kenne ich bis heute nicht die Identität - und will es mittlerweile auch nicht mehr wissen. Über drei Jahre lang hat man immer wieder versucht, mich zu provozieren, offenbar mit dem Ziel, mich zu einer gesetzwidrigen Handlung hinzureißen, um mich anschließend ins Gefängnis schicken zu können. Aber ohne Erfolg. Aus Rücksicht auf unsere Kinder kam Flucht für uns nicht infrage. Das waren harte, entbehrungsreiche Jahre, erschwert durch ein künstlerisches Arbeits- und Ausstellungsverbot. Gelebt haben wir in dieser Zeit von kleinen Nebenbeschäftigungen und dem Gehalt meiner Frau.

Wann haben Sie sich der Bürgerrechtsbewegung angeschlossen?

Es war Anfang 1989, als ich mich in der Umweltgruppe Cottbus zu engagieren begann. Da machten natürlich viele mit, die nicht nur politisch motiviert waren, sondern auch ihre Ausreise beschleunigen wollten. Bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 beteiligte ich mich mit anderen Aktivisten der Gruppe an der Stimmenauszählung. Laut dem amtlichen Endergebnis gab es in Cottbus insgesamt 32 Gegenstimmen - wir hatten allein in einem Drittel der Wahllokale über 100 Gegenstimmen gezählt. Ein paar Tage später entschloss ich mich, Strafanzeige gegen unbekannt wegen Wahlfälschung zu stellen. „Jetzt holen sie dich ab“, war mein Gedanke

dabei, aber das war mir nach dieser langen Zeit untätig Wartens nahezu egal. Kurz darauf bat mich die Staatsanwaltschaft Cottbus schriftlich und in ungewohnt höflicher Form, dort vorzusprechen. Ziel dieser Unterredung war, mich dazu zu bewegen, die Strafanzeige zurückzuziehen. Darauf bin ich nicht eingegangen und - siehe da - drei Wochen später lag ein rosa Kärtchen mit einer Terminmitteilung bei der „Abteilung Inneres“ im Briefkasten. Dort verkündete man uns schließlich, dass unsere Ausreise genehmigt sei. Plötzlich ging alles ganz schnell, innerhalb von knapp zwei Wochen mussten wir verschwinden. Am 19. Juli 1989 sind wir mit dem Zug nach Westdeutschland ausgereist.

Das war gerade vier Monate vor dem Mauerfall ...

Ja, klar. Freunde fragten mich später oft, ob ich mir das alles nicht hätte ersparen wollen, wenn wir gewusst hätten, dass wenige Monate später die Grenzen offen sein würden. Nein, habe ich stets darauf geantwortet, ich habe mir meine Freiheit erarbeitet; den meisten anderen ist sie in den Schoß gefallen. Und das hat für mich bis heute einen unschätzbareren Wert behalten.



Hefezopf terrible
gezeichnet mit
Stifttablett (digital), 2013

Sie sind im Rheinland gelandet, wo Sie bis heute leben. Konnten Sie als Künstler durchstarten?

Überhaupt nicht. Schließlich hatten wir drei Kinder großzuziehen. Mir war klar, dass eine künstlerische Existenz nicht so leicht aufzubauen sein würde, und ich habe schnell begriffen, dass es für einen jungen Künstler nicht zielführend ist, mit seiner Mappe unter dem Arm Galeristen abzuklappern. Also habe ich neben meiner Ateliertätigkeit erst einmal drei Jahre lang als Taxi- und Kurierdienstfahrer gearbeitet. 1993 absolvierte ich eine Umschulung auf Grafikdesign und Desktop-Publishing. Anschließend habe ich mich gleich als Kommunikationsdesigner selbstständig gemacht. Später fing ich an, elektronische Hilfsmittel auch künstlerisch einzusetzen, insbesondere die Tools für digitale Bildbearbeitung, mit denen man hochkomplexe Bildmontagen herstellen kann. Auch das digitale Zeichnen mit dem Stifttablett habe ich schließlich für mich entdeckt. ●

„Als Freiberufler habe ich die Vorteile der freien Marktwirtschaft im Vergleich zur sozialistischen Planwirtschaft sehr zu schätzen gelernt.“

DER TRAUM IST HAUS

Der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist ein linker Stadtbezirk. 75,7 Prozent der Wähler haben sich bei der Bundestagswahl 2013 für Grüne, SPD, Linke oder Piraten entschieden, die meisten davon für die Linke. Das bürgerliche Lager kam auf 17,6 Prozent, davon 2,2 für die FDP. Der Bezirk ist zugleich ein Brennpunkt linker politischer Gewalt. Anschläge auf Autos, auf Neubauten und Sanierungsprojekte, auf Restaurants und Geschäfte des gehobenen Bedarfs – das ist Alltag in Friedrichshain-Kreuzberg. Die Anschläge werden von den Tätern als Schritte im „Kampf gegen die Gentrifizierung“ etikettiert, nicht geringe Teile der Bevölkerung zeigen unverhohlene Sympathie für diese „Politik der (Gewalt-)Tat“. Bezirksbürgermeisterin und Bezirksverordnetenversammlung schweigen. Und selbst außerhalb Berlins scheinen Brandsätze auf Luxusappartements oft als „Kreuzberger Folklore“ verstanden zu werden. Für Außenstehende ist das alles schwer zu verstehen. Deshalb haben wir mit Ivo Bozic (Mitherausgeber der linken Wochenzeitschrift *Jungle World*) einen Kenner des Bezirks und der linken Szene um eine Innenansicht gebeten.

Vor dem Mauerfall war die „Reiche“, die Reichenberger Straße in Kreuzberg, eine der schummrigsten Gegenden Westberlins. Ich erinnere mich genau, wie wir in den 80ern aus Düsseldorf kommend über die Transitstrecke nach Westberlin trampeten und uns herrlich gruselten beim Gang durch die morbide Straße mit ihren bröckelnden Fassaden. Wie wir in der „Schwarzen Rose“, einer düsteren Absturzkneipe, einkehrten, um etwas zu Kiffen zu besorgen, ach, es war wunderbar existentialistisch! Dieser Teil Kreuzbergs, der frühere Postzustellbezirk SO 36, war von der Stadtplanung in den 60er- und 70er-Jahren regelrecht hingerichtet worden. Es sollte eine Autobahntrasse entstehen, weshalb man nach und nach ganze Straßenzüge entmietete und verfallen ließ. Die Autobahn kam aber nicht, dafür

zogen einkommensschwache Bevölkerungsgruppen her. Migranten, vor allem aus der Türkei - und aus Westdeutschland: Studenten, Wehrpflichtsflüchtlinge, Lebenskünstler, Hippies, Punks.

So entstand hier ein Zentrum der Alternativkultur und eine Hausbesetzerszene. In der Reichenberger Straße wurden Ende der 80er drei Häuser besetzt, eines davon ist heute noch ein linkes Hausprojekt, dessen Bewohner sich tapfer gegen die Gentrifizierung ihres Kiezes wehren. Die vollzog sich hier nämlich mit Riesenschritten, hat gar einige Stufen ausgelassen. Ohne den Umweg über subkulturelle Galerien, Secondhandläden und coole Clubs eröffneten hier Bioläden und Kindertagesstätten, Logopäden ließen sich nieder und Heilpraktiker. Die Mieten stiegen rasant.

Ausgerechnet in der Reichenberger, an der Ecke zur Liegnitzer Straße, manifestiert sich auch das plastischste Symbol der Gentrifizierung Berlins: Das 2009 fertiggestellte „CarLoft Haus“, ein Neubau mit elf Luxuslofts zu Preisen von 500.000 bis angeblich 2,5 Millionen Euro. Hier kann man sein Auto in einem Fahrstuhl mit ins Appartement nehmen, damit es nicht zur Zielscheibe militanter Gentrifizierungsgegner wird. Selbst Herbert Grönemeyer soll sich, berichteten Lokalmedien, für eine Wohnung interessiert, dann jedoch den Gedanken wieder verworfen haben. Um sein Auto muss man sich im >



Foto: imago

ICH KANN
MIR DIE MIETE
NICHT MEHR
LEISTEN!

MAMA
WARUM?
O

CarLoft zwar keine Sorgen machen, aber die Nachbarschaft ist auch sonst nicht gut auf die neuen Anwohner zu sprechen. Militante haben das Haus immer wieder mit Farbbeuteln, zuweilen auch mit Pflastersteinen beworfen. Im Februar ist eine aus Israel stammende Bewohnerin, die im ersten Stock lebt, nur mit Glück unverletzt geblieben, weil ihr Fenster dank einer Folienverstärkung dem Stein standhielt. Im CarLoft-Haus hat man versucht, auf die Nachbarschaft zuzugehen. 2010 eröffnete im Erdgeschoss ein relativ preisgünstiges Café mit Bioprodukten. Der Betreiber ist Türke. Die *Berliner Morgenpost* zitierte Recep Sacik

ren veröffentlicht werden, quasi als Anregung für künftige Anschläge oder andere Proteste. Es sind auch Steckbriefe mit Namen, Telefonnummern und Fotos von Maklern in der Stadt aufgetaucht mit der Aufschrift: „Warnung! Dieser Mann will Ihren Lebensraum zerstören.“

Kritik und Kritik der Kritik

So abwegig die militanten Protestformen sind, so nachvollziehbar sind die Motive des Protests: In den vergangenen Jahren sind in

als bescheiden. Verdrängungsprozesse sind also unausweichlich. Der Hass der Gentrifizierungsgegner auf aus ihrer Sicht teure Neubauten und deren Bewohner resultiert also aus ihrer Angst, sich den Wohnraum in den angesagten Innenstadtbereichen bald nicht mehr leisten zu können. Wenn sie „Der Kiez soll dreckig bleiben“ auf eine Wand sprühen, dann weniger, weil sie selbst gerne im Dreck leben wollen, sondern weil sie hoffen, auf diese Weise Investoren abschrecken zu können. Es geht den linken Gentrifizierungsgegnern von heute, ebenso wie den Hausbesetzern der 80er- und 90er-Jahre, bei ihrem Kampf gegen die Aufwertung der Stadtteile aber nicht nur um bezahlbaren Wohnraum, sondern auch um den Erhalt von „Freiräumen“, womit selbstverwaltete, nichtkommerzielle Wohn- und Kulturstätten gemeint sind, um ein „selbstbestimmtes Leben“, um Kollektivität, um „Gegenkultur“. Allesamt Motive, über die man bei Karl Marx nicht viel finden wird. Die linke Stadtteilpolitik ist ideologisch nicht gerade überladen. Tradition- und parteilinke Kommunisten konnten deshalb nie viel mit dieser Szene anfangen.

Nicht nur deshalb ist die Gentrifizierungskritik innerhalb der Linken umstritten. Der Vorwurf lautet, hinter dem Kampf gegen die soziale Verdrängung alteingesessener Bewohner stecke doch nur der Wunsch, den Zustand des Viertels unverändert zu erhalten, den Kiez als idyllischen Ort zu erklären, eine Art Heimatschutz - im Grunde also: zutiefst konservativ zu sein. In Berlin gründeten sich sogar zwei linke Gruppen, die sich explizit der Kritik der Gentrifizierungskritik verschrieben haben. Eine davon ist die „Hipster Antifa Neukölln“, die die Kiezromantik der linken Szene scharf kritisiert und mit Provokationen wie „Für die Aufwertung der Kieze - für mehr Bars, Soja-Latte, Wi-Fi und Biomärkte! Luxus statt Armut!“ vorübergehend für Aufsehen gesorgt hat.

Und schließlich hat sich auch bei urbanen Linken die Erkenntnis durchgesetzt, oftmals selbst Teil der Gentrifizierungskette zu sein. Als ich kurz nach dem Mauerfall nach Ostberlin zog, sah es in Friedrichshain



**DANN ERÖFFNETEN IMMER
MEHR KNEIPEN UND LÄDEN,
DIE ZWAR AUCH COOL UND
ALTERNATIV WAREN,
ABER EBEN KOMMERZIELL.**

Berlin die Immobilienpreise geradezu explodiert, in der Folge steigen auch die Mieten rasant (von durchschnittlich 6,65 Euro Netto-kalt pro Quadratmeter im Jahr 2009 auf heute 8,50 Euro). Gleichzeitig ist das durchschnittliche Jahreseinkommen privater Haushalte in der Hauptstadt mit für 2014 prognostizierten 19.423 Euro (zum Vergleich München: 28.920 Euro) immer noch mehr

2010 mit den Worten: „Ich finde es schlimm, wenn Minderheiten attackiert werden. Ich als Ausländer bin eine Minderheit, und die CarLoft-Bewohner sind es auch. Man sollte sie in Ruhe lassen.“

Doch die Proteste gehen weiter. Und natürlich nicht nur gegen das CarLoft. Im vorigen Jahr soll es in Berlin mehr als 60 größere Sachbeschädigungen an Luxus-Neubauprojekten gegeben haben. Im Internet kursiert eine „Berliner Liste“, auf der Neubauprojekte und Adressen von Investo-

CARLOFT: MILITANTE HABEN DAS HAUS IMMER WIEDER MIT FARBE BEUTELN, ZUWEILEN AUCH MIT PFLASTERSTEINEN BEWORFEN.



ähnlich trostlos aus wie in den 80ern in der Reichenberger Straße: Schwach beleuchtete, meist menschenleere Bürgersteige, kaum Geschäfte, eine Handvoll Eckkneipen, wo man eine Bockwurst mit Senf und Brötchen für 85 Ostpfennige bekam, graue, verfallende Fassaden, leer stehende Straßenzüge, der Geruch der Kohleöfen in der Luft. Reizvoll durchaus. Auch für uns, die wir aus dem inzwischen überquellenden Westberlin herüberkamen und in die leeren Häuser einzogen, Hausbesetzer wurden.

Wir eröffneten eine der ersten Kneipen im Kiez, in vielen der 120 besetzten Häuser in Ostberlin wurde das so gemacht. Einen Abenteuerspielplatz bauten wir auf einem freien Grundstück. Eine Halfpipe für Skater. Wir eröffneten Buch- und Secondhandläden, Kinos, Ateliers und Proberäume für Bands, aber nie, um etwas damit zu verdienen. Haben wir auch nicht. Viele junge Leute aus aller Welt kamen, bevölkerten den Stadtteil, es wurde immer bunter und lebendiger. Die Katzenoma, die bei uns in der Straße seit Jahren immer die streunenden Katzen gefüttert hatte, kam irgendwann nicht mehr. Zu viele Hunde, im Gefolge der Punks. Wir trugen ihr manchmal die Kohlen hoch. Dann zog sie weg. Wir haben ihr noch beim Umzug in eine Neubauwohnung geholfen. Über das Schicksal der anderen alteingesessenen Kiezbewohner weiß ich nichts. Viele von ihnen zogen auch weg.

Dann eröffneten immer mehr Kneipen und Läden, die zwar auch irgendwie cool und alternativ waren, aber eben kommerziell. Ihnen folgten Läden, deren Coolness nur noch Fassade war. Und dann Geschäfte, die einen deutlichen Hinweis darauf gaben, dass sich die soziale Lage im Viertel gewandelt hatte: Bioläden, Sushi-Restaurants, Mode-

boutiquen. Die Immobilienpreise stiegen rasant an, die Mieten ebenfalls. Zur Fußball-WM 2006 wurden alle Berlin-Reiseführer neu aufgelegt, die Simon-Dach-Straße fehlte in keinem. Grölende Touristenhorden zogen nachts an meinem Haus vorbei, tagsüber dröhnten die Rollkoffer, ich wohnte natürlich längst in einer ganz normalen Mietswohnung. Die Touristen kamen auch nach der WM noch jeden Abend, sie füllten die inzwischen unzähligen Cocktailbars.

Irgendwann 2010 stand ich auf meinem Balkon und goss die Blumen, etwas Wasser spritzte über die Brüstung. „Ey, du Arsch, pass mal auf mit deinen Scheißblumen“, brüllte ein etwa 20-jähriger Baseballkappenträger mit riesigen Hip-Hop-Hosen, der vor dem neuen Laden im Haus auf einem Stuhl saß und kiffte. Er war der Eigentümer des Geschäfts, das Skateboard-Klamotten verkaufte, die so teuer waren, dass sicherheitshalber keine Preisschilder im Schaufenster hingen. Dafür aber ein Plakat, das zur Demo gegen Gentrifizierung aufrief: „Die Stadt sind wir!“ Da wusste ich, dass es Zeit ist, weiterzu ziehen. Nach 20 Jahren Friedrichshain.

Immer ein paar gute Jahre

Jetzt wohne ich in einem düsteren Eck Neuköllns, wo die Hartz-IV-Bezieher zu den Privilegierten gehören, weil sie über ein regelmäßiges Einkommen verfügen. Hier kann ich mich wieder uneingeschränkt über die nun auch hier voranschreitende Gentrifizierung freuen. Wenn ein neues Café eröffnet, ist das eine gute Nachricht und ich gehe hin, wenn ein prekärer Hippie-Künstler eine Galerie aufmacht, freue ich mich, wenn sich Touristen hierher verirren, erkläre ich ihnen geduldig und gerne den Weg. Aber ich weiß genau: Auch hier wird der Zeitpunkt kommen, an dem es kippt und das Viertel, heute sagt man ja Quartier, unerträglich oder

unbezahlbar für mich wird. Und auch hier werde ich zu den Gentrifizierern gehört haben, zu den Bad Boys also, obwohl ich es immer nur gut gemeint habe.

Es gibt irgendwo auf der Zeitleiste zwischen der Besiedlung und Belebung eines kulturell und sozial verlorenen, toten Viertels durch Migranten, Punks und Lebenskünstler und seiner endgültigen Übernahme im sanierten Zustand durch MTV-Moderatoren und Webdesigner immer einige gute Jahre.

Aber natürlich lassen sich die nicht einfach durch beherztes Einschreiten von Stadtplanern und Quartiersmanagern, durch Bestands- und Milieuschützer, festhalten. Die gegenwärtigen Gentrifizierungsprozesse haben, gerade in Berlin, vor allem mit den Hartz-IV-Reformen zu tun. Weil das Amt die Kosten für die Wohnung nur dann übernimmt, wenn sie den Angemessenheitskriterien entspricht, muss zum Beispiel das Ehepaar, dessen volljährige Kinder aus dem Haushalt ausziehen, in einen Plattenbau an den Stadtrand umsiedeln, weil ihre bisherige Wohnung für zwei Personen als zu groß gilt. Und im inzwischen aufgewerteten



**MILITANTE GRÜPPCHEN
VERSUCHTEN, SICH BEIM
NÄCHTLICHEN ANZÜNDEN
VON AUTOS QUANTITATIV
ZU ÜBERBIETEN.**

Innenstadtbereich lässt sich keine preiswerte Wohnung mehr finden. Ein weiteres Problem ist der nicht ausreichende Wohnungsbau. Dem Eduard-Pestel-Institut zufolge fehlen derzeit über vier Millionen Sozialwohnungen. Mitte der 70er-Jahre baute man über 700.000 Wohnungen pro Jahr, seitdem hat die Zahl stetig abgenommen. Von den 150.000 Wohnungen, die jährlich neu entstehen, sind nur rund 70.000 Mietwohnungen.

Für die meist selbst von den Folgen dieser Politik betroffenen Gentrifizierungsgegner sind die Bösen die Makler, „Spekulanter“, „Miethaie“, „Yuppies“ und in Berlin auch gerne die Schwaben und Touristen. So lässt sich die Wut besser personifizieren und die eigene Rolle in diesem Prozess ausklammern. Es gibt jedoch auch Protest, der sich nicht aus Ressentiments speist, sondern vor allem die Solidarität mit Betroffenen zum Ziel hat. In den vergangenen Jahren sind beispielsweise nach spanischem Vorbild zahlreiche Initiativen gegen Zwangsräumungen gegründet worden. Sie organisieren Kundgebungen oder Sitzblockaden vor Häusern, aus denen Mieter wegen säumiger Mietzahlungen - eigener oder häufig auch

des Jobcenters - polizeilich geräumt werden. Der „Kampf um die Stadt“ ist nicht erst in den letzten Jahren eskaliert. Seit Anfang der 80er ist das ein linkes Thema von hoher Bedeutung. Als im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen ein Flüchtlingsheim brannte und Neonazis und Rassisten in einigen Gegenden Ostdeutschlands die Straße zu erobern drohten, gab es für die linke, antifaschistische Szene eigentlich viel zu tun. Doch zur selben Zeit werden in Berlin reihenweise „Bonzenautos“ beziehungsweise „Edelkarosse“ in Brand gesteckt und „Schickimicki-Restaurants“ in Kreuzberg angegriffen.

Alte Hüte

Anfang Oktober, nur wenige Wochen nach Rostock, kippen Vermummte einen Kübel stinkender Fäkalien in das Restaurant Auerbach. Zwei Wochen später wird eine Rauchbombe im selben Lokal gezündet, 1993 wirft die Gruppe „Klasse gegen Klasse“ (KgK) eine Handgranate hinterher. Ein paar Tage später begeht dieselbe Gruppe einen Anschlag auf

einen italienischen Lebensmittelhändler und verschickt an Ladenbesitzer Drohbriefe, in denen es heißt: „Der einzige Platz für Mittelklasse-Schmarotzer ist der zwischen Mündungsfeuer und Einschussloch.“

Aber nicht nur die selbst von der autonomen Szene weitgehend abgelehnte und sich mit breitbeinigem proletarischem Gestus drastisch vom Alternativmilieu abgrenzende Gruppe „Klasse gegen Klasse“ sorgte sich statt um hilfsbedürftige Flüchtlinge lieber um „ihren Kiez“, sondern auch die ganz normale, damals recht große, vor allem Kreuzberger autonome Szene, die eher von Mittelschichtskindern dominiert war. Militante Grüppchen veranstalteten eine „Wagensportliga“ und versuchten, sich beim nächtlichen Anzünden von Autos quantitativ zu überbieten. Ein großer Teil der radikalen linken und grün-alternativen Szene war sogar vornehmlich damit beschäftigt zu versuchen, die Öffnung der Oberbaumbrücke zwischen Kreuzberg (Westberlin) und Friedrichshain (Ostberlin) nach dem Mauerfall zu verhindern.

Die Kampagne „Wir bleiben in SO 36“ war eine Reaktion auf den Hauptstadtbeschluss des Bundestages im Jahre 1991. Seitdem fürchtete man in einem „Berlin der Bonzen“ an den Rand gedrängt zu werden, an den Stadtrand. Wie sich zeigte, nicht völlig zu Unrecht. In Kreuzberg eine bezahlbare Wohnung zu finden wird für einkommensschwache Menschen zunehmend schwierig. Dass daran die Maultaschenpreise des Auerbach (16,50 Mark) schuld gewesen sein sollen, dürfte sich jedoch kaum nachweisen lassen, und die Oberbaumbrücke ist heute die Lebensader zwischen zwei Szenebezirken.

Im März 2009 erreichte der militante Gentrifizierungsprotest das Ostberliner Friedrichshain, als nach einer Demonstration unter dem Motto „United we stay“ drei ganz normale Cocktailbars in der Simon-Dach-Straße mit Buttersäure angegriffen und die Scheiben Dutzender Autos eingeschlagen wurden. In einem Bekennerschreiben

bezeichneten „Autonome Stinktiere“ dies als eine „Aktion gegen die Gentrifizierung und die damit einhergehende Vertreibung aus unseren Wohnungen“, weshalb man „einige Cocktailtrinker und feine Schnösel aus den Bars vertrieben“ habe. Stringent ist diese Argumentation freilich nicht, denn bei der McDonald's-Filiale im selben Kiez, die in der folgenden Nacht mit Steinen und Farbbeuteln beschmissen wurde, kann wohl kaum von einem Yippie-Treff die Rede sein. Es geht eben nicht nur gegen „Bonzen“ und „Yuppies“, also gegen Reiche, sondern gegen so ziemlich alles, was als fremdartig gegenüber der eigenen Subkultur betrachtet respektive als „kapitalistisch“ im Sinne von kommerziell ausgemacht wird. Und das sind neben Yippie-Bars, Feinkosthändlern und Boutiquen auch McDonald's, Aldi und Subway, wo der Plebs sich trifft.

Wenn ich heute durch Friedrichshain spaziere, denke ich immer daran, wie es dort aussah, bevor wir 1990 mit der Gentrifizierung begannen, und freue mich über das bunte quirlige Leben dort. Denn ja, trotz inzwischen hoher Mieten gibt es immer noch Subkultur ohne Ende: Volksküchen, Konzerträume, Flohmärkte und Skaterbahnen. Und junge, engagierte Menschen, die sich über Gentrifizierung beschweren. Ohne die wär's eben auch keine echte Gentrifizierung. ●



IVO BOZIC ist Mitherausgeber der Wochenzeitung *Jungle World* und lebt seit 1989 in Berlin. Anfang der 90er-Jahre hat er Häuser besetzt und so zur Gentrifizierung beigetragen.
redaktion@libmag.de

liberal • Debatten zur Freiheit. Vierteljahresheft der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon 030/28 87 78 59, Fax 030/28 87 78 49
www.libmag.de

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, Axel Hoffmann, Manfred Richter, Rolf Berndt, Dr. Irmgard Schwaetzer und Dr. Peter Röhlinger

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit:

David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.),
Boris Eichler (Chef vom Dienst), Thomas Volkmann

Redaktion corps: Wilfried Lülsdorf (Chefredakteur),
Mirko Hackmann (Redaktionsleitung)

Autoren dieser Ausgabe: Gérard Bökenkamp, Ivo Bozic, Andreas Döding, Jan Philipp Hein, Steffen Henrich, Karsten Dustin Hoffmann, Karen Horn, Andrea Hanna Hünninger, Oliver Jeges, Miriam Kosmehl, Walter Krämer, Patrick Kurth, Wolf Lotter, Christine Mattauch, Michael Miersch, Karl-Heinz Paqué, Irmgard Schwaetzer, Cora Stephan, Wolfram Weimer, Stefan Wolle

Grafik: Ernst Merheim, Sabine Kühn (corps)

Bildredaktion: Achim Meissner (corps)

Titelbild: Matthias Seifarth

Gesamtherstellung:

corps. Corporate Publishing Services GmbH,
ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/542 27-700, Fax 0211/542 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:

Holger Löwe, Wilfried Lülsdorf

Objektleitung: Christiane Reiners

Anzeigenleitung: Ralf Zawatzky, Tel. 0211/542 27-662,
ralf.zawatzky@corps-verlag.de

Anzeigenmarketing: Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663,
georgios.giavanoglou@corps-verlag.de

Anzeigendisposition: Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671,
tatjana.moos-kampermann@corps-verlag.de

Litho: TiMe GmbH

Druck:

Buersche Druck- und Medien GmbH
Gabelsbergerstraße 4, 46238 Bottrop

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Erscheinungsweise vierteljährlich; Abonnementpreis jährlich 38 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung); Preis des Einzelheftes 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Ermäßigtes Abo jährlich 28 Euro (Inlandspreis inklusive Porto und Verpackung) gegen Nachweis an: abo@libmag.de. Kündigungsfrist: spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres.

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

liberal im Abonnement: siehe Seiten 29, 43 und 99

Wähl oder stirb!

Zeichentrickserien werden in Deutschland noch vor allem der Kinderunterhaltung zugeordnet. In den USA haben sie eine andere Bedeutung. Allein die explizite Darstellung von Sex und Gewalt und die Behandlung politischer und gesellschaftlicher Themen machen viele Formate für Kinder ungeeignet. In TV-Serien wie „Die Simpsons“ und „South Park“ hält sich die amerikanische Gesellschaft den Spiegel vor. Der Zeichentrick ermöglicht eine Zuspitzung, Verfremdung und Überzeichnung, die eine normale TV-Serie nicht erlauben würde.

// TEXT // GÉRARD BÖKENKAMP

>

Foto: Viacom International Media Networks







Die „Simpsons“ und „South Park“ haben gemeinsam, dass sie in der Regel irgendwo in Amerika in mittelgroßen Städten wie dem fiktiven Springfield oder South Park in Colorado angesiedelt sind. Die „Simpsons“ haben das Format der traditionellen Familienserien gewählt, in dem der Durchschnittsamerikaner im Mittelpunkt steht, dessen Leben aber als der ganz normale Wahnsinn erscheint. „South Park“ beschreibt die Welt aus der Perspektive von vier zwölfjährigen Schülern. Die Autoren von „South Park“ haben auf einen ähnlichen Kniff zurückgegriffen wie die politische Satireserie „Ein Herz und eine Seele“. Autor Wolfgang Menge erhab mit Ekel Alfred einen reaktionären Spießer zum heimlichen Helden. Diese Rolle übernimmt in „South Park“ Eric Cartman, der durch seine reaktionären und rassistischen Resentiments, seinen Egoismus und seine manipulativen Fähigkeiten hervorsticht.

Die „Simpsons“ gehören inzwischen trotz Gewalt, schwarzem Humor und durchaus zynischer Darstellung der amerikanischen Verhältnisse zur akzeptierten Populärkultur. Das hat auch etwas mit der Herangehensweise der Macher der „Simpsons“ zu tun. Mad Groening erklärte das Konzept gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* so: Er betreibe leichtgewichtige

Kritik an der Gesellschaft, man könne sie fast liebevoll nennen. „Wir machen uns über sie lustig, sind kindisch und respektlos, aber immer mit einem Rest Wahrheit. Wir stürzen uns nur selten auf die schlichten aktuellen Themen, so brutal, so schrecklich sie auch sein mögen.“ Groening, Anhänger des früheren demokratischen Präsidentschaftskandidaten Al Gore, sieht seine Aufgabe darin, „bei den Leuten, die die Macht haben, alle Selbstgefälligkeit, ihr Überlegenheitsgehabt, zu untergraben. Das hat gar nicht so viel mit Politik zu tun - ich bin ein Spaßmacher“.

Anarchisch, antiautoritär, brutal

Den „Simpsons“ wurde eine gewisse Linkslastigkeit vorgeworfen. So meinte etwa Präsident George W. Bush in einer Rede über Familienwerte, dass man eine Nation sein müsse, die den Waltons - eine traditionelle amerikanische Familienserien - näher als den „Simpsons“ stehe. Dagegen spricht man im Zusammenhang mit „South Park“ auch von den „South Park Republicans“. Damit sind Jugendliche und junge Erwachsene gemeint, die mit „South Park“ aufgewachsen und sich eher dem republikanischen Lager zuordnen. Matt Stone erklärte in einem Interview, dass er Konservative hasse, aber „Liberals“, also Anhänger der Demokraten,



noch mehr. South-Park-Autor Trey Parker ist Mitglied der Libertarian Party, und insgesamt dominiert in South Park das anarchische, antiautoritäre Moment. South Park ist brutaler und politischer als die Simpsons. Während Prominente sich drängen, von den Simpsons-Machern gezeichnet zu werden, geht South Park mit ihnen viel rücksichtsloser um und beschreibt sie in der Regel als verdorben, egomanisch und ideologisch verbohrt.

Die Simpsons zeichnen ebenso wie South Park kein besonders vorteilhaftes Bild des politischen Systems. Der Bürgermeister von Springfield ist der korrupte und ständig fremdgehende Demokrat Joseph Quimby, sein Herausforderer bei der Bürgermeisterwahl der Republikaner und Erzganove Sideshow Bob. Dieser analysiert messerscharf, tief in ihrem Herzen wünschten sich die Amerikaner einen hartherzigen Republikaner, der die Steuern senkt, die Armen kriminalisiert und wie ein König regiert. Die Medienmacher

sind sensationshungrige Opportunisten. Als der Moderator Kent Brockman glaubt, dass die Invasion außerirdischer Ameisen zur Unterwerfung der Menschheit unmittelbar bevorsteht, hängt er in seinem Studio ein Transparent mit der Aufschrift: „Heil Ameisen!“ auf, um die neuen Herrscher zu begrüßen. Als er feststellt, dass es sich um einen Irrtum handelt, erklärt er, die Demokratie sei immer noch das beste System, das wir hätten - zumindest vorläufig.

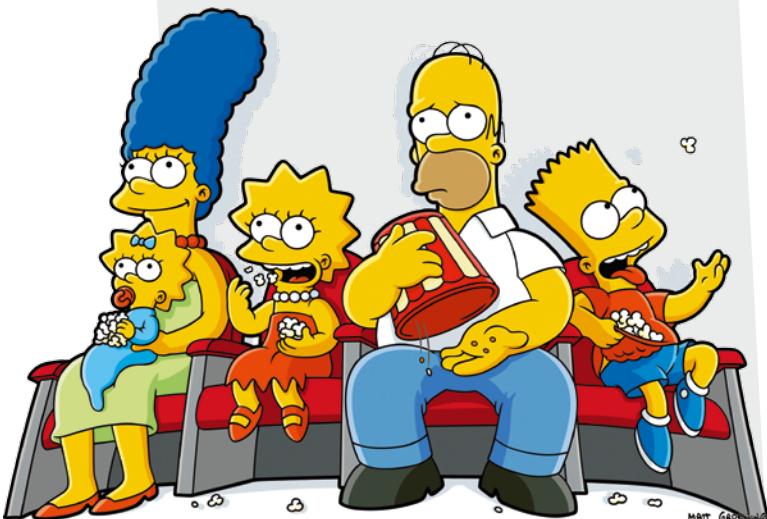
Auch die Wähler kommen nicht gut weg: Nachdem ein Bär sich in der Stadt Springfield verirrt und für Panik sorgt, fordern die Bürger lautstark das sofortige Handeln der Politik. Wobei die Frau des Pfarrers hysterisch ausruft, man solle doch an die Kinder denken. Nachdem die Stadt ein lückenloses Bärenabwehrsystem installiert hat und deshalb die Steuern erhöht werden müssen, wird dieselbe aufgebrachte Menge wieder beim Bürgermeister vorstellig, diesmal um gegen die Steuererhöhung zu protestieren. Wobei die Frau des Pfarrers erneut hysterisch ausruft, man solle doch an die Kinder denken. Der Bürgermeister, der seinen Leibwächter beiläufig fragt, ob die wirklich so blöd sind, beruhigt die Menge schließlich, indem er behauptet, dass die illegalen Einwanderer an allem schuld seien. Die Folge endet damit, dass der aus Schottland stammende Schulhausmeister abgeschnitten wird.

Wahl zwischen Kotstulle und Rieseneinlauf

In South Park ist der „Culture War“ zwischen Republikanern und Demokraten ein oft wiederkehrendes Thema. Die Konservativen erscheinen bei South Park oft als einfach gestrickte Hinterwäldler und Waffennarren, die während eines Gesprächs schon mal nebenbei Vögel und Eichhörnchen mit dem Sturmgewehr totschießen. Die Demokraten werden hingegen als selbstverliebte Gutmenschen dargestellt, die so weit gehen, genussvoll an ihren eigenen Fürzen zu riechen, weil sie sich als etwas Besseres fühlen. South Park macht sich oft über diese Polarisierung lustig. Dabei nimmt South Park aktuelle Bezüge wie die Wahl Barack Obamas zum Präsidenten auf. Während sich nach der Wahl Obamas Republikaner massenweise umbringen, tanzen die Demokraten wie verrückt auf den Straßen. Im Laufe der Folge zeigt sich, dass der Wahlkampf nur ein Ablenkungsmanöver von Obama und McCain war, die in Wahrheit Komplizen sind, um sich gemeinsam zu bereichern.

SIMPSONS

„Die Simpsons“ sind mit 25 Staffeln und 540 Episoden die am längsten laufende US-Zeichentrickserie. Die Reihe wird seit der Erstausstrahlung 1989 auf dem Sender Fox gezeigt. Die erste Ausstrahlung in Deutschland erfolgte im September 1991 im ZDF. Seit April 1994 sind die Simpsons bei ProSieben zu sehen. Die Serie erhielt zahlreiche Preise, darunter 27-mal den renommierten Emmy.





Sowohl bei South Park als auch bei den Simpsons wird kritisiert, dass in der Politik keine wirklichen Alternativen zur Wahl stehen. In der Folge „Wähl oder stirb!“ setzt sich South Park mit der Kritik an Nichtwählern auseinander. Bei einer Umfrage unter den Schülern über ein neues Schulmaskottchen finden die Kotstulle und der Rieseneinlauf den größten Anklang und zwischen beiden sollen die Schüler in einer Stichwahl entscheiden. Stan weigert sich, wählen zu gehen, und wird deshalb aus der Stadt verbannt. Als er

einem weisen Mann sein Dilemma schildert, nicht zwischen einer Kotstulle und einem Rieseneinlauf abstimmen zu wollen, erklärt dieser ihm, dass es bei jeder Wahl nur solche Alternativen gebe. Damit wird die Geschichte zur Metapher für die Erkenntnis, bei Wahlen keine Wahl zu haben, als das kleinere Übel zu wählen.

Ted Gourmelos von der Maryville University erkennt in den beiden Cartoon-Serien den wachsenden Einfluss der Ironie in der politischen Kritik. Das führt er auf eine wachsende Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem politischen System an sich zurück. In der Populärkultur sei der ernsthafte Umgang mit politischen und gesellschaftlichen Phänomenen immer mehr durch ironische Erzählstile und Darstellungen ersetzt worden. Das habe den Vorteil, dass sehr ernste Themen behandelt werden könnten, ohne sich offen zu einem politischen Lager bekennen zu müssen. Insoweit stehe das Bedürfnis nach gesellschaftlichen Kontroversen in Form von satirischen Zeichentricksendungen durchaus im Zusammenhang mit der Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft seit den 80er-Jahren. Die politische Satire bei den Simpsons und South Park erlaube eine distanzierte, witzige und zugleich drastische Auseinandersetzung mit den Problemen der Zeit. ●

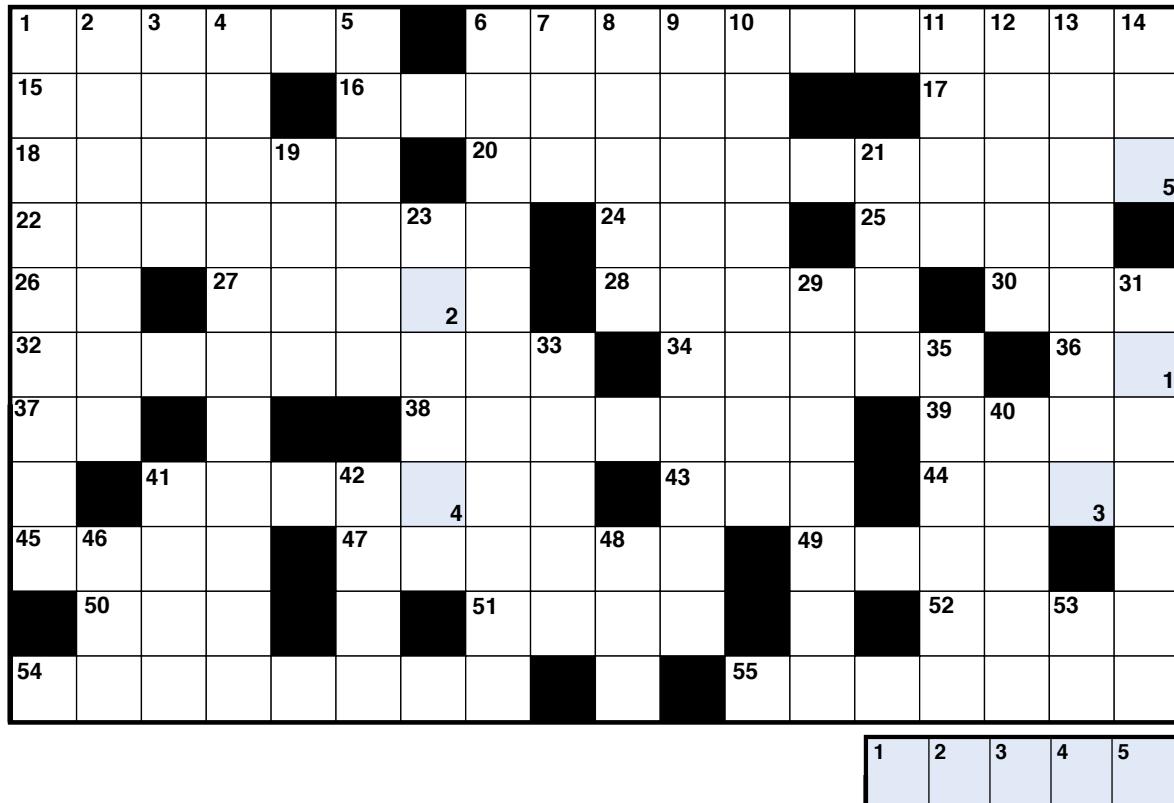


SOUTH PARK

Die amerikanische Zeichentrickserie „South Park“ läuft seit 1997. Es wurden bislang 17 Staffeln produziert, die auf dem US-Kabelsender Comedy Central ausgestrahlt werden. In Deutschland wurde South Park von 1999 bis 2006 auf RTL, von 2003 bis 2005 auf Viva, seit 2006 auf MTV und seit 2008 auf Comedy Central Deutschland gezeigt. Das *Time Magazine* nahm die Sendung in seine Liste der 100 besten TV-Sendungen aller Zeiten auf.



GÉRARD BÖKENKAMP ist Referent im Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und erklärter Fan beider beschriebenen Serien.
redaktion@libmag.de



1	2	3	4	5
---	---	---	---	---

WAAGERECHT: 1 Unter der Karlsbrücke, Die ..., 6 Hoffnungsläufer auf der Beamtenlaufbahn 15 Aus dem Ave Maria der gesanglich schönste Teil 16 Dieser Fall: in Amerika ein tiefgründiger Grenzfall 17 Wo Prinz Harry und David Cameron lesen lernten 18 Wenn's dort recht windet, trägt man ihn auch dort 20 Nein vor Straße auf Italienisch, zu deutschem Püree, mit prophetischem Resultat 22 Von drei baltischen Drillingen der mittlere 24 Griechenvorsilbe in Paris, fehlt Zona und Monette 25 Von hinten erinnert die Senorita an Wallsteins Sternngucker 26 Der Philosophenpapa der wilden 68-er (initialisch) 27 Das ist zerbrechlicher als die Liebe, wusste Draf 28 Fernsüdlich ein weihnachtliches Land irgendwie 30 Zu Lux' und Max' Zeiten hatten die drei Buchstaben noch nicht die mörderische Bedeutung von heute 32 Die ist, wenn Währung nicht währt 34 Neben Stars and Stripes der Dritte im Bunde 36 Das h.c. eines Doktors in der deutschen Variante (Abk.) 37 Kurzer Titel für dickes Ding vom King 38 ... ist auch eine Kunst; es gehört etwas dazu, etwas Großes als groß zu begreifen (nach Theodor Fontane) 39 Einer von fifty bei den thirteen stripes 41 Das Rezept des Hippokrates von Kos: Sei ... in allem! 43 Gut, zur BLZ-Nr. auch die ...-Nr. im Kopf zu haben 44 Das arme Flattermännchen war als Totenvogel verhasst 45 Wenn man an der von hinten nichts ändern kann, dann ist sowieso alles von vorn 47 Wer Tzatziki aus dem Effeff sagen kann, kann es auch auf das genau mit zweien davon schreiben 49 Sprichwörtlich: die Hoffnung ist ein langes ... 50 Der Blinde hinter der Grotte, zu besichtigen in Olmütz 51 Die schluckt die 1 waagr. 52 Afrikanischer Landgewinn nach stadtlichem Silbendreher

in Peru 54 Darin bewahren die Frauen das Erbgut 55 Normale Schrauben und Papiere sind es

SENKRECHT: 1 Tiere, die immer nur maulen und meckern, oder was? 2 Erst war's die Jungfrau von Domrémy, dann die von dort 3 Mit ihr kompensierte ein alter Ithaker Körperkräfte 4 Die wirft einen Schatten auf die Oase 5 Zappelphilipps Zappelgrund 6 Verliehene Bücher will man bitte ohne die zurückhaben 7 Ein solcher Ist ist, wer von seinem Lego etwas weg tut 8 Kaum verspeist, hatte man seine Federn einst am Hut 9 Die sind ..., die man mit dem Mühlstein am Hals ... 10 Die findet man nicht alle Tage, sonst wär's ja keine 11 James ... spielte Jenseits von Eden, leider nicht lange 12 In jedem Tatmenschen steckt, was er stetig tut 13 Sein Gesellschaftsvertrag wurde damals gleich verboten 14 Das Seiende in der Philosophie; abkürzlich auch als Kaderschmiede in Paris bekannt 19 Der Prophet, der von Raben ernährt wurde 21 In der Saure-Gurken-Zeit ist der oft mit dabei 23 Als fließendes Wasser ist die für Deutsche grenzwertig 29 Unwissen, wie es der Wiener Seelen-Sigmund nannte 31 Mit Scharfblick ermittelt man sie linker Hand 33 Es liegt nicht immer an dem, wenn das Bild runterfällt 35 Wer seine Rolle kann, muss keine Welte fürchten 40 Es wirkt so düster unnahbar der hohe Richter im ... 41 Was die Traube dem Wein, ist das ... dem Bier 42 Der ... ist das richtige Weglassen des Unwesentlichen (Anselm Feuerbach) 46 Wenn er is a ..., darf er am Schabbes arbetn 48 Daran starben Violetta und Mimi im letzten Akt (Abk.) 53 Initialisch das viel zitierte deutsche Durchschnittsmädel

AUFLÖSUNG: **Waagerecht:** 1 Moldau, 6 Reforenadare, 15 Aria, 16 Niagara, 17 Eton, 18 Ulster, 20 Nostradamus, 22 Letland, 24 Ari, 25 Ines, 25 T.A. (Theodor Adorno), 27 Eisen, 28 Natur, 30 NSU, 32 Inhalten, 34 Ego, 35 Eskimo, 40 Taler, 41 Malz, 42 Stil, 46 Goi (Nichtihude auf jiddisch), 48 TBC, 53 L.M. (Lischchen Müller). **Senkrecht:** 1 Es (Ecole normale supérieure), 19 Elia, 21 Dill, 23 Weisse, 29 Agnouise, 6 Rundnotizen, 7 Eggi, 8 Fesai, 9 Erbrechte, 10 Rundtext, 12 Drea, 13 ammen, 15 Elisa, 22 Agnouise, 25 eggen, 47 Tzett ("auts Tzett getzen"), 49 Egoi, 50 Oim, 51 Elbe, 52 Maili, 55 genormt (Buchtitel von Stephen King), 58 Statuene, 39 Siet, 41 massige, 43 Kto, 44 Kuzu, 45 egen, 47 Tzett ("auts Tzett getzen"), 49 Egoi, 50 Oim, 51 Elbe, 52 Maili, 55 genormt (Buchtitel von Stephen King), 58 Statuene, 39 Siet, 41 massige, 43 Kto, 44 Kuzu, 27 Eisen, 28 Natur, 30 NSU, 32 Inhalten, 34 Ego, 35 Eskimo, 40 Taler, 41 Malz, 42 Stil, 46 Goi (Nichtihude auf jiddisch), 48 TBC, 53 L.M. (Lischchen Müller).

40 JAHRE FDP-KIRCHENPAPIER

Wie hast du's mit der Religion?

Über die Trennung von Kirche und Staat wurde in Deutschland oft gestritten und lange diskutiert. Die Kirchensteuer, Religionsunterricht und religiöse Symbole im öffentlichen Raum waren dafür die Auslöser. Gerade für die Liberalen waren diese Fragen von großer Bedeutung. Im Kirchenpapier von 1974 legte die FDP weitgehende Reformvorschläge vor. *liberal* druckt das Papier 40 Jahre nach Verabschiedung auf dem Hamburger Parteitag ab. **IRMGARD SCHWAETZER** nimmt aus heutiger Sicht dazu Stellung.

Mit den Thesen „Freie Kirche im freien Staat“ hat die FDP einen noch heute nachwirkenden Stein des Anstoßes gelegt, aber auch einen hart umkämpften Grundsatzstreit um das Verhältnis von Staat und Kirche ausgetragen, der immer wieder einmal auflackert.

Um zu Beginn ganz klarzumachen, worum es nicht geht: Die Thesen enthalten, so wie sie verabschiedet worden sind, keinen antireligiösen Impetus. „Die Grundrechtsnorm der Glaubensfreiheit schließt ein, dass Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften das Recht und die Möglichkeiten des Wirkens in der Öffentlichkeit uneingeschränkt haben müssen.“ So formulierte Liselotte Funcke, Mitglied des Präsidiums der FDP, EKD-Synodale und Vorsitzende der Kommission zur Vorbereitung der Thesen, in ihrer Einbringungsrede auf dem Parteitag in Hamburg 1974. Was sie dort einbrachte, war das Ergebnis eines jahrelangen Vorbereitungsprozesses innerhalb der FDP. In Treffen mit den beiden großen christlichen Kirchen, mit Juristen, Vertretern diakonischer und karitativer Einrichtungen und Bildungspolitikern wurden die Konsequenzen der unterschiedlichen im Prozess vorgebrachten Meinungen ausgelotet. Die Entstehungsgeschichte und die Rezeption der



IRMGARD SCHWAETZER, Präsidentin der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und Mitglied des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

„Thesen „Freie Kirche im freien Staat“ ist von der jungen Theologin Tabea Mariga Esch in einer 2011 erschienenen Dissertation gründlich aufgearbeitet worden und fügt der Parteiengeschichte der FDP einige Facetten hinzu.

Mit den 13 Thesen des Kirchenpapiers hat die FDP die immer wieder in der Gesellschaft aufkommende Diskussion über die Rolle der Religionen in der Gesellschaft und das deutsche Staatskirchenrecht durchdacht. Von besonderem Interesse ist auch heute das Grundmotiv der Auseinandersetzung zwischen den Jungdemokraten und den Älteren in der Führungsspitze der FDP: Das Modell eines säkularen Toleranzhumanismus als Ersatz für Religionen wird dem pluralistischen Modell der Mitwirkung der Religionen und Glaubensgemeinschaften am Wertediskurs in der Gesellschaft gegenübergestellt. Dieser Grundsatzstreit ist schon im Vorfeld des Parteitages vom Bundesvorstand der FDP im Sinne der „fördernden Neutralität“ des Staates im Grundgesetz entschieden worden - allerdings mit deutlicher Kritik an einzelnen Regelungen des Staatskirchenrechts.

So liefern die Thesen auch heute noch genug Stoff zum Streit, nicht nur unter

Liberalen. Die „Trennung“ von Kirche und Staat, die in der Forderung nach Abschaffung der „Privilegien der Kirchen“ ihren Ausdruck findet, genießt viel Zustimmung unter den Religionskritikern. Besonders populär ist immer die Forderung, den Kirchensteuereinzug durch den Staat abzuschaffen und die Staatsleistungen an die Kirchen mit den entsprechenden Verträgen abzulösen. Auch die Forderung nach dem Verbot religiöser Symbole im öffentlichen Raum ist umso beliebter, je säkularer die Gesellschaft wird.

Um beim letzten anzufangen: Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht längst klargestellt, dass ein Ja oder Nein zu religiösen Traditionen, sei es ein Kreuz im Klassenzimmer oder das Tragen des Kopftuchs im Unterricht, eine Frage des Schulfriedens ist, die im Einzelfall entschieden werden muss. Und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in seinem Urteil von 2010 sowohl die laizistische Tradition Frankreichs als auch die anderen Traditionen europäischer Staaten für rechtens erklärt. Entscheidend ist, was dem Frieden in der Gesellschaft dient. Damit trauen die Verfassungsrichter den Bürgern deutlich mehr Toleranz zu als die FDP 1974 und verpflichten sie gleichzeitig auf die

Ausdrucksformen einer pluralistischen Gesellschaft.

Da der Kirchensteuereinzug durch den Staat als ein Privileg der Kirchen wahrgenommen wird, verwundert es nicht, dass die Forderung nach Aufhebung dieses Privilegs am nachhaltigsten in Erinnerung blieb und mit der FDP noch heute in Verbindung gebracht wird. Konsequenterweise wurde in den Thesen auch beschlossen, den Kirchen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, aus dem die Möglichkeit des staatlichen Einzugs resultiert, nicht länger zuzuerkennen. Da islamische Glaubensgemeinschaften ohne eine feste Mitgliederstruktur Schwierigkeiten haben, die Voraussetzungen zur Erlangung dieses Status zu erfüllen, bleibt diese Frage auf der Tagesordnung. Für heute bleibt festzuhalten, dass die Kirchen den Staat gut für seine Dienstleistung bezahlen, von einem Privileg also keine Rede sein kann. Auch die schon in der Weimarer Reichsverfassung vorgesehene Ablösung der aus der Enteignung kirchlicher Güter zu Beginn des 19. Jahrhunderts resultierenden Staatsleistungen wird weiter ein Thema bleiben, wenngleich hier der Staat am Zuge ist, ein entsprechendes Grundsatzgesetz zu erlassen.

Klare Kompromisse zwischen Laizisten und den Verfechtern einer öffentlichen Rolle der Religionen in einem pluralistischen Staat wurden in den Bereichen der sozialen, diakonischen und karitativen Aufgaben und im Bildungsbereich erzielt. Gesehen wurde vor allem in der Führung der FDP die gemeinwohlfördernde Haltung vieler Kirchenmitglieder, die sich stärker als andere ehrenamtlich betätigen, ein Befund, der gerade in der neuesten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung der EKD bestätigt worden ist.

Staunen lässt allerdings heute die Forderung nach Abschaffung des Subsidiaritätsprinzips für soziale, diakonische und karitative Einrichtungen und damit die Forderung nach einer Ausweitung der Staatstätigkeit, was im Übrigen nicht dem Wunsch vieler kirchenferner oder atheistischer Menschen entspricht, die sich gern in kirchlichen Altersheimen und Hospizen betreuen lassen.

Wie viel Aufbegehren gegen die etablierten Denkmuster und Werte in der von den Jungdemokraten massiv geforderten Debatte über das Verhältnis von Staat und Kirche und das aus der Zeit der Weimarer Republik stammende Staatskirchenrecht steckte, ist ungewiss. Immerhin war die Zeit noch nicht lange vorbei, als von den Kanzeln Wahlemp- »

fehlungen gegeben wurden. Bis zur Verabschiedung der sogenannten „Demokratiedenkschrift“ der evangelischen Kirche in Deutschland, in der die EKD ihr Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat formulierte, dauerte es noch über zehn Jahre. Insofern war es wohl nicht verwunderlich, dass die Kirchen sich gegen die Forderung nach Veränderung wehrten, insgesamt aber eher verunsichert auf die Grundsatzfrage reagierten, welche Rolle die Religionen in einer modernen, pluralen Gesellschaft spielen.

Christian Lindner fragt heute zu Recht, was die Gesellschaft zusammenhält, und antwortet: die Werte, die die Bürger als Maßstab für ihr Leben, ihre Verantwortung nehmen. Die können nicht diktieren werden, nicht vom Staat, nicht von den Parteien, nicht von den Religionen. Ihr Grundbestand sind die allgemeinen Menschenrechte. Nur in gegenseitigem Respekt und Toleranz wird der Friede in der Gesellschaft gesichert. Empathie oder wie die christlichen Religionen formulieren: Nächstenliebe fügt dem noch ein wichtiges Bindeglied hinzu.

Das Kirchenpapier war so anstößig, dass es in der FDP nie wieder ernsthaft diskutiert wurde. Nur hier und da wurde ein Bröckchen als Forderung für ein Wahlprogramm aufgegriffen. Heute wäre ein klarer Blick auf die Vielfalt der Religionen in einer Gesellschaft, die sich selbst immer stärker säkularisiert, auf die Bedeutung religiöser Identität für die Integration von Zuwanderern und auf die durch religiöse Traditionen geprägte Rolle von Migrantinnen notwendig. Hier warten Probleme auf liberale Antworten. Wie wär's, FDP?

Die Pluralität der Werthaltungen in Religionen und Weltanschauungen sind für Liberale Ausdruck der Freiheit der modernen Gesellschaft in einer globalen Welt. Diese Freiheit zu leben, dafür treten Liberale ein, damals wie heute.

Das Kirchenpapier der FDP von 1974 im Originalwortlaut

„FREIE KIRCHE IM FREIEN STAAT“ PRÄAMBEL

Ziel liberaler Politik ist die Sicherung und Erweiterung der Freiheit. Hierzu gehören entscheidend die gerade auch vom Liberalismus erstrittene Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit sowie das Recht auf freie Religionsausübung, wie sie im Artikel 4 des Grundgesetzes stärker als je zuvor in der deutschen Geschichte als unmittelbar geltendes Recht garantiert sind. Für die F. D. P. ist es daher selbstverständlich, die weltanschaulich-religiöse Überzeugung von Einzelnen und Gruppen zu achten sowie jedem die Freiheit zu sichern, sein Leben danach zu gestalten.

Das Christentum hat Geschichte, Kultur und ethisches Bewußtsein in Europa entscheidend geprägt. Im caritativen Bereich haben die christlichen Kirchen wegweisende Arbeit geleistet. Das Bekenntnis zur persönlichen Glaubens- und Gewissensfreiheit schließt daher untrennbar ein, daß das Wirken der Kirchen nicht nur im innerkirchlichen Bereich, sondern auch in der Gesellschaft gesichert sein muß.

Jedoch verlangt das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit die Gleichbehandlung aller Bürger im Bereich von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Deshalb muß der Staat sich weltanschaulich-religiös neutral verhalten. Die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft darf keine Vor- oder Nachteile mit sich bringen.

In diesem Verständnis setzt sich liberale Politik für die gegenseitige Unabhängigkeit von Kirche und Staat ein. Es geht darum, jenen Raum freizuhalten, in dem die Kirchen und andere Religionsgemeinschaften ihre Aufgaben nach ihrem eigenen Selbstverständnis erfüllen können. Das Verhältnis von Staat und Kirche wird immer spannungsvoll bleiben. Gerade deshalb muß es in einem freien Staat von Zeit zu Zeit neu überdacht und neu bestimmt werden. Die F.D.P. ist zu eingehenden Gesprächen mit den Kirchen und anderen religiösen und weltanschaulichen Gruppen bereit. Sie erwartet, daß die Kirchen selbst sich aktiv an einer sachlichen Diskussion beteiligen, denn sie weiß, daß es Christen in allen Kirchen gibt, die gleiche oder ähnliche Ziele um der Glaubwürdigkeit der Kirche willen anstreben.

In diesem Sinne zu einem neuen Verhältnis von Staat und Kirche beizutragen, ist das Ziel dieser Forderungen. Dabei ist der F.D.P. bewußt, daß ein Teil dieser Forderungen zu ihrer Verwirklichung verständiger Übergänge oder angemessener Zeitspannen bedarf.

THESEN

- 1.** Kirchen und weltanschauliche Gemeinschaften entscheiden über ihre Angelegenheiten unabhängig von staatlichen Einflüssen. Das erfordert, daß der Staat seine verbliebenen Einflußmöglichkeiten (insbesondere die Mitwirkung an der regionalen Gliederung der Kirchen, die Forderung des bischöflichen Treueides auf die Verfassung, den Einfluß auf die Besetzung kirchlicher Ämter) aufgibt.
- 2.** Der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ist für religiös und weltanschaulich gebundene Gruppen wie die Kirchen nicht geeignet, da diese ihre Aufgaben nicht aus staatlichem Auftrag herleiten. Andererseits wird das Vereinsrecht der Bedeutung der Kirchen und anderen Großverbände nicht gerecht. Es ist daher ein neues Verbandsrecht zu entwickeln, das der Bedeutung der Verbände und ihrem öffentlichen Wirken Rechnung trägt und auch für die Kirchen gilt. Dabei sind religiös und weltanschaulich bedingte Besonderheiten zu berücksichtigen.
- 3.** Kirchen und weltanschauliche Gemeinschaften regeln die Mitgliedschaft im Rahmen der Religionsfreiheit nach eigenem Recht. Der Austritt erfolgt durch Willenserklärung gegenüber den Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften. Die Religionsmündigkeit beginnt wie schon heute in den meisten Bundesländern mit Vollendung des 14. Lebensjahres.
- 4.** Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Diesem Verfassungsgrundsatz ist überall, insbesondere im Personenstandsrecht und im öffentlichen Dienst, Geltung zu verschaffen.
- 5.** Die bisherige Kirchensteuer ist durch ein kircheneigenes Beitragsystem zu ersetzen. Es sind mit den Kirchen entsprechende Verhandlungen über die Modalitäten der Überleitung aufzunehmen und ausreichende Fristen vorzusehen.
- 6.** Der Verfassungsgrundsatz der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates ist auf Länderverfassungen und Gesetze, Regeln und Gebräuche im öffentlichen Bereich anzuwenden. Die Glauensüberzeugungen einzelner Gruppen dürfen nicht für alle verbindlich gemacht werden. Auf sakrale Formen und Symbole ist im Bereich staatlicher Institutionen wie Gerichten und öffentlichen Schulen zu verzichten. Die Eidesformel ist neutral zu fassen; dem Eidesleistenden muß es freistehen, den Eid durch einen Zusatz im Sinne seiner Weltanschauung zu ergänzen.
- 7.** Die bestehenden Staatsverträge mit den Kirchen (Kirchenverträge und Konkordate) sind wegen ihres Sonderrechtscharakters kein geeignetes Mittel, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat zu regeln. Deshalb dürfen solche Verträge nicht neu abgeschlossen werden. Die bestehenden Kirchenverträge und Konkordate sind, soweit sie noch gültig sind, in gemeinsamer Übereinkunft aufzuheben. Ihre Gegenstände sind, soweit erforderlich, durch Gesetz oder Einzelvereinbarungen neu zu regeln.
- 8.** Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Kirchen sind abzulösen. (Wie es Artikel 140 GG und Artikel 138 Abs. 1 WRV vorsehen.) Soweit Kirchen und Religionsgemeinschaften gegenüber anderen gemeinnützigen Institutionen steuer- und gebührenrechtliche Sondervorteile besitzen, sind diese aufzuheben.
- 9.** Bildung, Krankenpflege und soziale Versorgung sind öffentliche Aufgaben. Das Recht der freien Träger, in diesen Bereichen tätig zu sein, muß gewahrt werden - allerdings ohne Vorrangstellung. Dazu sollen die freien Träger sachgerechte staatliche Zuschüsse erhalten. Die öffentliche Hand muß sicherstellen, daß eine ausreichende Anzahl von Einrichtungen bereitsteht, um den Bedarf an weltanschaulich neutralen, jedermann zugänglichen Einrichtungen zu decken. Soweit Einrichtungen der freien Träger öffentlich gefördert werden, müssen sie allgemein zugänglich sein; Andersdenkende dürfen keinerlei Benachteiligungen oder Zwängen ausgesetzt sein.
- 10.** Die religiös und weltanschaulich neutrale Gemeinschaftsschule soll im gesamten Bundesgebiet die staatliche Regelschule sein. Der Religionsunterricht ist nach der Verfassungslage ordentliches Lehrfach. Alternativ wird ein Religionskundeunterricht angeboten. Zwischen beiden Fächern besteht freie Wahlmöglichkeit. Das Recht, private Schulen zu errichten und zu unterhalten, bleibt unberührt.
- 11.** Die Seelsorge in staatlichen Institutionen wie Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Strafvollzug ist in die alleinige Verantwortung der Kirchen zurückzugeben. Die Möglichkeit unbehinderter religiöser Betreuung durch kirchlich bestellte und bezahlte Seelsorger muß sichergestellt sein. Das gleiche Recht gilt für alle anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.
- 12.** Geistliche und Theologiestudenten sind in ihren staatsbürgерlichen Rechten und Pflichten, auch im Hinblick auf den Wehrdienst oder seine Verweigerung, allen anderen Staatsbürgern gleichzustellen.
- 13.** Die Vertretung der Kirchen wie auch anderer gesellschaftlicher Gruppen in öffentlichen Gremien (z. B. Rundfunkräte, Schulausschüsse, Jugend- und Sozialausschüsse, Hearings u. a.) ist darauf hin zu überprüfen, wieweit sie der Funktion der Verbände für den jeweiligen Bereich entspricht.



DER ZAUBER- LEHRLING

Legalisiertes Unrecht: Russlands Staatschef Wladimir Putin bei der Unterzeichnung des Vertrages, der die Eingliederung der Halbinsel Krim in die Russische Föderation besiegelt.

Putin hat durch seine Politik Geister geweckt, die ihn andernorts selbst heimsuchen könnten. Wenn der nationale Rausch verflogen ist, wird man Trümmer zusammenkehren müssen, die gegenwärtig, wenn auch immer mühsamer, von alter imperialer Nostalgie, verbunden mit propagandistischen Anstrengungen, verdeckt werden.

// TEXT // WOLFGANG GERHARDT

Sein dem Zusammenbruch der alten bipolaren Welt sind viele westliche Staaten eine „Partnerschaft“ mit Russland eingegangen. Durch gemeinsame Einrichtungen wie die G8, den Europarat und durch eine Vielzahl von bilateralen Abkommen und Erklärungen. Mit großer Erleichterung, so stellte die trilaterale Kommission 2006 fest, wurde Russland als Problem von der Tagesordnung gestrichen und als Partner aufgenommen. Die westlichen Staaten begrüßten die Absichten von Präsident Putin, Russland zu stabilisieren, zu modernisieren und es stärker in das internationale System und die Gemeinschaft zu integrieren. Wichtige Herausforderungen, das war damals den Verfassern einer Studie klar, müssen mit Russland bewältigt werden und langfristige Ziele einer Partnerschaft sollten nicht aufgegeben werden. Aber, so schrieben die Verfasser: „Wir müssen mit Russland umgehen, wie es ist, nicht wie wir es als Idealfall wünschen.“

Russland hat mit der Annexion der Krim die Charta der Vereinten Nationen verletzt, besser gesagt, gebrochen, ebenso wie die Schlussakte von Helsinki, ebenso wie das Memorandum von Budapest und das Statut des Europarates. Darüber kann man nicht hinwegsehen, auch wenn es in Deutschland viele gibt, die die Verletzung von Völkerrecht anscheinend nicht für so wichtig erachten. Man müsse doch Verständnis für den Wunsch Russlands haben, die Krim sozusagen wieder zurückzubekommen. So als ob es keine Geschichte gäbe, kein Völkerrecht, und man sich das Recht nehmen könnte, all das urplötzlich nicht mehr beachten zu müssen, was man mit eigener Unterschrift versehen hatte.

Werte, Verträge, Übereinkommen, Völkerrecht sind nicht beliebig. Dass wir zu ihnen stehen müssen, ist auch

entscheidend für jene in Russland, die ihr Land in Richtung einer stärkeren Zivilgesellschaft verändern wollen. Die Staaten des Westens sollten weiterhin für diese Werte stehen und nicht den Eindruck vermitteln, dass sie blind und gleichgültig einem Werteverfall gegenüberstehen. Ja, so wird dann argumentiert, die Nato sei ja bis an die Grenzen Russlands vorgerückt, wobei Russland

immer noch mit der früheren Sowjetunion gleichgesetzt und das Recht von souveränen Staaten, über ihr eigenes Schicksal und ihre Bündnisse mit anderen zu entscheiden, grösstlich missachtet wird. Die NATO ist im Übrigen nicht an die Grenzen vorgerückt, sondern frühere, von der alten Sowjetunion unterdrückte Völker haben Schutz und Schirm unter der NATO gesucht, weil sie schlicht Angst vor einem neuerlichen Versuch Russlands hatten, auf sie auszugreifen.

Deutsche Bemühungen, insbesondere vom damaligen Außenminister Klaus Kinkel, in den baltischen Staaten für eine langsamere Gangart zu werben, haben Deutschland dort nicht sehr viel Sympathie eingebracht. Die Balten haben uns, wie auch vor Jahren unsere polnischen Nachbarn, eher vorgeworfen, den Charakter russischer Politik zu blauäugig zu sehen und ihre eigenen Sicherheitsinteressen nicht zu respektieren, geschweige denn zu verstehen. Russische Gesprächspartner haben sich oft bis heute nicht die Frage gestellt, warum manche Länder sich vor ihnen fürchten. Sie sehen zu oft nur den eigenen Schmerz über den Verlust der alten Sowjetunion, nicht aber die Bedrohung, die die alte Sowjetunion auf andere ausgeübt hat. Diese Sowjetunion ist im Übrigen nicht zusammengebrochen, weil die NATO bis an ihre Grenzen vorgerückt wäre, sondern sie brach wie ein Kartenhaus urplötzlich zusammen, als der Freiheitswillen der Menschen ihre Kommandostrukturen nicht mehr ertragen wollte. Niemand hat der Sowjetunion mehr geschadet als ihre eigene Politik.

Wir haben grob unterschätzt, dass Russland eine längere Zeit braucht, um politisch-gedanklich in eine internationale Gemeinschaft zurückzukehren, von der es sich durch eigene Entscheidungen nahezu abgeschot-

»

tet hatte. Auch wenn die Absichten in den ersten Reden von Präsident Putin begründete Hoffnungen aufkeimen ließen, Wort und Tat lagen, wie später erkennbar wurde, weit auseinander.

Der gegenwärtige Frust mit Russland entspringt zum Teil auch der Fehleinschätzung darüber, was erreichbar ist, und über die Zeit, die dafür notwendig ist. Wir brauchen einen geduldigen Ansatz unermüdlicher Anstrengungen, die jetzt eingetretene kritische Situation zu bewältigen. Wir sollten Russland sagen, dass wir ein erfolgreiches Russland als europäischen Nachbarn wollen, nicht schwach und instabil. Wir sollten sagen, dass wir einen Nachbarn wollen, dessen Staat auf wirtschaftlichem Erfolg und zivilgesellschaftlichem Engagement und nicht auf militärischer Macht gegründet ist.

Die Bedenken russischer Politiker, dass die westlichen Länder Russland schwächen wollten, sind grundsätzlich falsch, bis hin zum Absurden. Manche Äußerungen haben den paranoiden Beigeschmack des Kalten Krieges. Russland muss akzeptieren, dass starke unabhängige Nachbarn für Russland selbst ein Vorteil und kein Nachteil sind. Russlands Stärke darf sich nicht auf Kosten der benachbarten ehemaligen Satellitenländer der Sowjetunion gründen. Russland profitiert nicht von schwachen und instabilen Nachbarn. Politische und gesellschaftlich reife Beziehungen unter Wahrung der Integrität des jeweils anderen sind unabdingbar für Stabilität und in dem gegenwärtigen in Rede stehenden Fall der Ukraine Voraussetzungen für den Frieden.

Russland muss sich an Regeln halten, in dieser Frage kann es keinen Rabatt geben. Solange es das nicht tut, ist strategische Partnerschaft nicht der geeignete Ausdruck für die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Sie ist keine Realität. Denn sie braucht ein Wertefundament, gemeinsame Ziele, die Grundlage gegenseitiger Unterstützung ist. Eine Partnerschaft ist mehr als ein gegenseitiger Ausgleich zum Wohle von Eigeninteressen. Viele Russlandkenner demgegenüber vermitteln ein Bild, dass Russland eher einen nüchternen Ansatz verfolgt und keinen, der auf Gefühlen basiert. Russland, so sagen sie, vertrete seine Interessen machtbewusst, wie es seine Art zu sein scheint. Wir sollten unsere Werte bewusst vertreten. Wenn Russland sich gegenwärtig nicht an Regeln zu halten beabsichtigt, dann ergibt strategische Partnerschaft keinen Sinn. Besser wäre es, von pragmatischem Engagement auszugehen, das Kooperationen in wichtigen Bereichen nicht ausschließt,



WOLFGANG GERHARDT ist
Vorsitzender des Vorstands der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die
Freiheit und Herausgeber von
liberal.
redaktion@libmag.de



aber eine Überhöhung vermeidet, die angesichts des Versuchs des Kremls, die territoriale Integrität der Ukraine zu unterminieren, einfach unwürdig ist.

Putin modernisiert Russland nicht. Er führt die russische Gesellschaft nicht in die Moderne. Vermutlich wird seine Abenteuerlust Russland teuer zu stehen kommen. Seine öffentlichen Kassen werden gewaltig strapaziert, Kapital wandert schon ab, der Rubel ist unter Druck, das Land ist unter Stress. Wenn der nationale Rausch verflogen ist, wird man Trümmer zusammenkehren müssen, die gegenwärtig, wenn auch immer mühsamer, von alter imperialer Nostalgie, verbunden mit propagandistischen Anstrengungen, verdeckt werden. Putin hat durch seine Politik Geister geweckt, die ihn auch andernorts selbst heimsuchen könnten. Er scheint stark, sein Land ist groß, aber verletzlich zugleich. ●

Zehn Jahre vor dem Einmarsch: Auf einer

mit der russischen und der ukrainischen Flagge dekorierten Harley-Davidson trat der damalige russische Premierminister Wladimir Putin im Jahr 2004 bei einem Bikertreffen auf der Krim nahe der Stadt Sewastopol auf.



B E L E S E N

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

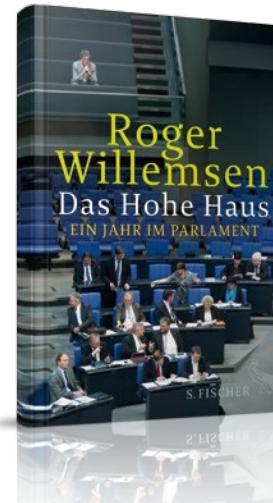
Wenn jemand über die deutsche Handelsmarine schreiben wollte, wäre es recht fragwürdig, sich ausschließlich auf der Brücke aufzuhalten und Gespräche mit Besatzung, Hafenpersonal oder Reeder auszusparen. Da hilft es auch nicht, sich immerhin ein Jahr lang an Bord aufzuhalten und sich zu rühmen, öfter und länger als der Kapitän oder der Lotse den Steuerstand beobachtet zu haben. Roger Willemsens „Das Hohe Haus. Ein Jahr im Parlament“ läuft gerade an diesem Umstand auf. Schon der Name scheitert am Praxistest. Seit dem 2. September 2013 kam die parlamentarische Arbeit völlig zum Erliegen, keine weite-

re Arbeitssitzung fand im restlichen Jahr mehr statt. Einen Vergleich zwischen den zwei Bundestagen vor und nach der Wahl zieht Willemsen nicht. Stattdessen gibt er subjektiv und scheinbar wahllos seine Beobachtungen wieder, die er „unvoreingenommen“ nennt - wobei sich aber selbst schon nach wenigen Seiten und dann durchgehend bis zum Ende des Buches widerlegt. Empfehlung: Lesen Sie lieber etwas über die Deutsche Handelsmarine.

Patrick Kurth

ROGER WILLEMSEN

Das Hohe Haus:
Ein Jahr im Parlament
S. Fischer
400 Seiten, 19,99 Euro



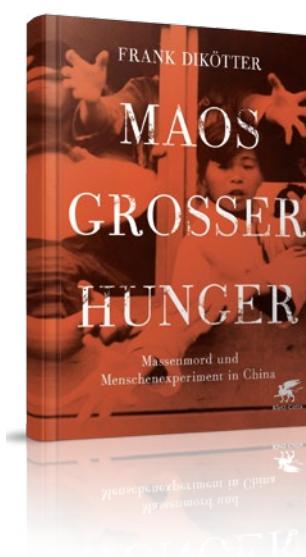
Man muss starke Nerven haben, um Frank Dikötters detaillierte Aufarbeitung von Maos „Großem Sprung“ über 450 Seiten durchzuhalten. Innerhalb weniger Jahre wollte der große Führer das riesige Land einer landwirtschaftlichen, industriellen und gesellschaftlichen Modernisierung unterziehen und hat damit ein ganzes Volk in Chaos, Elend und Tod getrieben. Dass dieses unbarmherzige Menschenexperiment mindestens 45 Millionen Menschenleben forderte, schockiert noch mehr, wenn man erfährt, mit welchem ökonomischen und technologischen Dilettantismus Chinas Nomenklatura das Land verwüstete. Mao und seine ihm treu ergebenen Parteikader zogen phrasendreschend und mit fixen Ideen von Volkskommunen, gigantischen Bewässerungsprojekten, Tiefpfügen des Bodens und Abertausenden von Hochöfen zur Stahlproduktion im Kopf eine Spur der Verwüstung durch das Land. Um ihre Visionen wirklich werden zu lassen, wurden

die Menschen zu auszehrender Arbeit gezwungen, aus ihrer Heimat vertrieben und ihres Eigentums beraubt. Als die chinesische Wirtschaft daraufhin im planwirtschaftlichen Chaos versank, überließ man sie schutzlos dem Hungertod und der Willkür der Parteikader. Dikötter geht 50 Jahre später in den chinesischen Parteiarchiven den Details und menschlichen Tragödien nach, die in ihrer Summe das wohl finsternste Kapitel des Kommunismus ausmachen. Nicht nur für Romantiker kollektiver Gesellschaftsutopien dürfte dieses Buch einige lehrreiche Lektionen enthalten, sondern auch für diejenigen, die sich mit Plänen von einer „Großen Transformation“ auch heute noch anschicken, eine moderne Weltgesellschaft auf dem Papier zu entwerfen.

Steffen Henrich

FRANK DIKÖTTER

Maos Großer Hunger
Massenmord und Menschenexperiment in China
Klett-Cotta
526 Seiten, 29,95 Euro





„GLÜCKLICHE SKLAVEN SIND DIE ERBITTERTSTEN FEINDE DER FREIHEIT.“

MARIE EBNER-ESCHENBACH

Einsamkeit kann sehr wohl auch ein finsterer Kerker sein, durch dessen Gitterstäbe die Fratze der Illusion, des Vergebens grinst. Kaum ein Autor der Weltliteratur, der nicht von der Lust, aber auch von der Qual des einsamen Produzierens Klage geführt hätte.

Gibt es glückliche Sklaven? Aber sicher doch, so wie es stets den benevolenten Sklavenhalter gab. Heute nennt der sich zwar anders, aber er ist immer noch der Alte. Der, der sich kümmert und für die Seinen sorgt. Der weiß, was sie brauchen, „meine Menschen“. Einen festen Halt, ein gut gebautes moralisches Korsett, ein kommodes Leben, kurz: Sicherheit. Wer will da schon aufbrechen ins Ungewisse? Freiheit ist etwas für die Starken oder die Unbekümmerten. Der große Rest möchte sich geborgen fühlen. Nichts Neues also, auch wenn sich die Form verändert hat.

Der gute Sklavenhalter von einst verwirklicht sich heute im Ammenstaat. Die glücklichen Sklaven nennen sich Bürger. Es kümmert sie nicht, dass sie ihren Komfort selbst bezahlen, die milden Gaben von Staats wegen empfinden sie vielmehr als Großzügigkeit, die sie Gerechtigkeit nennen. Die Kälber gehen gern zum Metzger.

Doch immerhin gibt es ihn, den kleinen Unterschied: die Freiheit, sich herauszuwagen aus der

Kuschelzone. Das war die eigentliche Revolution der Moderne, der Ausgang aus der paternalistischen Gemeinschaft: das Recht des Individuums, sein eigenes Risiko einzugehen, in der Hoffnung, zu gewinnen. Das hat Gesellschaften, die auf Individualisierung setzen, einst so erfolgreich gemacht. Wer alles abgeben muss - an die Familie, an den Clan, an den Steuerstaat - verliert die Lust am Kampf für das eigene Glück. Wo Eigennutz sich nicht lohnt, entsteht Stillstand. Genau das, was manch einer sich so ersehnt: ob es sich nun Entschleunigung nennt oder Achtsamkeit oder wie sie alle heißen, die Wörter aus dem Nähkästchen der Kümmerer.

Im deutschen Muttistaat ist es bald wieder so weit. Die glücklichen Sklaven wenden sich erbittert gegen die Fröste der Freiheit und gegen das Leben im Risiko. Wer nicht wagt, der nicht gewinnt. Glückliche Sklaven haben nichts zu gewinnen. ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



Cora Stephan ist Publizistin und Schriftstellerin – und leidenschaftlich frei. Zuletzt erschien von Stephan ihre Abrechnung mit der Kanzlerin: „Angela Merkel. Ein Irrtum“.



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*

„FÜR DIE, DIE
GLAUBEN, SCHON
ALLE ANTWORTEN
ZU HABEN, GIBT
ES GENÜGEND ANDERE
PUBLIKATIONEN.“

liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kaminer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal verleiht der Freiheit viermal jährlich eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

VIERMAL IM JAHR
liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

SCHWERPUNKT: GROKO
**DAS WIR
ENTSCHEIDET -
DAS DU
BEZAHLT**

R: DAS UMSTRITTENE KIRCHENPAPIER DER FDP
EIN POPULÄRE MILCHMÄDCHENRECHNUNGEN
EINE KULTUR DER BEVORMUNDUNG

liberal-Abo
**4 Ausgaben
im Jahr
inklusive App**

BESTELLUNG AN: **liberal**-Aboservice
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 | per E-Mail: abo@libmag.de

Online-Bestellung: www.libmag.de/abo oder QR-Code scannen



Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit“ im **JAHRESABO** für 38 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung)

Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit“ als **STUDENTEN-ABO** für 28 Euro (inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung), Immatrikulationsbescheinigung an: abo@libmag.de

Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit“ als **AKTUELLES EINZELHEFT** für 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung)

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine Vorauszahlung leisten. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres bei der oben genannten Adresse gekündigt wird. Auslandspreise auf Anfrage.

Vorname Name

Straße Nr.

PLZ Ort

KEIN SPIEL OHNE REGELN.

KEIN SPIEL MIT ALKOHOL.

Ein wichtiger Bestandteil der Spielverordnung: Seit 1985 ist Alkoholkonsum in gewerblichen Spielhallen gesetzlich untersagt. Damit der Spaß bleibt, wird in gewerblichen Spielhallen nur mit klarem Kopf gespielt.

KEIN SPIEL UNTER 18.

Der Aufenthalt in Spielhallen sowie das Spielen an Geldspielgeräten ist jungen Menschen unter 18 Jahren grundsätzlich nicht erlaubt. Unser Servicepersonal verlangt im Zweifelsfall den Personalausweis der Besucher.

KEIN SPIEL OHNE GRENZEN.

Jedes Spiel braucht klare Regeln. Vor allem bei Gewinn- und Verlustmöglichkeiten. Diese sind eng begrenzt. Unseren Besuchern wird nicht die Hoffnung auf schnelles Geld vermittelt. Informationen hierzu hängen gut sichtbar in jeder Spielhalle aus.



Mehr Infos unter www.automatenwirtschaft.de

Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info Tel.: 01801/372700 (City-Tarif).